

PETER PATERNA
Postreform II

KARL OTTO HENSELING
Chemiepolitik

ULLA BURCHARDT
Zukunftspfade der
Industriegesellschaft

RALF KRÄMER
Kapitalismus
und Sozialismus

SPW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

STOFF-WECHSEL





von Uwe Kremer

“Die Linke in Europa”: Mehr als drei Jahre nach dem ersten ProMS-Kongreß fand am letzten Wochenende (13./14.3.) ein zweiter statt. Wie unsicher waren wir, ob die Anlage des Kongresses stimmt, ob es möglich sein würde, gedanklich so nach vorne zu gehen, wie es mit den Referaten und den Foren beabsichtigt war. Jedoch: Ein erfolgreicher Kongreß liegt hinter uns. Ca. 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten in Köln (oder hörten zu), um sich mit der Rolle Europas in der “neuen Weltordnung” und mit den Konzepten und Perspektiven der Euro-Linken zu beschäftigen. Es war spannend und gab Inhalte satt: Schade für alle, die nicht da waren. Höhepunkte sicherlich: Die Debatte um die “Festung Europa” am Samstag, das Forum “SOS Rassismus/Migration”, vor allem aber die Auftritte von Luciana Castellina und Hermann Scheer am Sonntag - dies alles nicht denkbar ohne die logistischen Rahmenbedingungen, die uns die Kölner Genossinnen und Genossen zum zweiten Male in unnachahmlicher Weise zur Verfügung stellten. In der nächsten spw folgt ein Kongreßbericht. In der übernächsten eine Dokumentation wichtiger Beiträge. Wir werden zusehen müssen, daß wir den inhaltlichen Verlauf des Kongresses “rekonstruieren”, die vielen Thesen, Fragen und Meinungen ordnen und in Beziehung zueinander setzen, und daß nichts davon verloren geht.

Zu den ganz zentralen Punkte wird es gehören, daß wir uns ein besseres Bild von den sozialen und politischen Kräften in Europa machen. Diskussionen auf dem und am Rande des Kongresses zeigten, daß es in der westeuropäischen Linken gewisse Tendenzen zu einem Politiktyp a la “Demokratische Partei der USA” gibt. Es gibt sie bekanntlich in unserer Partei; aber auch die Bemühungen um eine Neuformierung in der französischen Politik durch Rocard oder manche Überle-

gungen in Occhettos italienischer PDS deuten in diese Richtung. Ich vermute, daß dieser Trend grundsätzlicher Natur ist und nicht nur eine konjunkturelle Clinton-Euphorie. Die Tatsache, daß es unsere sozialdemokratischen Möchte-Gern-Clintons mit ihrem Vorbild und seinem Umfeld bei weitem nicht an politischer Intelligenz aufnehmen können, ändert daran wenig. Denn es handelt sich gewissermaßen um die strukturelle Antwort der “linken Mitte” (jenes Treffpunktes von Reformismus und Liberalismus) auf die Krise der politischen Repräsentation. Und dies wirft natürlich Fragen auf, die über unsere bisherigen Erörterungen zur “Parteireform” weit hinausgehen und die Formierung von Alternativen betreffen. Nach unserem Kongreß sind sie von vorneherein grenzüberschreitend zu diskutieren.

Perspektiven ganz eigener Art bietet ein Manifest, das unter dem Titel “Weil das Land sich ändern muß” Furore macht. Vor allem wohl, weil sich dabei mit Marion Dönhoff, Meinhard Miegel, Wilhelm Nölling, Edzward Reuter, Helmut Schmidt, Richard Schröder und Wolfgang Thierse ein recht illustrierender Kreis zusammengefunden hat. Herausgekommen ist dabei nämlich ansonsten über weiteste Strecken nur ein unerträgliches und teilweise unverantwortliches Gebrabbel. Dazu gehört z.B. die These, daß die “ungehemmte Bevölkerungsvermehrung” das globale Problem Nr.1 und die Hauptursache anderer Übel darstelle (94/95). Die Gegenthese findet sich in einer wirklich informativen und lesenwerten Broschüre der SPD-Bundestagsfraktion “Industriegesellschaft und globale Entwicklung”, denn “würde sich durch geringfügige Verhaltensänderungen der absolute Energiebedarf pro Kopf in den Industrieländern nur um ein Prozent verringern, hätte dies in der Weltenergiebilanz von 1990 eine viermal größere Bedeutung als die Halbierung des Bevölkerungswachstums in den Entwicklungsländern.” Weitere Beispiele in der nächsten spw.



Foto: Detlev Gier/ZDF

Aufeinander zugehen

Freitag

Die Ost-West-Wochenzeitung

Ich möchte den FREITAG kennenlernen...

und bestelle 6 Ausgaben zum Probierpreis von DM 12,- (nur Vorkasse: Bar oder Scheck). Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abonnement um.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche (Poststempel) beim FREITAG, Postfach 360 520, 1000 Berlin 36 widerrufen kann.

2. Unterschrift _____

Einsenden an: Vertrieb FREITAG
Postfach 360 520, 1000 Berlin 36

Herausgeber Herausgeberinnen:

Heinz Albrecht (Berlin)
Diether Dehm (Frankfurt/M.)
Jürgen Eger (Berlin)
Karin Fuchs (Wien)
Josef Händels (Wien)
Klaus Peter Kisker (Berlin)
Herion Lionker (Bielefeld)
Susi Möbbeck (Bremen)
Ursula Pausch-Gruber (München)
Claudia Walther (Aachen)
Kurt Wand (Hamburg)
Burkhard Zimmermann (Berlin)

Redaktion:

Ingo Arend
Gisela Becker
Uwe Kremer
Fete Saß
Birgit Zoerner

Redaktionssekretär:

Ralf Schmitz

Redaktions- und Verlagsanschrift:

Keller Str. 13, 5000 Köln 80
Telefon: 0221/62327; Telefax: 0221/612615

Verlag:

spw-Verlag Redaktion GmbH
Keller Str. 13, 5000 Köln 80

Geschäftsführer:

Andreas Bach
Ulla Saß

Konto des Verlages:

Postgarn: Dortmund
Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 51,-
ermäßigtes Jahresabonnement für SchülerInnen, StudentInnen, Erwerbslose DM 42,-
Auslandsabonnement DM 54,-

Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschinschrift und mit einem ausreichenden Rand versehen sein.

Wenn möglich, sollen Manuskripte auf Diskette mit einem Ausdruck geliefert werden. MS-DOS Textverarbeitungssystem 5.1.4 oder 3.1.2-Zoll.

ISSN 0170-4613

spw-Verlag Redaktion GmbH 1993.
Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten.

Titelfoto:

Stephan Hoppe, Köln

Satz und Gestaltung:

Judith Nußbaum, Köln

Druck:

Notte-Druck, Schwerte

13. Tausend März 1993

<i>Heinz-Gerd Hofschien</i>	
BLICK IN DIE WELT	17
<i>Josef Dreher</i>	
Probleme mit der Solidarität - Probleme mit der Macht	18

KOMMENTAR

<i>Peter Paterna</i>	
Postreform II	4
<i>Horst Peter/Norbert Sprafke</i>	
Glaubwürdigkeitsfalle: Zur hessischen Kommunalwahl	7
Interview mit Norman Paech: ... Drückt uns 'mal ein bißchen Zur Bedeutung der UNO-Reform	8

SOZIALDEMOKRATIE

<i>Susi Möbbeck</i>	
Jahrestagung des Frankfurter Kreises	11
Interview mit Detlev von Larcher: Zur Lage der SPD-Linken	12

STOFF-WECHSEL

<i>Carsten Sieling</i>	
Ökologischen Umbau ökonomisch möglich machen	20
<i>Karl Otto Henseling</i>	
Chemiepolitik	21
<i>Dietmar Düe/Peter Strutynski</i>	
Auto - Umwelt - Gewerkschaftskrise	27
<i>Marianna Schauzu</i>	
Tschernobyl im Genlabor?	32
<i>Marielse Dobberthien</i>	
Gentechnik ohne Ende	36
<i>Ulla Burchardt</i>	
Zukunftspfade der Industriegesellschaft erkunden	40

MARX OUT?

<i>Ralph Graf</i>	
Plan und Markt	44
<i>Ralf Krämer</i>	
Kapitalismus und Sozialismus	49

REZENSION

<i>Andreas Wöllersdorf</i>	
Hilfloser Anti-Antifaschismus zu W. Kowalsky: Rechtaußen	54
<i>Josef Didier</i>	
zu Heinrich Nuhn: August Spies - ein hessischer Sozialrevolutionär in Amerika	58

"Postreform II" Ein Thema nicht nur für Spezialisten

von Peter Paterna MdB

Bisher interessierte das "Vorhaben Postreform II" nur die Postgewerkschaft und einige Fachpolitiker sowie Wissenschaftler und Journalisten, die eine Vorliebe für "ordnungspolitische" Fragen haben. Ich will deshalb einige Hinweise darauf geben, daß es um mehr geht als um eine Streitfrage unter Spezialisten. "Entstaatlichung" ist angesagt. Rückenwind spüren die Befürworter jetzt um so mehr, als doch die kapitalistischen Staaten den Endsieg über diejenigen errungen zu haben glauben, die sich "sozialistisch" nannten. Daß unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in eine Legitimationskrise geraten könnte, gerade weil der fast alles rechtfertigende Blockgegner abhanden gekommen ist, dämmert bisher nur wenigen.

Alle Versuche der SPD, ein Recht auf Arbeit und Wohnung, ein Staatsziel Umweltschutz, Tierschutz, eine Präzisierung des Grundsatzes der Gleichberechtigung und des Sozialstaatsgebots, Elemente direkter Demokratie, etc. in die Verfassung zu schreiben, scheitern an der Union. Alle Grundgesetzänderungen, die den Staat oder "die Wirtschaft" Geld kosten könnten, werden von der Regierungskoalition verworfen. Dagegen gehen ihr alle reaktionären Verfassungsänderungen leicht von der Hand: Asylrecht bis zur Unkenntlichkeit zu verstümmeln, große Lauschangriffe in die Wohnungen und militärisches Eingreifen überall in der Welt möglich zu machen und auch das Privatisierungshemmnis für Bahn und Post in Artikel 87 zu beseitigen, stößt bei den Konservativen auf keine Hemmungen.

Offenbar als Bestandteil der von Kohl 1982 angekündigten "geistig-moralischen Wende" hieß es, man wolle "den Staat auf den Kern seiner Aufgaben zurückführen". Im Laufe der Jahre sind viele Bundesanteile verhöckert worden. Die Misere der Staatsfinanzen hat dies offensichtlich nicht aufhalten können. Über "gesteigerte Effektivität", "mehr Flexibilität", "mehr Wettbewerbsfähigkeit", mehr "Kundennähe" etc. etc.

ist nichts bekannt. Solche vollmundigen Versprechungen gehen Privatisierungsmaßnahmen regelmäßig voraus. Eine Nachschau und Erfolgskontrolle findet regelmäßig nicht statt.

Soweit es sich bei von Privatisierung betroffenen Unternehmungen um Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst handelt, wurden und werden regelmäßig Urteile und Vorurteile gegen ihn mobilisiert, ohne daß in den inzwischen elf Jahren nach 1982 auch nur ein einziger Versuch bekannt geworden wäre, diesen öffentlichen Dienst zu reformieren. Wo es Konservativen und Liberalen in den Kram paßt, werden die (aus vordemokratischer Zeit tradierten) "hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums" weiter hochgehalten. Die Strukturen der Ministerialbürokratie, der Landes- und Kommunalverwaltungen sind Oasen der Ruhe, unbehelligt von Reformen. Die Notwendigkeit "effektiver Aufgabenerledigung", "Kreativität", "Verantwortungsbereitschaft" etc. wird nur dann als Argumentationshilfe beigezogen, wenn man entweder aufgrund jahrelanger Untätigkeit oder Fehlleistungen einen Bereich hoffnungslos vor die Wand gefahren hat wie die Flugsicherung und die Bundesbahn, oder wenn aus der Privatwirtschaft Druck auf "Liberalisierung" und Privatisierung gemacht wird, weil es in gewinnträchtigen Teilen öffentlicher Unternehmen Beute zu machen gibt. Dafür ist die Post und insbesondere die Telekommunikation ein herausragendes Beispiel. Sofern sich die Regierung nicht traut, national dafür die Verantwortung zu übernehmen, bedient man sich der EG-Kommission in Brüssel oder der Ministerräte. Dort steht dann, weil es um privatwirtschaftliche Kapitalinteressen geht, der Eifer bei Liberalisierung und Privatisierung in auffälligem Gegensatz zu der Ignoranz, mit der man die notwendige Harmonisierung der Regelungen für Menschenrechte (z.B. betreffend Asylbewerber, Bürgerkriegs-, und Armutsfüchtlinge), von Bürgerrechten (z.B. Schutz personenbezogener Daten) und von sozialen Mindeststandards behandelt.

Gehen wir zurück auf den Ausgangsplan, "die Aufgaben des Staates auf ihren Kern zurückzuführen", so hat offenbar kaum jemand wahrgenommen, daß CDU/CSU und FDP längst dabei sind, den Kernbereich selbst zu entstaatlichen. Verkehr und Kommunikation sind keine x-beliebigen Wirtschaftsgüter, die sich durch marktwirtschaftliche Wettbewerbsstrukturen gesellschafts- und volkswirtschaftlich im Selbstlauf optimieren ließen. Hier geht es vielmehr - die Lage in den östlichen Bundesländern bietet dafür Anschauungsunterricht - um Infrastruktur als Voraussetzung für die Sicherung der Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Aufschwung. Und auch in den westlichen Bundesländern gibt es ein fortdauerndes und zum Teil wachsendes Spannungsverhältnis zwischen der Qualität der Infrastruktur in und zwischen Ballungsräumen einerseits und ländlichen Räumen andererseits. Marktwirtschaft folgt nun einmal dem Streben nach Gewinnmaximierung, und dies führt wegen höchst unterschiedlicher Kostenstrukturen bei der Versorgung von Ballungsräumen und ländlichen Räumen andererseits zu einer Benachteiligung in der Fläche und zur Beförderung von Konzentrationsprozessen. Die Sicherung einer gleichwertigen Infrastruktur in allen Teilräumen der Bundesrepublik ist und bleibt aber eine Aufgabe von Verfassungsrang.

Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste?

Wer diese Aufgabe nach dem vielbeschworenen Subsidiaritätsprinzip lösen will, betreibt Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste. Gemeinwohlorientierung, Sozialpflichtigkeit, Umweltschutz, Infrastrukturverpflichtung und andere übergeordnete Staatsziele werden an den Subventionstropf der Steuerzahler gehängt oder mangels Masse vernachlässigt. Der Verkehrssektor ist ein warnendes Beispiel. In der Telekommunikation, dem aktuellsten und bedeutendsten Opfer von Privatisierungsbestrebungen, unter-

schied sich die Situation bisher grundsätzlich vom Verkehrssektor: Infrastrukturverpflichtungen wurden durch Privilegierung des Staatsunternehmens und Mischkalkulation eigenwirtschaftlichen erfüllt, also ohne Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln des Bundes, der Länder und Kommunen. Gewinne in und zwischen den Ballungsgebieten und bei den Großkunden wurden zugunsten der ländlichen Räume, zugunsten der Mittelständler und Privatkunden umverteilt. Jahrzehntelang galt das Prinzip gleichwertiger technischer Infrastruktur und gleichwertiger Dienstleistungsqualität zu gleichen Gebühren, eigenwirtschaftlich finanziert. Selbst für die Aufgabe, die Telekommunikationsinfrastruktur zu etwa 60 Mrd. DM Kosten in den östlichen Bundesländern auf westlichen Standard zu bringen, ist die Telekom wie selbstverständlich aus eigener Kraft verpflichtet worden, ohne dafür eine einzige Mark Steuerermittel in Anspruch zu nehmen. Die Telekom hat nicht einmal die den privatwirtschaftlichen Unternehmen zustehenden Investitionskostenzuschüsse bekommen. Von der Notwendigkeit, das gesetzlich vorgeschriebene Eigenkapital-Soll von 33% durch den Eigentümer Bund zu sichern, war angesichts der dramatischen Haushaltslage auch nicht die Rede. Im Gegenteil: Durch übermäßiges Abschöpfen der DBP-Unternehmen zum Stopfen der Haushaltslöcher und durch ideologisch bedingte Verweigerung möglicher Mehreinnahmen sind der Telekom in den letzten Jahren ca. 10 Mrd. DM jährlich entgangen. Damit ist der Druck auf die Privatisierung durch "Gang an die Börse" von der Regierung fahrlässig oder bewußt selbst erhöht worden.

Da Post und Fernmeldewesen in Art. 87 des Grundgesetzes verankert sind, ist die vielfach geforderte Umwandlung der DBP-Unternehmen und insbesondere der Telekom in Aktiengesellschaften nur mit der SPD zu machen. Monatelange Verhandlungen haben bis heute nicht zu einem gemeinsamen tragfähigen Konsens geführt. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte im Mai vergangenen Jahres einstimmig ihre Verhandlungsposition beschlossen. Dabei hatten wir als Rechtsform "Selbständige Anstalten des öffentlichen Rechts" gefordert. Die Begründung dafür und die Ablehnung der Rechtsform "AG" sind in dem Fraktionsbeschuß nachzulesen. Wesentliche neue Gesichtspunkte haben sich

seitdem nicht ergeben. Trotzdem gibt es inzwischen in der Fraktion und bei den A-Ländern Sozialdemokraten, die der Aktiengesellschaft das Wort reden.

Ohne Postgewerkschaft keine Postreform!

Das hat natürlich die Kompromißbereitschaft der Gegenseite nicht gerade erhöht. Vielmehr hat man wohl bei der Koalition zunehmend darauf spekuliert, die SPD mehrheitlich über den Tisch ziehen zu können und dabei einen Keil zwischen uns und die Deutsche Postgewerkschaft und damit auch den DGB zu treiben. Diese Strategie darf nicht aufgehen. Jede Fraktions- und Parteiführung, die mit dem Ergebnis einer mehr oder minder knappen Kampfabstimmung - sollte es denn wider Erwarten eine Mehrheit für die Privatisierung geben - eine weitere Grundgesetzänderung mit der Koalition durchziehen wollte, wäre sehr schlecht beraten. Entweder wird noch ein Kompromiß gefunden, der in der SPD eine sehr breite Zustimmung findet - und das setzt einen Konsens mit der Gewerkschaft voraus - oder es gibt keine "Postreform II" in dieser Legislaturperiode.

Zur Verschärfung der Meinungsbildung habe ich auf dem "Online"-Kongreß in Hamburg Anfang Februar 20 Thesen vorgetragen, mit denen ich - aus Platzgründen gekürzt - schließen will:

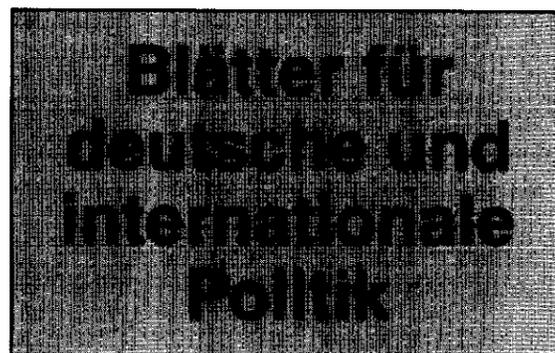
- Wettbewerb ist kein Staatsziel, sondern ein Instrument zur Verwirklichung gesellschaftspolitischer und volkswirtschaftlicher Ziele. Diese werden nicht selbstverständlich optimiert durch die Summe des betriebswirtschaftlichen Optimums der Marktteilnehmer in einem bestimmten volkswirtschaftlichen Sektor.
- Die Frage nach der adäquaten Rechtsform eines Unternehmens entscheidet sich besonders an der Frage, welche Unternehmensziele im Vordergrund stehen.
- Ist der wirtschaftliche Erfolg in einem wettbewerbsorientierten Umfeld ausschlaggebend und kann man ein gesellschaftspolitisches und volkswirtschaftliches Optimum als Folge der Aktivitäten der Marktteilnehmer insgesamt erwarten, ist die AG die adäquate Rechtsform.
- Steht die Erreichung allgemeiner Ziele wie Gemeinwohlorientierung, Infrastrukturverpflichtung etc. oben an und lassen große Unterschiede in den Kostenstrukturen eine gleichwertige Versorgung aller Kundengruppen und Regionen gefährdet erscheinen, ist die Selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts die adäquate Rechtsform zumindest für einen (dominanten) Marktteilnehmer (einen zweiten Universalanbieter wird es nicht geben).
- Es ist nicht zu erwarten, daß Kommunikationsunternehmen (wie die der DBP) eigenwirtschaftlich gemeinwohlorientierte Lasten tragen und gleichzeitig den Wettbewerb gegen eine Fülle von unregulierten Spezialanbietern erfolgreich bestehen können.
- Eine gleichwertige flächendeckende Kommunikationsversorgung soll Staatsaufgabe mit Grundgesetzrang bleiben. Dies setzt politische Auflagen und Kontrollen durch Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat voraus.
- Es gibt keine internationalen Erfahrungen, die belegen, daß dies durch symmetrische Regulierung aller Marktteilnehmer gelingt.
- Politische Auflagen einer AG, die sich nicht betriebswirtschaftlich rechnen, sind nicht AG-rechtskonform, es sei denn, die Defizite würden nach dem Verursacherprinzip ausgeglichen (was angesichts der Finanzlage der öffentlichen Hände unrealistisch ist).
- Eines der wesentlichen Instrumente zur Sicherung der Standortqualität strukturschwacher und ländlicher Räume ist das Gebührenprinzip, der Grundsatz der Tarifeinheit im Raum. Bei einer reinen Wettbewerbsorientierung der Kommunikationsmärkte müßte es zur Aufgabe dieses Prinzips und zur freien Preisbildung für bestimmte Kundengruppen und Verkehrsrelationen kommen.
- Das öffentliche Dienstrecht in seiner derzeitigen Ausprägung reizt wenig zu optimaler und rationeller Aufgabenerledigung. Dies ist ein gesamtwirtschaftliches Problem und bedarf einschließlich der Beseitigung obrigkeitstaatlicher Relikte einer Gesamtreform, statt dem Problemdruck durch eine Abspaltung von Bahn und Post auszuweichen.

Treibt die Bundesrepublik? Wer treibt? Wohin?

Mein Gott, was soll aus Deutschland werden! Konrad Adenauer

Die Blätter zum Thema:

Arthur Heinrich Wohin treibt die Bundesrepublik? • Karl D. Bredthauer Demokratie als Ausnahmezustand • Jörg Goldberg Absturz West statt Aufschwung Ost? Zur Dimension der kommenden Krise • Wolfgang Bayer und Elisabeth Horstkötter Solidarität statt „Solidarpakt“ – Daten und Kriterien zur deutschen Umverteilungsdebatte • Jürgen Elsässer Wiedervereinigung mit der Vergangenheit • Wer ist das Volk? Die deutschen Integrationsformeln greifen zu kurz Ein „Blätter“-Gespräch mit Jens Reich und Friedrich Schorlemmer • Lutz Hoffmann Das deutsche Volk und seine Feinde • „Ich glaube, daß das Jahr 1969 erst 1989 wiederkommt“ Ein „Blätter“-Gespräch mit Peter Glotz • Rot-Grün oder Rechtswende? Weichenstellungen für die neue Bundesrepublik Ein „Blätter“-Gespräch mit Ludger Volmer • „Die Aufholjagd ruiniert die ganze Gesellschaft“ Ein „Blätter“-Gespräch mit Kurt H. Biedenkopf • Hans Jürgen Krysmanski Vom Verlust soziologischer Urteilskraft in Deutschland • Saul W. Revel Investitionen für die Einheit – Infrastruktur im Osten: Bestand und Bedarf • Otto Singer Finanzausgleich - Das Spiel am föderalen Abgrund • Thomas Schmid Republik ohne Standfestigkeit • Hans-Gerd Jaschke Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts?



Entschieden demokratisch: Die Blätter

Lesen

Abonnieren

Weiterempfehlen

Wann, wenn nicht jetzt?

- Ich abonniere die Blätter zum Preis von jährlich 97,80 DM
- zum ermäßigten Preis von 78,60 DM (Studierende, Arbeitslose...)
- Ich bestelle ein Probeabonnement – die nächsten beiden Hefte für 15 DM
- Ich möchte ein kostenloses älteres Probeheft

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
Ort: _____
Land: _____

Blätter Verlagsgesellschaft, Bertha-von-Suttner-Platz 6,
5300 Bonn 1, Telefon 0228/65 01 33, Fax 0228/65 02 51

Glaubwürdigkeitsfalle

Zur hessischen Kommunalwahl

von Horst Peter / Norbert Sprafke
Ihr Wahlziel, die führende kommunalpolitische Kraft in Hessen zu bleiben und mindestens 40% hessenweit zu erreichen, hat die hessische SPD um Längen verfehlt. Die SPD mußte dramatische Verluste hinnehmen, verlor in mehreren Städten ihre Stellung als stärkste Partei, und wenn sie diese Position halten konnte, dann auf deutlich niedrigerem Niveau. Absolute Mehrheiten hat die SPD nur noch in zwei Landkreisen. Die Option rot-grün wurde ebenfalls landesweit minimiert, der Regelfall der Zukunft wird die Dreier-Koalition. Allerdings muß ein von den Medien vermittelter Eindruck korrigiert werden: Landesweit zählt die CDU ebenfalls zu den Verlierern.

Traumatisch für die SPD ist das Kasseler Resultat. Dort halbierte sich der Stimmenanteil nach fast 45jährigem ununterbrochenen Stadtreignis von 50,5 auf 29,8. Die Partei kommt von 51,1% (1972). Die SPD verlor an die CDU, Reps, FWG und an die stärkste Partei, die Nicht wählerInnen. Bemerkenswert ist das Kasseler Ergebnis wegen der Koalitionsgeschichte der Kasseler SPD in den 80er Jahren. 1981 vereinbarten Grüne und SPD in der Form einer „punktuellen Zusammenarbeit“ die erste rot-grüne Koalition. Das erstaunliche Resultat: nach 4jährigem „rot-grünen Chaos“ war die parlamentarische Linke in Kassel noch nie so stark wie in den Wahlen 1985. Beide Partner stürmten zusammen die 60% Mauer.¹ In der SPD führte die zurückgewonnene absolute Mehrheit zum Stillstand der programmatisch-politischen Diskussion und zur Verödung der innerparteilichen Demokratie. Kassel erreichte endlich das Niveau der großen Städte Frankfurt, Berlin und Bremen. Dem Verfall der innerparteilichen Dialogstrukturen folgte der Verlust der Dialogfähigkeit nach außen. Interesse- und wehrlos stand die Kasseler SPD den Kampagnen der lokalen Presse und Opposition und den bundesdeutschen Trends gegenüber.

Mit dem hessenweiten Wahlkampagnemotto „Soziale Gerechtigkeit“

¹ Horst Peter, MdB, ehem. Koordinator des Frankfurter Kreises, Norbert Sprafke, Mitarbeiter von Horst Peter im Wahlkreis Kassel

ließ die hessische SPD in eine Glaubwürdigkeitsfalle. Unter dem Diktat der knappen Kassen konnte die SPD weder in den Kommunen noch in Hessen ihren Wählern deutlich machen, daß die SPD bei der Verteilung der knappen Ressourcen die richtigen Prioritäten setzt. Immer mehr folgt auch die SPD der Linie der „Festivalsierung der Kommunalpolitik“ (W. Siebel).² Damit werden die Mittel freigesetzt für den teuren Umbau der Städte, um diese den gewandelten Lebensweisen der Mittelschicht und dem expandierenden Dienstleistungssektor anzupassen. Große Ereignisse und Bauten sind Subventionsumlenkungsmaschinen. Sie bieten glamouröse Ziele und schaffen Aufbruchsstimmung. Andererseits ist diese Politik die gezielte Organisation des Wegsehens von den realen Problemen. Denn eine Politik, die sich der Probleme der Langzeitarbeitslosigkeit annimmt, den ökologischen Umbau der Städte betreibt und Spielräume für Individualisierung öffnet, bleibt nach Siebels Ansicht auf fatale Weise unsichtbar.

Es kommt hinzu, daß die Menschen längst nicht mehr so die Politikebenen Bund, Land und Kommune unterscheiden und die verschlungenen Haushalts- und Finanzierungsmodalitäten nicht mehr verstehen. Die Bürgerinnen und Bürger zahlen an einer Stelle ihre Steuern und Abgaben und kein Kommunalpolitiker macht ihnen mehr klar, daß die Bundes-Städtebaupolitik zwar für einen Platz, nicht aber für den Wohnungsbau ausgegeben werden können. Von der Kommunalpolitik wird nicht mehr erwartet, daß sie zur Veränderung der ihre Lebensumstände bestimmenden Faktoren Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit, Armut, Krankheit, Umweltstreß beitragen kann.

In Bonn können nur noch Analytiker, die mit Interna vertraut sind und Zwischentöne interpretieren können, die Rollenbeschreibung der SPD als Opposition in der Auseinandersetzung mit der Bundesregierung würdigen. Die SPD hat Bundeskanzler Kohl in eine tragikomische Situation gebracht. Kohl hat weder eine richtige Mehrheit noch eine richtige Opposition. Mit dem Verzicht auf programm- und beschlußnahe operative Politik verschwammen die Konturen der sozialdemokratischen Opposition. Fehlgeschlagen ist auch der Versuch, den rassistischen Kern der Rep/DVU und NPD-Wähler mit dem Asyl-Kom-

promiß zu erreichen. Dieser Kern läßt sich von demokratischer Politik nicht mehr beeindrucken. Im Gegenteil: die Aufnahme der Asyl-Forderungen des rechten Randes in den Kanon demokratischer Politik hat den rechten Wählern und vielen Wankelmütigen gezeigt, daß diese Politik wählbar ist. Der Asylkompromiß hat die rassistische Agitation als richtig und erfolgreich bestätigt und damit politikfähig gemacht. In der Realität bringt der Kompromiß nichts, weil die Probleme nicht gelöst werden. Er bringt insbesondere den Kommunen nichts, weil die Kostenfrage in Bezug auf die Kriegsflüchtlinge ungeklärt bleibt.

Die Wahlenthaltung und auch die Stimmgabe für „Rechts“ ist die dringende Aufforderung der sozial und örtlich marginalisierten an die SPD, konturierte Opposition gegen die Bundesregierung zu betreiben und gesellschaftliche Orientierung zu geben. Es sind die Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger, Kleinst-Rentner, die Wohnungssuchenden in den grauen Vorstädten, die keinen Ausweg aus ihrer Verschuldungskarriere sehen, denen verfallende soziale Infrastrukturen keine Hilfe mehr bieten können, die an Hauptverkehrsstraßen neben der sozialen auch die ökologische Krise ausbaden müssen, die unmittelbare Antwort auf ihre Bedürfnisse suchen und sich nicht auf eine Abhilfe in 3,4,5 Jahren vertragen lassen wollen. In deren Augen ist die SPD keine sozialpolitische Alternative zur Bundesregierung und wird ihrer Aufgabe als „Schutzmacht der kleinen Leute“ nicht gerecht, wenn die SPD im Parlament die systematische Kooperation mit der Union sucht, statt in der interessenbezogenen Konfrontation die Alternative zur Union zu definieren. Diese Funktion kann die SPD nur ausfüllen, wenn sie die gesellschaftliche Macht markiert, vor der die „kleinen Leute“ geschützt werden sollen. Sie muß den Konflikt mit dem Kapital suchen. Eine offensive und strategisch angelegte Sozialpolitik muß die Trennung von Arbeits- und Armutspolitik aufheben, die von Seiten des Kapitals schon längst vollzogen ist.

¹ siehe Horst Peter/Norbert Sprafke, Rot-Grün in Kassel, spw nr. 26, 8.Jg. März 1985, außerdem Horst Peter/Norbert Sprafke, Rot-Grüne Zusammenarbeit in Kassel, in: Norbert Rehrmann, Rot-Grünes Kassel. Eine Bilanz nach vier Jahren.

² Walter Siebel, Die Festivalsierung der Politik, Die Zeit Nr. 45, 30.10.92

... uns 'mal ein bißchen ...

Drückt

Zur Bedeutung der UNO-Reform für die Diskussion um die UNO-Kampfeinsätze

Bei den Diskussionen um die UNO-Kampfeinsätze hat sich gezeigt, daß die UN-Reform dabei eine wichtige Rolle spielt. Auf dem Bundesparteitag der SPD z. B. wurde von Gegnern solcher Einsätze gesagt, daß man militärischen Zwangsmaßnahmen erst nach einer UN-Reform zustimmen werde, diese aber in den nächsten Jahrzehnten eher unwahrscheinlich ist.

Silke Seemann und Alexander Scharf sprachen über diese Problematik mit Norman Paech, Professor für Öffentliches Recht (Schwerpunkt: Internationales Recht) an der Hochschule für Wirtschaft und Politik.

spw:

Siehst Du eine Chance dafür, daß sich die UNO aus sich selbst heraus reformieren kann, und wo siehst Du Ansätze dafür?

Norman Paech:

Die Diskussion um eine UNO-Reform ist Jahrzehnte alt, fast so alt wie die UNO selbst. Es gibt sogar einen Ausschuß für die Reformierung der UNO. Er war bisher nicht sehr erfolgreich, seine Arbeit hat im wesentlichen darin bestanden, die Zahl der Sicherheitsratsmitglieder auf jetzt fünfzehn zu erhöhen. Das eigentliche Problem aber reicht tiefer und hat sich aus der grundlegend veränderten internationalen Konstellation ergeben, in der die Sowjetunion als Systemgegner des Westens weggefallen ist. Diese grundsätzliche Veränderung der Weltlage läßt in der Tat das Instrumentarium der UNO in einem ganz anderen Licht erscheinen.

Es ist jetzt im Falle des Golf-Krieges möglich gewesen, zum erstenmal in der Geschichte der UNO Kampfeinsätze zu beschließen, ohne daß ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates¹ sein Veto eingelegt hätte.

Diese Einmütigkeit ist sicherlich durch die besondere politische Situation bedingt gewesen, in der sich die zerfallende UdSSR und China² befunden haben. Dieses hat es den USA erleichtert,

erheblichem Druck auf die meisten der Mitglieder des Sicherheitsrates auszuüben. Es gibt daher in der Tat die Notwendigkeit einer Reform.

Allerdings bin ich der Überzeugung, daß die UNO-Charta bereits Strukturen hat, die zunächst einmal eingehalten werden müßten, ehe überhaupt an eine Veränderung der UNO-Charta selber gedacht werden kann. Es hat sich insbesondere im Golf-Krieg gezeigt, daß die Delegation der Kampfeinsätze an die USA das eigentliche Problem ist. Einsätze von UNO-Truppen, die nach Kapitel 7, Art. 43ff möglich sind, wurden bisher niemals praktiziert. Die USA hatten in diesem Zusammenhang von vornherein deutlich gemacht, daß sie sich keinem UNO-Kommando unterstellen würden. Die USA haben bisher im Grunde nur die Fahne der UNO dafür benutzen wollen, um die internationale Ordnung in ihrem Interesse zu gestalten.

Deswegen geht es nicht so sehr um eine Veränderung des Charta-Textes, sondern um die Durchsetzung der in der UNO-Charta vorgegebenen Strukturen. Es ist jetzt also notwendig, die vorgegebene Kompetenz der UNO auch auszufüllen und, wie auch von Butros Ghali gefordert, dem Oberkommando der UNO unterstellte Truppen zu schaffen.

spw:

Hat der Golfkrieg nicht gezeigt, daß Kampfeinsätze als Mittel zur Lösung von Konflikten unbrauchbar sind? Dieser Krieg ist jetzt eineinhalb Jahre zuende, die Konfliktlage hingegen ist dieselbe geblieben.

Norman Paech:

Richtig, das kann man bei den meisten Einsätzen von Militär so sagen. In vielen Bereichen gilt dieses auch für die Blauhelme.

Prinzipiell bin ich schon der Überzeugung, daß eine Art Polizei im UNO-Gewand international nützlich sein kann. Der Artikel 42 im Kapitel 7 der UNO-Charta ist dafür ein Instrument, das Problem stellt sich allerdings in der Art und Weise seiner Umsetzung:

1. Es hat sich beim Golf-Krieg gar nicht um eine derartige Polizeimaßnahme gehandelt, wie es Art. 42, wenn man ihn genau liest vorschreibt, sondern es war ein großdimensionierter Krieg. Er ist unverhältnismäßig gewesen gegenüber dem, was eigentlich erzielt werden sollte, nämlich die Befreiung Kuwaits von der irakischen Besetzung.

2. Die UNO hat sich das Oberkommando und auch die Aufsicht über diesen Krieg aus der Hand nehmen lassen. Es gab keine multinationale Truppe, das war im Grunde nichts anderes als ein Vorwand für einen rein amerikanischen Krieg. Die UNO ist ausmanövriert worden und das ist das zentrale Problem.

spw:

Nochmal zu den Blauhelmen. Die Blauhelme werden schon seit vielen Jahren eingesetzt, obwohl sie selbst in der UNO-Charta nicht vorkommen. Dieser Schwebezustand führt dazu, daß häufig nicht zwischen sog. friedensschaffenden Maßnahmen durch Kampfeinsätze und friedenserhaltenden zu unterscheiden ist. Wie könnten bei einer möglichen Reform der UNO-Charta die Blauhelme integriert werden?

Norman Paech:

Das Interessante ist, daß das Friedenssicherungssystem der UNO, so wie es in der Charta aufgeführt worden ist, bislang kaum funktioniert hat, die Blauhelme allerdings, als ein nicht vorgesehene Instrument zu den wirksamsten Maßnahmen zählen. In vielen Bereichen konnte in der Tat eine Suspendierung von Kriegsaktivitäten und eine Trennung der Kriegsparteien bewirkt werden. Es ist allerdings richtig und notwendig, die Blauhelme mit genau umrissenen Aufgaben in der UNO-Charta zu verankern. Eine Vermischung mit Kampfeinsätzen nach Art. 42 darf es nicht geben. Ich wäre also dafür, daß die UNO-Blauhelme in der Charta im 7. Kapitel integriert würden mit einer ganz genau definierten Aufgabenstruktur. Das bedeutet beispielsweise, daß Blauhelme nur mit der Zustimmung der betroffenen

Staaten stationiert werden dürfen und daß sie keinen Kampfauftrag, sondern nur Selbstverteidigungsmöglichkeiten haben. Das erscheint mir sinnvoll.

spw:

Vorausgesetzt es gibt eine Reform, die UNO-Truppen möglich macht, würdest Du dann eine deutsche Beteiligung an diesen multinationalen Streitkräften für sinnvoll halten?

Norman Paech:

Das ist nicht nur eine juristische, sondern in erster Linie eine politische Frage. Zunächst einmal: In der UNO-Charta ist eine Verpflichtung, Truppen für eventuelle Kampfeinsätze zur Verfügung zu stellen, gar nicht vorgesehen. Bisher ist es auch noch niemals vorgekommen, daß der Sicherheitsrat einen Staat verpflichtet hat, Truppen zu stellen: vielmehr hat es sich immer um Empfehlungen bzw. Ermächtigungen gehandelt. Die UNO-Charta schränkt in dieser Frage die Souveränität der jeweiligen Staaten nicht ein. Die zweite Frage ist, ob und in welcher Weise die Bundesrepublik sich daran beteiligen soll.

Ich persönlich hätte keine Probleme dabei, wenn sich Bundeswehrtruppen bei klar definierten Blauhelmeinsätzen beteiligen würden. Aus meiner Kenntnis können Blauhelme wirklich zur Sicherung des Friedens beitragen, wie seinerzeit im Suezkanal, in Zypern aber auch in Simbabwe und Namibia. In Zukunft wird es so sein, daß im wesentlichen Fachleute, wie z.B. Beamte zur Kontrolle von Wahlen, Überwachung von Referenden, etc. notwendig sind, und bei solchen Einsätzen sollte die Bundesrepublik mitmachen.

Etwas anderes dagegen sind Kampfeinsätze. In dieser Diskussion vermisste ich, auch in der SPD, ein Nachdenken darüber, wie man Frieden außerhalb militärischer Einsätze durchsetzen kann. Dies könnte beispielsweise geschehen durch Vermittlung, Streitschlichtung, Konferenzen, Kontrollen, Schiedsgerichtsbarkeit usw. Das Paradigma der Friedenssicherung durch militärische Einsätze muß in Frage gestellt werden. Das könnte die Bundesrepublik dadurch forcieren, daß sie andere Formen der Friedenssicherung in der UNO stärker unterstützt.

Daß Deutschland ökonomisch und politisch international eine große Rolle spielt, daran besteht kein Zweifel. Diese Macht aber militärisch umzusetzen, verbietet sich allein schon aus der deutschen militaristischen Vergangenheit,

denn immerhin hat Deutschland in den letzten 100 Jahren drei internationale Kriege begonnen.

Daher bin ich grundsätzlich gegen eine deutsche Beteiligung an UNO-Kampfeinsätzen; dies sollte, wenn notwendig, kleineren Staaten übertragen werden.

spw:

Noch eine Nachfrage zur Trennschärfe zwischen Blauhelmen und UNO-Kampfeinsätzen: Auf dem außerordentlichen Bundesparteitag der SPD wurde die Überwachung von Boykottmaßnahmen als Aufgabe von Blauhelmen definiert. Wo würdest die Trennlinie zwischen Blauhelmeinsätzen und Kampfeinsätzen ziehen?

Norman Paech:

Das ist eine alte Frage, die schon ungeklärt war, als der UNO-Sicherheitsrat die Engländer seinerzeit aufforderte, den Boykott gegen Rhodesien mit militärischen Maßnahmen zu überwachen. Es ist bis heute strittig, ob es sich hierbei noch um eine nichtmilitärische Maßnahme (nach Art. 41) gehandelt hatte. Meiner Ansicht nach zählten sie ganz eindeutig schon zu den militärischen Maßnahmen des Art. 42.

Maßnahmen des ökonomischen Zwangs (Art. 41) sind nur Boykott / Embargo-Maßnahmen, darüber hinausgehende militärische Einsätze fallen dann unter Art. 42.

Jüngstes Beispiel dazu ist der Golfkrieg: Bereits im September 1990, nach der Verhängung des Boykotts über den Irak, haben die USA, ohne eine Resolution des Sicherheitsrates abzuwarten, Kriegsschiffe zur Überwachung des Embargos in den Golf geleitet. Diese Aktion entbehrte jeglicher völkerrechtlicher Legitimation. Diese wurde zwar nachgeholt, aber trotzdem ist im Sicherheitsrat unklar geblieben, ob es sich hierbei um militärische Zwangsmaßnahmen nach Art. 42 handelte.

spw:

Zurück zur Gegenwart. In der BRD gibt es eine Debatte darum, ob das GG eine deutsche Beteiligung an UNO-Kampfeinsätzen möglich macht oder nicht. Wie ist Deine Position?

Norman Paech:

Das ist juristisch immer sehr umstritten gewesen. Als die Bundesrepublik gemeinsam mit der DDR 1974 in die UNO eintrat, hatte sich mit dieser Frage niemand beschäftigt. Und nun gibt es meines Erachtens juristisch zwei vertretbare Varianten. Vertreter der ersten Variante

sagen, daß mit der Integration in ein kollektives Sicherheitssystem (Art. 24 GG), wie es die UNO zweifelsohne ist, die Übertragung gewisser Hoheitsrechte an diese Organisation verbunden sein kann. Die Frage, ob die BRD verpflichtet ist Truppen zur Verfügung zu stellen, ist eine Schein-Diskussion, weil die UNO-Charta so eine Verpflichtung gar nicht vorsieht.

Es ist notwendig, hier zwischen Verpflichtung und Empfehlung zu trennen. Die Frage muß daher lauten: Wenn der Sicherheitsrat empfiehlt, Truppen für militärische Zwangsmaßnahmen bereitzustellen, ob das GG das dann erlaubt.

Es gibt da die meine Erachtens sehr beachtenswerte Meinung, die sagt, daß aufgrund des Art. 87 Abs.5 GG der Einsatz der Bundeswehr strikt auf Verteidigung begrenzt ist, und daher aus verfassungsrechtlichen Gründen internationale Einsätze nicht möglich sind.

Es gibt also zwei Meinungen, die zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Da die Frage sowohl juristisch wie politisch so heiß umstritten ist, ist es dringend notwendig, diese Frage in der Verfassung zu klären, und zwar sowohl für Blauhelme wie auch für Kampfeinsätze, zu denen ich übrigens auch die Beteiligung der Bundeswehr an den AWACS-Einsätzen im Golfkrieg zähle.

Ist also eine Klarstellung im GG notwendig, dann würde ich den Einsatz von deutschen Blauhelmen für sinnvoll halten - allerdings nicht in der jetzt von Klose gegen den Parteitagbeschuß in die Debatte gebrachten Variante "mit Zwangsmöglichkeiten". Man darf bei einer Klärung im GG nicht neue Unklarheiten schaffen.

spw:

Du hast gesagt, daß der Sicherheitsrat bisher noch keine Nation verpflichtet hat, Truppen zur Verfügung zu stellen. Im Golf-Krieg hat sich aber gezeigt, daß ein öffentlicher Druck gegenüber der BRD besteht. Kann sich Deutschland diesem Druck dadurch entziehen, daß es das GG vorschiebt?

Norman Paech:

Gegenfrage: Besteht der Druck wirklich? Oder ist es nicht vielleicht so, daß dieser Druck erst provoziert wird? Man kann ja sagen: "Drückt uns mal ein bißchen". In der Asyldebatte ist es meines Erachtens ebenfalls so gelaufen. Das ist das eine, das zweite ist, daß man dieses aushalten muß.

Es handelt sich hier um eine politische, nicht um eine juristische Frage. Das

Jahrestagung des Frankfurter Kreises

von Susi Möbbeck*

Entgegen der ursprünglichen Planung begann die Jahrestagung des Frankfurter Kreises vom 26.2.-28.2.93 in Oer-Erkenschwick mit einer Generaldebatte zu Lage und Perspektiven der SPD. Karlheinz Blessing hatte tags zuvor in einem Interview mit der Wochenpost noch einmal zur Kritik Anlaß gegeben, indem er erklärte: "Die klare gesellschaftliche oder politische Alternative zur Bundesregierung ist angesichts der Probleme in Deutschland eine Illusion" und weiter: "Keine Partei kann nur mit Programmen überleben, sie braucht auch Sachverstand". Genau hier setzte die Kritik des Frankfurter Kreises an der Politik der Parteiführung an: daß sie keine Oppositionspolitik betreibt, daß sie die Programmatik der SPD nicht konsequent vertritt, daß sie sich an einer Politik der faktischen großen Koalition beteiligt. Nicht wenige der Anwesenden brachten die Kritik auf den Punkt: Klose, Blessing, Engholm müßten gehen. Einigkeit bestand darin, daß die SPD sich nicht auf die Rolle einer Schutzmacht für die traditionelle soziale Klientel der SPD beschränken lassen darf und daß der ökologisch-soziale Umbau weiterhin im Zentrum eines sozialdemokratischen Projektes stehen muß. Der sogenannte Asyl-Kompromiß wurde als Einstieg in eine "Festung Europa" interpretiert und daher einhellig abgelehnt. Ob vor diesem Hintergrund die Strategie der Parteilinken auf dem a.o. Bundesparteitag nicht als Fehler zu beurteilen sei, blieb aber umstritten.

Der Samstag stand ganz im Zeichen der Parteireform. Christoph Zöpel und Thomas Meyer stellten die bisherigen Diskussionsergebnisse der Projektgruppe SPD 2000 vor. Im Zentrum ihrer Überlegungen steht der Ansatz, daß die SPD weiterhin lebendige Mitglieder- und Programmpartei bleiben muß, im Interesse der Demokratisierung, der Mobilisierung für Reformvorhaben und der Identität der Sozialdemokratie. Deshalb soll eine Professionalisierung zwar auch den Apparat, vor allem aber die ehrenamtliche Arbeit in den Mittelpunkt stellen: Es geht darum, Kommunikationskompetenz und Kenntnis von Lebensalltag und Alltagsästhetik derjenigen, die angesprochen werden sollen, zu erlan-

gen. Peter Grafe, der als Gegenpart eingeladen war, um seine Vorstellung einer Medienpartei ("Alle Macht den Profis") darzustellen, blieb derartig unkonkret und konturlos, daß ein Streitgespräch nicht zustande kam. Die konkreten organisationspolitischen Vorschläge der Projektgruppe SPD 2000 wurden nachmittags in einer der Arbeitsgruppen diskutiert. Der Vorschlag, Arbeitsgemeinschaften und Projektgruppen auch für Nicht-Mitglieder zu öffnen, wurde für sinnvoll gehalten. Weitergehende Vorschläge in Richtung einer Gleichstellung von AGen mit Ortsvereinen wurden kontrovers diskutiert. Skeptische Gegenargumente wurden auch zu dem Vorschlag vorgebracht, Urabstimmungen der Parteimitgliedschaft über inhaltliche Fragen zu ermöglichen. Urwahl von KandidatInnen wurde auf Vollversammlungen auf unterer Ebene für möglich gehalten. Briefwahl oder Urwahl von SpitzenkandidatInnen mit Vorwahlen a la USA wurden von der Projektgruppe nicht für sinnvoll gehalten und in der Arbeitsgruppe einmütig abgelehnt. In der Frage von Mandaten und der Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit ging die Arbeitsgruppe erheblich über die als unzureichend empfundenen Vorschläge der Projektgruppe hinaus. Es wurde die Einführung von verbindlichen Regelungen zur personellen Erneuerung in Mandaten für notwendig gehalten, etwa ein 2/3 Quorum bei Wiederaufstellung nach zwei Wahlperioden. Doppelmandate sollten auch auf kommunaler Ebene grundsätzlich nicht möglich sein. Der Anteil von MandatsträgerInnen in Vorständen sollte begrenzt werden. Die Vergabe von Mandaten in Aufsichtsgremien und die damit verbundenen Zuwendungen sollen offengelegt und künftig nach nachvollziehbaren Kriterien verstärkt an Ehrenamtliche vergeben werden. MandatsträgerInnen sollen nur noch je ein solches abgeleitetes Mandat wahrnehmen können. In der parallel diskutierenden Arbeitsgruppe "Wirtschaft" konnte nicht an einen mit der Parteireform vergleichbaren kontinuierlichen Diskussionsprozeß in der Parteilinken angeknüpft werden. So stand eine Verständigung über die Einschätzung der aktuellen ökonomischen Prozesse zunächst im Vordergrund. Konkrete Überlegungen für eine linkssozialdemokratische

Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik konnten in dieser ersten Diskussion jedoch nicht entwickelt werden. Um dieses große Defizit der Parteilinken in Angriff zu nehmen, wurde eine Koordinationsgruppe gebildet, die ein entsprechendes Positionspapier vorbereiten soll. Die Arbeitsgruppe "Energiepolitik" beschäftigte sich mit den Verhandlungen zu einem möglichen Energie-Konsens und erarbeitete für das Plenum eine Erklärung, in der der Frankfurter Kreis an den Nürnberger Beschlüssen als Grundlage der Verhandlungen festhält und Essentials für ein Verhandlungsergebnis benennt. Die Arbeitsgruppe "Innere Sicherheit" formulierte einen umfassenden Ansatz von Sicherheit, der soziale Konflikte und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung einbezieht. Den "großen Lauschangriff" bzw. eine Beteiligung der SPD daran lehnte die AG ab.

Am Abend ging es dann um die Friedenspolitik: Mit Katrin Fuchs und Karsten Voigt waren die Gegenpole in den Einführungsstatements schnell benannt. Während Katrin dafür plädierte, von Seiten der Linken Aufgabe und Funktion der Blauhelme offensiv zu besetzen und deutlich zu machen, daß es sich dabei um einen zivilen Problemlösungsansatz ("Weltinnenpolizei") handelt, argumentierte Karsten Voigt für eine mögliche deutsche Beteiligung auch an UNO-Kampfeinsätzen mit dem Hauptargument, daß eine klare Orientierung auf die UNO nur dann glaubwürdig sei, wenn sie auch alle Instrumente der UNO umfasse. In der Diskussion wurde schnell klar, daß der Frankfurter Kreis in großer Mehrheit eine Öffnung über den Bremer Beschluß, also über die Beteiligung an Blauhelmen hinaus, ablehnt. Es ist davon auszugehen, daß dieser Konflikt innerhalb der Partei den Bundesparteitag im November 93 in Wiesbaden prägen wird.

Alles in allem bleibt festzustellen: im Vergleich zu vergangenen Tagungen des Frankfurter Kreises ist das Diskussionsklima erheblich angenehmer geworden, nicht mehr die "Promi-Schaukämpfe" oder etwaige politische Abgrenzungen bestimmen die Diskussion, sondern ein gewisses Gemeinsamkeitsgefühl, das sich vor dem Hintergrund der "Rechtswende der Parteiführung" herausgebildet hat.

* Susi Möbbeck, Mitherausgeberin der spw, Bremen

wird auch daran deutlich, daß sich bisher alle Staaten, insbesondere die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates gewei-

gert haben, dem UNO-Sicherheitsrat Truppen zur Verfügung zu stellen. Der Druck ist also weder juristisch noch politisch so übermächtig, daß man ihm folgen müßte.

- ständige Mitglieder im Sicherheitsrat sind: USA, Rußland, China, Frankreich, Großbritannien
- China hat sich bei der Abstimmung über die Resolution 678 enthalten.

Die Jusos Schleswig-Holstein haben eine Broschüre zur Diskussion um UNO-Kampfeinsätze herausgegeben. Es schreiben darin u.a. K. Fuchs, M. Opel und E. Kuhlwein. Bestellungen bitte richten an:

JUSOS in der SPD,
Landesverband Schleswig-Holstein
Kleiner Kuhberg 28-30
W 2300 Kiel 1
Tel. 0431-91836
Preis: 1,- DM; Mindestbestellmenge 10 Expl.

ABO

Ich abonniere spw für mindestens zwölf Monate ab sofort/ab Heft Nr.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.
 Jahresbezugspreis (incl. Versand): Inland DM 51,-
 Ausland DM 54,-
 ermäßigter Inlandspreis (für SchülerInnen, StudentInnen, Arbeitslose; nur gegen schriftliche Bescheinigung) DM 42,-
 ermäßigter Auslandspreis (wie oben) nur gegen Bescheinigung) DM 45,-

Das ABO geht an:

Name, Vorname: _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

1. Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche widerrufen werden (Poststempel). Ich bestätige hiermit, daß ich über mein Widerrufsrecht in Kenntnis gesetzt wurde.
 2. Ich bin damit einverstanden, daß die Post etwaige Änderungen meiner Anschrift an den Verlag weiterleitet.

2. Unterschrift (bitte auch hier unterschreiben) _____

! Wenn Sie ein Geschenkabonnement bestellen, so müssen Sie sowohl die Adresse des/der Beschenkten als auch Ihre Adresse in der jeweiligen Spalte oben angeben.

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.

Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut: _____

Bankleitzahl _____

Konto _____

Datum, Unterschrift _____

Buchprämie

Ich habe mir die Buchprämie Nr. ... ausgesucht. Sie geht an folgende Adresse:

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Probe

ABO

Probe-ABO

Ich bestelle ein spw-Probe-Abonnement zum Sonderpreis. Damit erhalte ich die nächsten beiden Ausgaben von spw, die in zweimonatigem Rhythmus erscheinen. Das Probe-Abo verlängert sich nicht automatisch.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, _____

Unterschrift _____

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (anbei). Der Preis beträgt DM 15,- (incl. Versand).

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Der Preis beträgt (wegen des Aufwands für Rechnungsstellung) in diesem Fall DM 17,- (incl. Versand).

Coupon ausschneiden und einsenden an: spw-Verlag, Kieler Str. 13, W-5000 Köln 80

“Wenn wir davon ausgehen, daß Engholm unser Kanzlerkandidat wird, dann können wir ihn als Linke nicht gleichzeitig demontieren”

Ein Gespräch mit
Detlev von Larcher

spw: Wir möchten mit ein wenig Geschichte anfangen. Der Frankfurter Kreis hat lange Zeit ein spannungsgeladenes Wechselverhältnis zwischen der Mehrheitsfähigkeit der Linken innerhalb der Partei auf der einen und der sozialistischen Profilierung dieser Linken auf der anderen Seite organisiert. Dies spielte vor allen Dingen im Zeitraum 1986/89 - also vom Nürnberger bis zum Berliner Parteitag - eine große Rolle. Und mit Blick auf das Nürnberger Aktionsprogramm, das Berliner Grundsatzprogramm und z.T. auch auf “Fortschritt 90” kann man wohl sagen, daß es damals funktionierte. Aus heutiger Sicht möchten wir aber gleich anschließend die These formulieren, daß es seit 89/90 zu einer grundlegenden Veränderung der innerparteilichen Konstellationen gekommen ist, was sich gerade in den letzten Monaten deutlich gezeigt hat. Du warst an den Prozessen von 1986 bis 1989 aktiv beteiligt. Wie würdest Du die Parteilinke innerhalb der innerparteilichen Kräfteverhältnisse im Zeitraum 86/89 und danach positionieren?

Detlev von Larcher: Man muß sich zunächst klar machen, daß der Frankfurter Kreis von Anfang an ein sehr breites Spektrum der innerparteilichen Linken in sich vereinigt hat. Ein Spektrum, das von Marxisten bis zur “linken Mitte” reichte. Der Frankfurter Kreis war von seiner Entstehung her eine Sammlung von sozialistischen,

linken bis linksliberalen Minderheitenpositionen in der SPD, aber auch darauf angelegt, Mehrheiten in der Partei zu erringen und zu organisieren. Und in diesem Zusammenhang beurteile ich den Zeitraum 1986/89 genauso wie Ihr. Denn die Parteilinke bestimmte im wesentlichen, was in diesen Programmen enthalten war. Dabei gab es ja durchaus heftigen Widerstand - wenn ich etwa an die Kontroversen mit Wolfgang Roth denke, der eine rein kooperative Wirtschaftspolitik im Kopf hatte, während wir die Interessengegensätze ernstnahmen. Wir sagten von daher, daß wir bestimmte Bereiche vergesellschaftet müssen, um die Unternehmen zu bestimmten Verhaltensweisen zu zwingen. Später kamen dann die Auseinandersetzungen mit Lafontaine hinzu.

Gerade in der Auseinandersetzung mit Leuten wie Roth machte es viel aus, daß wir uns vom Frankfurter Kreis her darauf wirtschaftspolitisch vorbereitet hatten - u.a. dadurch, daß wir Verbindungen zu Gruppen und Leuten geschaffen hatten, die nicht oder nicht so aktiv in der Partei tätig waren. In und mit der damaligen Arbeitsgruppe diskutierten z.B. Mitarbeiter der Zeitschrift “Sozialismus” wie auch der Memorandumgruppe, ebenso wie Leute aus dem eher ökologisch geprägten Wissenschaftsspektrum. Später - im Vorfeld des Berliner Parteitages und während der Konflikte mit Lafontaine um die “Zukunft der Arbeit” - formierte sich dann ja die “ProgrammLinke” als Gruppe innerhalb des Frankfurter Kreises, die die weitere Programmarbeit gebündelt und vorangetrieben hat.

spw: Seit 89/90 sind diese Erfolge und Positionen doch sehr stark in den Hintergrund getreten, wenn nicht gar in Vergessenheit geraten. Der Arbeitskreis und die Außenkontakte der Linken sind doch erheblich zurückgefahren worden bzw. bestehen nicht mehr, - und gleiches gilt für die sog ProgrammLinke... Was ist Deines Erachtens passiert?

... wenn es der Parteitag beschlossen hat, dann fühlen wir uns als erfolgreiche Politiker

Detlev von Larcher: Ich denke, wir Linken haben einen Nachteil. Wir nehmen uns etwas programmatisch mehr oder weniger erfolgreich vor und wenn es der Parteitag beschlossen hat, dann

fühlen wir uns als erfolgreiche Politiker und kümmern uns nicht mehr um die Umsetzung. Das ist mit dem Orientierungsrahmen 85 schon so gewesen, der mit starken linken Akzenten 1975 beschlossen worden war und dann sofort in der Versenkung verschwand. Und mit dem Berliner Programm ist es uns ähnlich ergangen. Und jetzt sind natürlich die äußeren Ereignisse von 1989 ff. dazu gekommen. In dem Zusammenhang wundert es mich allerdings immer, daß der Zusammenbruch der DDR die deutsche Linke so verunsichert hat, weil für mich all das, was wir diskutierten, mit dem System in der DDR sehr wenig zu tun hatte. Für mich war das nie Sozialismus.

spw: Vielleicht hatte das alles doch mehr miteinander zu tun. Jedenfalls ausreichend viel, um den Begriff “Sozialismus” insgesamt zu diskreditieren. Hinzu kommt die andere Seite der Medaille, der “Sieg des Kapitalismus”, der ja alle Linken trifft, egal wie nah oder fern sie der DDR und der SU gestanden haben mögen. Und schließlich bedeutete der Zusammenbruch des bisherigen Weltgefüges auch den Verlust des Koordinatensystems und der darin eingewobenen Welterklärungsmuster. Dieser Verlust hat generell ein Vakuum hinterlassen für die Linke.

Und darauf waren wir doch alle nicht vorbereitet - nicht mental, aber auch nicht programmatisch. Bei Fortschritt 90 wurden z.B. Anforderungen formuliert, die im wesentlichen auf die Situation in der alten Bundesrepublik zugeschnitten waren. Hier ging es aber um eine ganz andere Modernisierungsproblematik als in der ehemaligen DDR, was ja dann auch im europäischen Maßstab gilt. Die Frage nach dem Umgang mit Modernisierungsunterschieden - seien sie industrieller oder gesamtgesellschaftlicher Natur - mußte beantwortet werden.

Detlev von Larcher: Es stimmt: Die Forderungen sowohl im Aktionsprogramm als auch im Berliner Programm waren aus einer bundesrepublikanischen Perspektive formuliert worden. Von daher hätten wir dann, als die Einheit kam, eine sehr intensive Diskussion beginnen müssen. Bei der Verabschiedung von “Fortschritt 90” konnten wir schon absehen, was passiert. Und wir nahmen dann in diesen Text, praktisch in 14 Tagen, einige Seiten im Blick auf die deutsche Einheit hinein. Aber wir haben keine gründliche Analyse der mit der

Einheit völlig veränderten Ausgangslage vorgenommen.

Die Grundprobleme... sind doch nicht erledigt

Dennoch: Die Grundprobleme, an denen wir diskutierten, also Beteiligung an wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungen zum einen, zum anderen die Frage Ökologie und der globalen Entwicklung, sind doch nicht erledigt. Hinzu kommen die Konflikte, die früher hinter dem Ost-West-Gegensatz “verschwunden” waren, und sich jetzt unmittelbar stellen. Nehmen wir zum Beispiel die aktuelle Auseinandersetzung um die Asylfrage und den Bereich der Migration. Früher haben wir über die Lage im Süden der Welt geredet und - auf große Entfernung - Solidarität geübt. Aber heute kommen die Menschen zu uns. Und so stellen sich auch die Fragen der internationalen Solidarität in neuem Licht. Wir brauchen hier Eckpfeiler für eine neue internationale Politik und daher auch weitere programmatische Anstrengungen.

spw: Z.Zt. steht man allerdings vor einem großen Scherbenhaufen und muß feststellen, daß man europapolitisch und weltpolitisch eigentlich wenig anzubieten hat. Schaut man sich etwa die Sozialistische Internationale an oder die europäische oder die deutsche Sozialdemokratie... Und zurück zum Ausgangspunkt: Seit 1989 ist eine stark veränderte Konfliktlage entstanden - letzter Höhepunkt war das Petersberger Sofortprogramm mit seinen Asylpassagen, in deren Windschatten aber auch wirtschaftspolitische Grundsatzpositionen von Nürnberg und Berlin gleich mitbeerdigt wurden. Standen bis 1989 Umbaufelder und Reformfelder im Vordergrund sozialdemokratischer Diskussionen, so arbeitet man sich heute fast nur noch an Themen ab, die die Gegenseite in die Diskussion gebracht hat. Ich rede jetzt nicht nur vom Asylrecht oder den Militäreinsätzen, sondern auch von der Privatisierung von Bahn und Post, von sog. Investitionshemmnissen und angeblich notwendigen Investitionserleichterungen für Unternehmer und damit von Fragen der Lohnnebenkosten, der Arbeitszeiten, der Gentechnik, des Straßenbaus und der Flächenbereitstellung.

Detlev von Larcher: Was wir vor allem aufgegeben haben, ist, die einzelnen Felder im Zusammenhang zu sehen. Und in dem Maße, in dem man auf-

gibt, über die Zusammenhänge und dann auch über entsprechende Strategien nachzudenken, wird der jeweilige Gegenstand von den Fraktionsfachleuten nur noch isoliert gesehen. Dann fängt man natürlich an zu überlegen, ob es nicht vielleicht tatsächlich vernünftiger wäre, Post oder Bahn privat zu organisieren, wofür es ja Argumente gibt. Ich habe dann allerdings auf einmal eine ganz andere Beurteilungsebene, eine sehr viel kurzfristigere und kurzfristige, und überlege gar nicht mehr, wie diese Maßnahmen in den Gesamtzusammenhang hineinpassen, um sie vor diesem Hintergrund bewerten zu können. Und dann kommt man in der Tat dazu, immer nur Verbesserungen für Vorschläge der Bundesregierung zu unterbreiten. Das heißt, wir müssen erneut und verstärkt über den Gesamtzusammenhang und die strategische Einordnung nachdenken. Ein positives Gegenbeispiel: Michael Müller ist z.B. einer, der versucht, das, was über den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft gesagt worden ist, auch durch Einzelinitiativen im Bundestag irgendwie voranzubringen und diese Initiativen (z.B. Öko-Steuern) wieder in einen Zusammenhang hineinzustellen. Ich habe allerdings die Hoffnung, daß wir da im Frankfurter Kreis wieder vorankommen können. Ich will versuchen, den Frankfurter Kreis wieder zu dem Gesprächskreis, zu dem Diskussionskreis zu machen, der er mal war - mal besser, mal schlechter - um diese strategische Diskussion wieder aufzugreifen.

spw: Eine Frage zur Asylpolitik und der Rolle der Parteilinken. Die Asyldebatte hat in der Partei fast die entscheidende Rolle gespielt in den letzten Wochen und Monaten. Wie schätzt Du die Situation für die Linke ein? Es muß ja eine gewisse Ernüchterung eingetreten sein, nachdem man den Sonderparteitag so eingeschätzt hatte, daß man Petersberg doch weitestgehend abgewehrt habe.

Detlev von Larcher: Das haben wir doch auch. Hier hat sich die Parteibasis doch Bezirk für Bezirk gewehrt und erfolgreich durchgesetzt. Das Problem liegt vielmehr in folgendem Vorgang: Wir hatten auf dem Parteitag im Auge, Petersberg zu revidieren und gleichzeitig den Parteivorsitzenden nicht zu beschädigen. Und dies ist nicht honoriert worden, weswegen viele in der Partei auch die Linke mit ihrer Parteitagstak-

tik für den Schlamassel verantwortlich machen, der danach eingetreten ist. Doch jetzt ist es um so wichtiger, daß die Frustration darüber, was aus diesem Parteitagsbeschuß gemacht worden ist, nicht so groß wird, daß es zum letzten Mal passiert sein könnte, daß sich die Basis gegen die Führung durchsetzt. Deswegen teile ich aber nicht die Auffassung der Jusos, die sagen, die Linke habe falsch orientiert, sie hätte auf ein glattes Nein orientieren müssen. Das hilft nicht weiter.

spw: Das heißt, daß Du den Versuch, den Parteivorsitzenden zu schonen, weiterhin für richtig hältst. Wie hoch ist denn da eigentlich die Schmerzgrenze?

Detlev von Larcher: Du kommst natürlich auch als Parteilinker nicht an Wahlen und Wahlkämpfen vorbei. Deswegen spielen solche Überlegungen natürlich immer eine wichtige Rolle - ganz abgesehen davon, daß mein Ansatzpunkt immer in der Sache liegt und weniger in der Person, obwohl ich natürlich schon weiß, wie wichtig Personen sind. Wenn wir davon ausgehen, daß Engholm unser Kanzlerkandidat wird, dann können wir ihn als Linke nicht gleichzeitig demontieren.

spw: Wir kommen damit wieder zurück auf die Veränderungen gegenüber der Periode 86/89. Ich glaube nämlich, daß die Problematik viel substantieller ist, als sie sich in Deinen Äußerungen darstellt. Ich meine zum ersten, daß der damalige Brückenschlag - linke bzw. sozialistische Profilierung und innerparteiliche Mehrheitsfähigkeit - seit einigen Jahren nicht mehr funktioniert - und heute auch nicht mehr funktionieren kann. Denn zweitens teile ich nicht die Auffassung, daß es sich bei der Asylgeschichte mehr oder weniger um einen Ausrutscher handelt und das Ganze doch irgendwie wieder rückholbar ist durch einen erneuten Anlauf aus den Bezirken. Vielmehr gruppiert sich rund um Petersberg zunehmend ein größeres politisches Projekt, das von der Festungsbildung gegenüber der Immigration über die Investitionserleichterungen zugunsten der Kapitalinteressen bis hin zu jenen “Sozialpakten”, “Energiekonsensen” reicht, die den Burgfrieden im Inneren der Festung sichern sollen. Ich meine vor diesem Hintergrund, daß die Zeiten des Brückenschlags vorerst vorbei sind und die eigene Oppositionsrolle innerhalb der Partei deutlich gemacht werden muß.

Detlev von Larcher: In der Asylfrage

wird es aber auch dazu kommen. Es steuert doch alles darauf hin, daß es die zwei Auffassungen immer noch in der Bundestagsfraktion gibt - und zwar bis in die Schlußabstimmung hinein. Das heißt, es wird eine breite Minderheit geben, die Nein sagt. Das hat es schon lange nicht mehr gegeben. Das letzte Mal bei den Notstandsgesetzen. Und was den Brückenschlag angeht: die Linke in der Partei ist um so stärker, je stärker die außerparlamentarische Opposition ist. Insofern muß die Parteilinke immer auch an der Organisation der Apo interessiert sein.



Detlev von Larcher ist Dipl. Sozialwirt und gelangte über die Landesliste Niedersachsen in den deutschen Bundestag. Seit Herbst 1992 ist er Minister - als Nachfolger von Horst Peter - die Arbeit des Frankfurter Kreises.

Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus seiner Rede im deutschen Bundestag zur Änderung des Artikels 16 GG.

"Ich spreche hier für alle diejenigen, die bei der Abstimmung in unserer Bundestagsfraktion aus unterschiedlichen Gründen die Unterschritt der SPD unter den hier vorliegenden Entwurf verweigern wollen.

Die einen vertreten die Auffassung, eine sozialverträgliche Regelung des Zuwanderungsproblems sei auch möglich ohne die Änderung des Grundgesetzes. Die anderen halten eine Grundgesetzänderung für ein mögliches Element zur Steuerung der Zuwanderung, lehnen aber den eingetragenen Entwurf ab.

Beide Auffassungen werden auch in der Bevölkerung von breiten Teilen vertreten.

Denjenigen von uns, die zu jeder Änderung des Artikels 16 Nein sagen, ist es ein Anliegen, nicht nur die politischen Teil unserer Bürgerinnen und Bürger, die ebenfalls Nein sagen, und jedem von uns fällt das ein, gebührt. Ich möchte Ihnen aber noch eine Achtung und Respekt für Sie und daß Ihnen sorgfältig zugehört wird, daß Ihre Argumente ernstgenommen werden und daß mit aller Sorgfalt darauf eingegangen wird.

Viele Kolleginnen und Kollegen unserer Fraktion, und ich zähle mich dazu, wären, wie schon gesagt, bereit, eine Grundgesetzänderung zuzustimmen, doch ist auf einige wenige Punkte bedacht. Ich kann mich dazu für-

spw: Im Bereich der Linken gibt es aktuell einen Dortmunder Appell, in dem eine Zuspitzung auf die Personalfrage stattfindet - eben weil das Kalkül der Parteilinken auf dem Parteitag nicht aufgegangen ist. Diese Zuspitzung ist aber wohl auch als Reflex auf die mediengerechte Zurichtung der Partei anzusehen, die ja die Führungsperson noch weiter in den Vordergrund, die inhaltliche fundierte Willensbildung aber noch weiter in den Hintergrund schiebt. Und ich glaube nicht, daß man dem nur mit dem Ruf nach Inhalten entgegenreten kann.

rück. Wir bitten uns dabei auf den Beschluß unseres 20. Bundesparteitages in Bonn. Ich bin ganz sicher, ich bin in diesem Bonner Parteitag den heute in Rede stehenden Text eines Art. 16 mit der Frage vor, ob diese Regelung seinem Beschluß vom 16. November 1992 entspricht, die Übergangsfrist Mehrheit würden mit dem nächsten Parteitag. Diejenigen, die diese Auffassung vertreten, können dem heutigen Entwurf nicht zustimmen, weil über der Satz "Polnisch Verträge genießen Asylrecht" formal erhalten bleibt, die vorgesehene Regelung über das zu führen wird, daß Steuern und Verträge des Asylrechts bei uns in Anspruch nehmen kann, weil Deutschland per Gesetz von sicheren Drittstaaten umgeben sein soll, in die alle zurückgeschickt werden sollen, die durch dieses Gesetz zu uns flüchten. Die Frage, ob der Reiseweg dem Asylbewerber und dem entsprechenden Land nachgewiesen werden kann, entscheidet also künftig darüber, ob ein polnisch Verträge bei uns Aufnahme findet.

Das bedeutet eine direkte Aufforderung an alle Flüchtlinge, illegal über die grüne Grenze zu uns zu kommen und ihren Reiseweg zu verschweigen, dann nur dann können sie in ein deutsches Asylverfahren.

Wir müssen verhindern, daß die Grenze gegen illegale Zuwanderung geschützt werden und der Bundesinnenminister macht schon Versuche, indem er elektronischen Zaun, Herr Selzer, ich sage Ihnen, konsequent sind Sie erst, wenn Sie eine Mauer um Deutschland bauen und Soldaten dort stationieren.

Es fehlt die Erlaubnis auf den Zuwanderungsgesetz, das denen eine Chance bietet, die aus wirtschaftlicher Not zu uns kommen wollen und solange einen Weg durch das Asylverfahren suchen, solange ihnen kein anderer Weg eine Chance bietet. Ein Zuwanderungsgesetz mit jährlichen Quoten entsprechend unserer Aufnahme- und Integrationskapazität. Ein Verbleib eines Instrumentes zur Verringerung der legalen Einreise.

Nicht vereinbar wurden Maßnahmen zur Integration der bei uns lebenden Ausländer, wie die Erweiterung des Rechts auf Erbtätigkeit, die Zulassung der Doppelstaatsangehörigkeit oder die Einführung des Kommunalwahlrechts für Erbtätige bei uns lebende Ausländer.

Höchste Zeit wird es, daß wir uns von unserem gesetzlichen Staatsbürgerschaftsrecht verabschieden und eine Anpassung an die Staatsbürgerschaftsrecht anderer demokratischer Staaten vornehmen. Wenn Deutschland geboren wird, soll Deutschland sein.

Und was zum Kuckuck hat sie eigentlich daran gehindert, konkrete Maßnahmen zur Flucht aus dem Asylverfahren zu vorbereiten? Die Sonntagsrede aller Parteien betonen, daß dies die wichtigste und wirksamste Art sei, dem Wandlungsdruck auf Dauer entgegenzuwirken.

Nein, dieser Parteienkompromiß vom 6. Dezember ist konstitut...

Übrigens ist dieses Kalkül - Schonung des Vorsitzenden - ja wohl nicht minder personenfixiert als die Forderung nach einem Rücktritt von Engholm und Klose.

Urabstimmung bei Kandidatenwahlen?

Detlev von Larcher: Laß mich jetzt mal eine Beispiel zu diesem Zusammenhang sagen aus der Diskussion zur Parteireform. Es wird ja - vor allem von Blessing - die Frage der Urabstimmung bei Kandidatenwahlen in die Diskussion gebracht. Und das klingt so, als würde man basisdemokratische Überlegungen aufgreifen und die Beteiligung der Parteimitglieder unheimlich stärken. Ich glaube aber, daß dieser Vorschlag genau zu der Vorstellung einer Medienpartei und nicht zur Mitgliederpartei paßt. Weil der Parteibasis mit diesem Vorschlag Beteiligung vorgegaukelt wird. Die darf einmal abstimmen über eine Person. Und dann ist die Person installiert. Sie ist dann eben Mandatsträger oder Mandats-trägerin. Hier endet dann auch die Beteiligung und die Mitbestimmung der Parteibasis. Die so Gewählten können sich gegen jeden Vorstandsbeschluß darauf berufen: das Parteivolk hat mich doch gewählt. Was wollt Ihr überhaupt von mir. Ich bin doch derjenige welcher. Das sieht man z.B. an manchen Kommunalpolitikern. Wenn sie mal im Gemeinderat sind, dann hat sie das Volk gewählt, was interessiert sie dann der Ortsverein. Das wird ja oft benutzt in Auseinandersetzungen. Deswegen paßt das zueinander. Es ist nicht etwa so, daß wir, die wir immer gesagt haben, wir wollen die Willensbildung in der Partei demokratisieren, wir wollen größere Beteiligung, größeren Einfluß der Mitglieder auf das, was die Partei macht, diesen Vorschlag mit der Urabstimmung vertreten, sondern gerade die, die ein anderes Modell im Kopf haben. Ich sage, es ist wichtig, daß die Parteimitglieder die Möglichkeit haben, sich bei der Personalauswahl einzubringen. Deswegen ist für mich ganz wichtig, daß wenn z.B. Bundestagskandidaten aufgestellt werden, in den Ortsvereinen Mitgliederversammlungen stattfinden, wo sich die Bewerber oder die Bewerberinnen vorstellen und dann stimmt der Ortsverein ab. Zu diesen Mitgliederversammlungen kann jedes Mitglied kommen. Jetzt sagt man mir natürlich, da kommen doch aber nur

höchstens 10 oder 12 %. Das stimmt. Aber sie können natürlich alle kommen. Aber nach welchen Maßstäben sollen die 90 %, die sich überhaupt nicht am Parteileben beteiligen - beispielsweise schriftlich - abstimmen?

spw: Personality Show.

Detlev von Larcher: Ja, darauf läuft das heraus. Dann gewinnt derjenige, der eben der Showstar ist oder auch derjenige, der das Geld hat, alle Mitglieder anzuschreiben.

Wie laden wir die Partei programmatisch wieder auf?

spw: In der Parteireformdebatte wird ja gerade auch von Blessing die größtmögliche Beteiligung aller Mitglieder angemahnt. Die einsamen Entscheidungen der Parteispitze in inhaltlich zentralen Fragen zeigen uns doch, was wir von solchen Diskussionen zu halten haben. Sie verkommen doch zur Farce, wenn sie auf die Modalitäten von Kandidatenaufstellung verkürzt werden.

Detlev von Larcher: Es wird basisdemokratisch begründet und führt zum Gegenteil. Ich werde dem nie zustimmen.

spw: Vor allem hat das mit Demokratisierung überhaupt nichts zu tun. Demokratisierung bedeutet, daß man vorhandene Kompetenzen abschöpft. Wir haben dazu Vorschläge entwickelt und diese in die Diskussion gebracht. Dazu gehört neben der Frage des Aufbaus und der Struktur der Partei, Fragen von Beteiligung von Nichtmitgliedern. Das, was Du vorhin gesagt hast, also was Ihr in der Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik im Frankfurter Kreis gemacht habt, daß man eben Leuten Zugänge gibt zur Partei gibt, die nicht regelmäßig mitarbeiten wollen, halten wir dabei für außerordentlich wichtig. Für uns steht dabei die zentrale Frage: Wie laden wir die Partei programmatisch wieder auf? Wie versetzen wir die SPD und ihre Mitglieder in die Lage, um in dieser Republik die Meinungsführerschaft zu kämpfen. Die SPD-Spitze folgt einer anderen Logik. Nehmen wir z.B. die Asylfrage. Die SPD ist ja letztlich Opfer ihrer eigenen Kampagnenunfähigkeit geworden. Sie hat den Rechten im Grunde genommen jahrelang die Feld Asyl- und Migrationspolitik überlassen, um sich jetzt zu wundern, daß die Stimmung nach rechts gekippt ist. Diese Probleme löst man nicht mit Urwahlen.

Wir sind auch der Meinung, daß die SPD professioneller mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit umgehen muß. Es gibt aber auch eine demokratische Antwort auf das Medienzeitalter. Eben nicht die technokratische Entsorgung dieser Probleme durch die Management-Spitze, wie sich das die selbsternannten Modernisierer vorstellen. Unsere Antwort auf das Medienzeitalter muß darin bestehen, daß wir Konzepte entwickeln, wie wir die Vielfalt der Partei zu zentralen Botschaften verdichten, durch die wir Gedächtnisbilder aufbauen, mit denen wir durchdringen. Diese Gedächtnisbilder müssen durch das Engagement der Mitglieder weiter transportiert und gestärkt werden. Sie sollen zur Bündelung der vielfältigen Aktivitäten der Partei dienen. Nur so - mit der Beteiligung und Mitbestimmung der Mitglieder - kann die Partei die Kraft für gesellschaftliche Auseinandersetzungen entwickeln und diese in ihrem Sinne beeinflussen.

Detlev von Larcher: Du hast ziemlich genau das beschrieben, was ich mir unter Parteireform vorstelle. Es kann nicht darum gehen, im Medienzeitalter eine Medienpartei aus der SPD zu machen. In einer Medienpartei ist das Parteivolk nur noch dazu da, ihren Medienstar zu akklamieren. Eine solche Partei wäre nicht mehr meine Partei. Es geht viel mehr um die Frage, wie stellt sich die Mitglieder- und Programmpartei SPD auf die Bedingungen des Medienzeitalters ein, ohne ihren Charakter zu verlieren. Und es geht um die Frage, wie organisiert eine Mitglieder- und Programmpartei wie die SPD die demokratische Willensbildung in einer veränderten Gesellschaft, in der die Bindungswirkung gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen zunehmend schwindet und die Individualisierung voranschreitet. Die Parteilinke darf es unter keinen Umständen versäumen, in diese Diskussion voll einzusteigen. Denn der Ausgang dieser Diskussion entscheidet darüber, wie zukünftig Politik gemacht wird. Es geht letztlich um die Frage, ob die Menschen Politik machen oder ob für die Menschen, die sich zunehmend ins Private zurückziehen, Politik gemacht wird.

Für mich ist das die entscheidende Frage der Demokratie überhaupt.

spw: Detlev, wir danken Dir für das Gespräch.

Das Gespräch führten Stefan Scho-stock und Birgit Zoerner

OST-WEST informationen

Viermal jährlich zu aktuellen Fragen in den Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion
Authentische Beiträge und Dokumente aus den Staaten des Ostens und Südostens
Die Alternative zur gleichgeschalteten Ost-Berichterstattung

Heft 3/92:

Kooperativen in Ost und West

Beiträge von / Interviews mit G. Herbert, V. Belotserkovsky, P. Mertlik, A. Nezval, B. Gordic, A. Lucas, M. v. Randow, R. Chobanova, S. Keremichiev u.a.m.

Heft 4/92:

CSFR: Zukunft durch Trennung?

Beiträge von / Interviews mit S. Steiger, P. Uhl, L. Brokl, Z. Mansfeldová, Z. Mlynar, I. Svitak, A. Novák, L. Szarka, P. Hockenos, D. Strásky u.a.m.

Heft 1/93:

Medien zwischen Markt und Staat

Beiträge von / Interviews mit S. Gredelj, A. Novák, B. Busch, P. Dobrowski, C. Promitzer u.a.m.

Bestellungen, Inhaltsverzeichnisse, Probeexemplare:

Ost-West-Gegeninformationen c/o Dezentrale, Prokopig. 2/I, A-8010 Graz. Preis: 6 DM incl. Porto / Heft (Umfang: ca. 50 Seiten).

Im Osten viel Neues

...aber was fehlt, sind authentische Informationen, die über offizielle Standpunkte und über die tagespolitischen Meldungen gleichermaßen hinausgehen. Wir versuchen, dem abzuweichen.

Vorschau Frühjahr '93

Kurt Faller/Reinhard Hahn/
Rainer Zeimentz (Hg.)
Dem Haß keine Chance
Wie ist die Gewalt
zu stoppen?

Ein Buch, das Hintergründe und
Zusammenhänge erklärt und Wege
zu eigenem Handeln zeigt:
„Zähne auseinander!“

Neue Kleine Bibliothek 30
164 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-89438-052-7
ET: Ende März

*

Matthias von Hellfeld
Die Nation erwacht
Zur Trendwende der deutschen
politischen Kultur

Rechtsextreme Denkfiguren und Bilder
tauchen immer beiläufiger in Politik,
Medien, ja selbst der Werbung auf.
Deutschland steht vor einem „Extremis-
mus der Mitte“. Wieviel Rechtsextremis-
mus verträgt der Zeitgeist?

Kartiert, 14,2 x 19,7 cm,
zahlreiche Abbildungen
183 Seiten, DM 24,80
ISBN 3-89438-055-1
ET: Mitte März

*

Manfred Henle/
Moby Dick-Arbeitsgruppe
Stadtjugendring Augsburg
R/AUSLÄNDER AUS!
Argumente gegen Rechts-
extremismus und Rassismus

Das Buch ist aus der Arbeit mit einer
gemischtnationalen Gruppe im Augs-
burger Jugendtreff "Moby Dick" ent-
standen. In 19 Rubriken wird dokumen-
tiert und "zersägt", was europäische
Rechtsextremisten zu Krieg und Frieden,
Nation, Ausländern, Vaterland, Frauen
u.a. zu sagen haben.

Neue Kleine Bibliothek 32
144 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-89438-056-X
ET: Ende März

Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik
MEMORANDUM '93

Die wichtigste Antwort auf das Jahres-
gutachten der „Fünf Weisen“, des von
der Bundesregierung bestellten Sach-
verständigenrates.

Neue Kleine Bibliothek 33
Etwa 240 Seiten, ca. DM 26,-
ISBN 3-89438-057-8
ET: Anfang Mai

*

Jürgen Kuczynski
»Nicht ohne Einfluß«
Macht und Ohnmacht
der Intellektuellen

Vier Studien über das Verhältnis von
Macht und Intelligenz:
J.K.s Stasi-Akten, das Versagen deutscher
Ökonomen seit dem DDR-Anschluß,
klerikale Intelligenz im Mittelalter, das
Verschwinden der Arbeiterklasse, die
Zukunft der Intelligenz und die Über-
windung des Kapitalismus.

Neue Kleine Bibliothek 34
145 Seiten, DM 16,80
ISBN 3-89438-053-5
ET: Anfang März

*

Hans Kalt
Neubeginnen mit Marx
Die politische Ökonomie und
die Veränderung der Welt

„Wer ist Subjekt des Fortschritts?
Wo wird Geschichte gemacht? Kann
noch so davon gesprochen werden
wie früher?“

Kartiert, 14,2 x 19,7 cm
236 Seiten, DM 32,-
ISBN 3-89438-058-6
ET: April

Mehr Information erwünscht? Fordern Sie unser Programm an!

PapyRossa Verlag

Petersbergstraße 4, 5000 Köln 41, Tel. 0221/44 85 45 und 44 62 40, Fax 0221/44 43 05

Michael Höhn
Sympathie
für den Teufel
Kritischer Ratgeber
Okkultismus

„Das Wissen um Okkultpraktiken gehört
zum allgemeinen Bildungsgut der
Jugendlichen“ (Prof. Johannes Mischo,
Heidelberg). Der Ratgeber ist Ergebnis
langjähriger Erfahrung in Schule und
Jugendarbeit.

Neue Kleine Bibliothek 31
174 Seiten, DM 19,80
ISBN 3-89438-054-3
ET: Anfang März

*

Der Frauenkalender
WIR FRAUEN 1994

Taschenkalender mit flexiblem Einband
in Lila, Lesebändchen, 11 x 15 cm
Redaktion: Florence Hervé, Elly Stein-
mann, Renate Wurms
Gestaltung: Gitta Büsch

Etwa 288 Seiten, ca. DM 12,80
ISBN 3-89438-059-4
ET: Anfang September 1993

*

Bereits angekündigt, neuer ET:

Florence Hervé/Elly Steinmann/
Renate Wurms (Hg.)
Das Wörterlexikon

Etwa 400 Stichworte, zahlreiche Fotos
und Illustrationen
Lexikonformat: 17 x 24 cm
Fadenheftung, fester Einband

Etwa 500 Seiten, ca. DM 49,80
ISBN 3-89438-047-0
ET: Mai/Juni



Heinz-Gerd Hofschien

Die Banane ist in Deutschland eine be-
sondere Frucht. Jahrzehntlang war sie das
Symbol der Überlegenheit des Westens gegen-
über der DDR, in der es sie eben nicht oder nur
selten gab. Mit großen, sehnsuchtsvollen Au-
gen blickten die Ostler auf die Berge billiger Ba-
nanen im Westen und so war es erleuchtend,
daß die friedliche Revolution von 1989 ihre Er-
füllung fand, als nun auch Ostbieren in den
Südrücheln schmelzen konnte. Zwergesah
dies im Tausch gegen Arbeitsplätze, Industrie
und Wohnungen und unter einem Anschlußre-
gime, das den Einheimischen deutlich weniger
Eigenständigkeit beließ als die britische Kolo-
nialverwaltung sie in Indien zugestanden hatte-
aber die Banane war nun da, gelb, billig und in
Massen. Aber damit ist es jetzt vorbei. Denn
die EG hat zum 1. Januar 1993 die Befreiung
Deutschlands von der Importsteuer für Bana-
nen aufgehoben. Diese hatte in den 50er Jah-
ren Konrad Adenauer durchgesetzt, da der alte
Fuchs die Bedeutung billiger Bananen als Waf-
fe in der Systemauseinandersetzung erkannte.
Seitdem waren die zollfreien Bananen in der
Bundesrepublik billiger als in jedem anderen eu-
ropäischen Land und die Ossies glaubten an
den goldgelben Westen, in dem die früher so
teure Frucht ein preiswertes Mas-
sennahrungsmittel geworden war. Inzwischen
hat dieser Glaube reiche Früchte getragen, und
die Verbilligung der Bananen ist nicht mehr nö-
tig. Bloß die deutschen Fruchthandelsleute schei-
nen das nicht zu kapieren. Sie reden davon,
daß der Landwirtschaftsminister das "Erbe
Adenauers verspielt" habe. Das ist natürlich
Banane, denn Adenauers Konzept ist doch
glänzend aufgegangen.

Die "International Herald Tribune" ent-
hüllte Mitte Januar die Gründe für die großher-
zige humanitäre Hilfe, die die amerikanische Ma-
rineinfanterie dem Volk von Somalia zur Zeit
leistet: Vier große amerikanische Ölkonzerne
hatten noch vom somalischen Diktator Siad
Barre (unser Verbündeter und Freund der GSG
9 in Mogadischu) die Rechte für die Suche
nach vermuteten reichen Ölfeldern auf zwei
Driteln des somalischen Territoriums erhalten,
konnten aber infolge des Bürgerkriegs ihre
claims nicht nutzen. Die Ölfirma Conoco aus
Houston, deren Niederlassung in Mogadischu
nach den Worten der "Herald Tribune" wenige
Tage vor dem Erscheinen der Marines "de
facto zu einer amerikanischen Botschaft gewor-
den" sei, nannte die Übereinkunft zwischen der
US-Regierung und dem Unternehmen "eine Ge-
schäftsbeziehung". Wie die Zeitung berichtet,
erwarten die vier Ölfirmen von der Operation
"Neue Hoffnung", daß sie "ihre Investitionen in
Höhe von vielen Millionen Dollars schützen" wer-
de. Bei so hohen humanitären Anliegen darf in
der Tat die Bundeswehr nicht fehlen.

Der Drang zur militärischen Groß-
machtrolle für das neue Deutschland bedient
sich immer besserer Argumente. "Wenn irgend
etwas, dann wird Deutschland die Rolle über-
nommen werden, der Saubermann der Welt

sein zu wollen, der im Diplomatenout auf der
Wallstatt erscheint, nachdem andere Kopf und
Kragen riskiert haben. Was jetzt in den aus-
schlaggebenden Bundestagsparlamenten abläuft,
ist das Schüttelfieber, das auch einen Hy-
pochonder überkommen kann aus Angst, daß
ernun gesund geschrieben werden soll", heißt
es in einem Kommentar der "Frankfurter Alge-
meinen" zur letzten Bundestagsdebatte über
weltweite Bundeswehreinräumungen. Lassen wir ein-
mal beiseite, daß die Bemerkung über den Di-
plomatenout fast wörtlich aus Hitler-Reden über
die feigen Diplomaten, die nur schwätzen wenn
geschossen werden muß, stammen könnte,
lassen wir auch die Behauptung unkommen-
tiert, daß die Welt, wenn sie überhaupt irgendei-
nen Grund hätte, Deutschland etwas übel zu
nehmen, dieses nicht etwa zwei Weltkriege und
fabrikmäßige Völkermorde wären, sondern die
Nichteinnahme an den nächsten Massakern,
vor denen es sich als eingebilddeter Kranke bis-
lang gedrückt hat. Aber wenn die kriegsüster-
nen Schreibtischstrategen in der FAZ noch
nicht einmal mehr wissen, wie man Wallstatt
schreibt, sollten sie vor ihrem nächsten Feld-
zug doch noch einmal ihre Wehrmachtvetera-
nen im Herausgeberkreis oder hilfsweise das
Grimmsche Wörterbuch konsultieren. Vielleicht
aber haben sie auch im Gedanken an die welt-
weiten Bundeswehreinräumungen Wallstreet und
Wallstatt durcheinandergebracht - und das gibt
dann allerdings wieder Sinn.

Die "International Herald Tribune" ent-
hüllte Mitte Januar die Gründe für die großher-
zige humanitäre Hilfe, die die amerikanische Ma-
rineinfanterie dem Volk von Somalia zur Zeit
leistet: Vier große amerikanische Ölkonzerne
hatten noch vom somalischen Diktator Siad
Barre (unser Verbündeter und Freund der GSG
9 in Mogadischu) die Rechte für die Suche
nach vermuteten reichen Ölfeldern auf zwei
Driteln des somalischen Territoriums erhalten,
konnten aber infolge des Bürgerkriegs ihre
claims nicht nutzen. Die Ölfirma Conoco aus
Houston, deren Niederlassung in Mogadischu
nach den Worten der "Herald Tribune" wenige
Tage vor dem Erscheinen der Marines "de
facto zu einer amerikanischen Botschaft gewor-
den" sei, nannte die Übereinkunft zwischen der
US-Regierung und dem Unternehmen "eine Ge-
schäftsbeziehung". Wie die Zeitung berichtet,
erwarten die vier Ölfirmen von der Operation
"Neue Hoffnung", daß sie "ihre Investitionen in
Höhe von vielen Millionen Dollars schützen" wer-
de. Bei so hohen humanitären Anliegen darf in
der Tat die Bundeswehr nicht fehlen.

Beim humanitären Interventieren sind
inzwischen ja viele dabei. Der grüne Umwelte-

nantor von Bremen, einst KBW, dann Friedens-
bewegung, will bei dieser neuen Mode nicht ab-
seits stehen: "Wenn der Pazifismus zur Taten-
losigkeit angesichts der Massenver-
gewaltigungen, des Hungers, der Quälereien
und Vertreibungen in Bosnien führt, verliert er
seine Unschuld". Ein detaillierter Katalog militä-
risch durchzusetzender Sanktionen folgt dann
in seinem in der "TAZ" abgedruckten Papier.
"Damit diese Drohung befriedigend wirkt, muß
sie durch eine hinreichende militärische Prä-
senz vor Ort unterstrichen werden. Zu diesem
Zweck wird eine Eingreiftruppe unter UN-Kom-
mando gebildet, die vorrangig von europäischen
Staaten gestellt wird. Die Bundesrepublik betei-
ligt sich an dieser Aktion mit Bundeswehr-Frei-
willigen." Da die grüne Partei sich auch diese in
Stil und Inhalt zackige Wendung ohne großes
Aufmucken gefallen läßt, bleibt uns, um Ralf
Fücks loszuwerden, nur noch die Hoffnung,
daß er sich zum Zwecke einer hinreichenden
militärischen Präsenz für eine befriedigende
Drohung den Bundeswehr-Freiwilligen an-
schließt. Aber auch diese Hoffnung ist wohl-
wie bei allen Bierischfeldherren - gänzlich ver-
geblich.

Über die Frage, ob die Linke gegen
rechtsradikale Terroristen die Staatsgewalt rü-
fen und auf harte Strafen drängen sollte, mit
eine merkwürdige Debatte in der "Weltbühne",
dem "Freitag" und anderen Blättern ent-
standen. Die Ablehnung des kapitalistischen
Staatsapparats und das Bezweifeln des Sinns
von Strafen mischen sich mit der seit Weimar
nicht unberechtigten Furcht, daß sich ein stren-
ges Vorgehen gegen politische Täter über kurz
oder lang gegen links wenden werde. Es lohnt
sich nachzulesen, was Marx zur Funktion von
Strafen meinte: "Man hat die Strafe gemein-
verteidigt als ein Mittel zur Besserung oder zur
Einschüchterung. Aber welches Recht hat
man, mich zu strafen, um andere zu bessern
oder einzuschüchtern? Außerdem gibt es so et-
was wie die Statistik, und es gibt die Geschich-
te, und beide beweisen voll und ganz, daß die
Welt seit Kain durch Strafen weder gebessert
noch eingeschüchtert worden ist. ... Wenn wir
die Dinge offen aussprechen und auf alle
Umschreibungen verzichten, so ist die Strafe
nichts anderes als ein Verteidigungsmittel der
Gesellschaft gegen die Verletzung ihrer
Lebensbedingungen, was auch immer deren
Inhalt sein mag." (MEW Bd. 8, S. 507f.) Auch
wenn Strafen die Neonazis weder bessern noch
abschrecken werden, so habe ich gegen eine
kraftvolle Anwendung dieses Verteidig-
ungsmittels gegen die Verletzung unserer
wichtigsten Lebensbedingungen, von Humanität
und Demokratie, partout nichts einzu-
wenden.

Probleme mit der Solidarität - Probleme mit der Macht

Anmerkungen eines schönggeistigen Kritikers anlässlich der Diskussion der "cubanischen Frage"

von Josef Dreher*

"Im Epizentrum des Erdbebens von 1989 steht ein Gesellschaftssystem namens Sozialismus. Man kann nicht behaupten, daß die deutsche Linke sich bisher dieser Herausforderung gestellt hat. Die intellektuelle Bewältigung folgt dem Motto der Schadensbegrenzung. Hauptsache, der ideologische Komfort wird nicht allzu sehr gestört. Die Abbrucharbeit an ehemaligen geistigen Besitzständen wird ganz darwinistisch der historischen Selektion überlassen: gewisse Einschätzungen und Ideen haben sich offenbar von der Geschichte als 'nicht überlebensfähig' erwiesen. Welche das sind, ob und wodurch sie zu ersetzen wären, will man nicht so genau wissen. Für die nächsten dreißig Jahre wird der Sozialismus wohl unter der Erde verschwinden! Diese rein taktische Reaktion ersetzt die Analyse. Das Denken dient vornehmlich der Selbstberuhigung. Man kann ein Erdbeben auch verpassen" (Peter Schneider, S.61) Diese Kritik von Peter Schneider trifft sicherlich auch auf die politischen Kräfte zu, die das Zeitschriftenprojekt SPW tragen. Eine grausam-gründliche Selbstkritik steht jedenfalls auch drei Jahre nach dem Epochenbruch von 1989 noch aus. Mehr oder minder stillschweigend haben sich die meisten von uns der früheren Positionen zum "Realsozialismus" entledigt. Ich will die gravierenden Differenzen in dieser Frage (und das damit verbundene unterschiedliche individuelle Maß an Selbstkritik) nicht verkleistern. Aber eins steht fest: Blamiert sind wir alle, ob wir nun kritiklos-solidarisch oder "nur" kritisch-solidarisch gegenüber dem "Realsozialismus" waren.

* Josef Dreher, Sozialwissenschaftler, Wiesbaden

Die Deformationstheorien, die Hoffnungen auf eine Demokratisierung dieser Gesellschaften im Sinne einer "Reform von oben" - und dafür stehen Namen wie Peter Weiss oder Wolfgang Abendroth - sind jedenfalls durch die reale Entwicklung grausam-gründlich demontiert worden.

Ich erwarte zur Zeit keine feinsinnigen Deformationstheoretischen Betrachtungen. Aber es ist zumindest ein Gebot intellektueller Redlichkeit, sich offen einzugesuchen, daß andere, die wir ob ihrer radikalen Kritik am "Realsozialismus" angegriffen und des "Antikommunismus" bezichtigt haben - Peter von Oertzen, das Sozialistische Büro, die bösen reformistischen Jusos - Recht hatten, während wir dank unserer "wissenschaftlichen Weltanschauung" in ineffizienten ökonomischen Strukturen "tendenziell fortschrittliche Produktionsverhältnisse" zu entdecken glaubten.

Ärgerlicher als solche Blindheiten ist jedoch der Verlust eines prinzipiell herrschaftskritischen Standpunkts: Wir haben noch zu einem Zeitpunkt Reformhoffnungen genährt und waren dadurch solidarisch mit der Macht, wo der Aufruf zum Widerstand die einzig adäquate politische Haltung gewesen wäre. Ganz zu schweigen von der Doppelmoral, andere Menschen geschichtsphilosophisch auf bessere Zeiten zu vertrösten und Verhältnisse zu verteidigen, die wir selbst nicht akzeptiert hätten, was wir uns auch in heillosen Momenten am Besten eingestanden haben. Es mag mein Hang zur prinzipiellen Dissidenz sein oder meine Herkunft aus dem Arbeitermilieu: Proleten in Machtpositionen haben in der DDR nicht leben wollen, so sich jene autoritären und

spließigen Geister der deutschen Arbeiterbewegung, die im Westen "nur" in Partei- und Gewerkschaftsapparaten wüthen, auch noch ohne demokratische Kontrolle und mit der Staatsmacht im Rücken austoben konnten.

Es geht dabei nicht darum, in den Augen der Herrschenden glaubwürdiger zu werden, wie Edgar Göll in seinem Cuba-Beitrag unterstellt. Es geht um unsere eigene Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit. Denn "1989" war für viele gerade deshalb ein schmerzhafter biographischer Bruch, weil wir endgültig die uns früher stärkende moralische Eindeutigkeit verloren haben, das "bessere Deutschland", das der Opfer, zu repräsentieren. Die Linke wird in Zukunft auch mit "ihrer" Macht- und Tätergeschichte umgehen müssen, anstatt diese nur im anderen Lager auszumachen.

Wer mit seinen Prognosen und politischen Optionen hinsichtlich des "Realsozialismus" so daneben gelegen hat, sollte zumindest eine gewisse Nachdenklichkeit an den Tag legen. Der standfeste Edgar Göll hält eine solche Herangehensweise aber offensichtlich für eine Art Wankelmütigkeit gegenüber konservativen Geschwätz. In die gleiche Richtung weisen die regelmäßigen Blicke auf die Schlichtheit der Welt. Hoffschon glauben förmlich reaktionäre Entwicklungen in den osteuropäischen Staaten, wobei er allerdings durchweg von deren Entstehungszusammenhängen abstrahiert.

Diese Form der Immunisierung gegenüber Selbstkritik ist politisch in doppelter Weise fatal: Sie blockiert ein neues mögliches Projekt, das ohne die Gruppen aus der DDR-Bürgerbewegung nicht denkbar ist und versiebt die Chancen ei-

ner doch dringend notwendigen "Neukomposition" der sozialistischen Linken, nachdem die innerlinken Spaltungslinien der "alten Weltordnung" entfallen sind.

Weil die unterschiedlichen Reaktionsmuster auf den Epochenbruch von 1989 nicht offen thematisiert wurden, artikulieren sie sich in der Cuba-

Diskussion gewissermaßen blindwütig. Cuba, das Land ei-

ner autonomen Revolution, ist zudem im hohen Maße emotionell besetzt, hatten wir doch alle unseren in die leuchtend-rote Zukunft blickenden Che Guevara an der Wand hängen (neben Jimi Hendrix versteht sich).

In Oliver Brosch-Guesnets Abgesang auf die alten Männer in Cuba vermag auch ich nicht ein "Mitfühlen und solidarisches Bewußtsein" zu erkennen. In den Zivilgesellschaftsdiskursen der letzten Jahre ist offensichtlich vielen die Erkenntnis abhanden gekommen, daß es in anderen Weltgegenden andere Prioritäten gibt und es ums nackte Überleben geht, das auch mit Macht verteidigt werden muß. Soweit Göll auf die unbestreitbaren sozialen Erfolge der cubanischen Revolution verweist, kann ich ihm folgen. Aber auch er betreibt in gefährlicher Weise das Geschäft der Widerspruchseliminierung. Systematisch blendet er die Seiten der cubanischen Realität aus, die eben nicht Mut machen, sondern zu kritischen Nachfragen allen Anlaß geben sollten (vgl. Hoffmann, Niess). Wenn sich im Verhältnis zu intellektuellen das Verhältnis einer Gesellschaft zum Individuum verdichtet, wird man nicht so leichtfertig und verneinend wie Göll von "vereinzelten cubanischen Schriftstellern, denen es hier im Westen besser gefällt", schreiben können. Vom sicheren westeuropäischen Festland aus läßt sich auch gut "Vaterland oder Tod" deklamieren. Für einen einzelnen die legitime individuelle Option ist, sein Leben für die Sache zu

geben, wird aus dem Munde der Macht, die Socialismo mit dem politischen Status quo...gleichsetzt, eine unverhohlene Todes-Drohung gegen alle, die eine Veränderung dieses Status quo anstreben" (Hoffmann, S.905). Die castristische politische Klasse mit ihren asketischen Wertorientierungen aus der Sierra Maestra erweist sich offensichtlich als Hemmnis der Demokratisierung einer Gesellschaft, die dank der Revolution breitere Bedürfnisse entwickelt hat.

Zu Zeiten des "alten Denkens" wußten wir einmal, daß Cuba seine Entwicklungschancen dem Flankenschutz des "realsozialistischen" Lagers verdankt, und in dieser progressiven Funktion lag ja auch das machtpolitisch rationale Moment unserer früheren außenpolitischen Orientierung. Die "antagonistische Kooperation" der Supermächte hat vielen Befreiungsbewegungen erst die Spielräume eröffnet. In der "neuen Weltordnung" sind die Befreiungsbewegungen zu - teils äußerst schmerzhaften - Kompromissen gezwungen oder zum Abschuß durch den US-Imperialismus freigegeben. Castros Ausspielen der "chinesischen Karte" - ökonomische Liberalisierung und Verstärkung der politischen Repression - wird den Zusammenbruch des cubanischen Modells nur verzögern, nicht aber verhindern können. Noch so rührige Solidaritätskampagnen der marginalisierten und gebeutelten Linken werden das Machtvakuum nicht ausfüllen können, das der Zerfall des "Realsozialismus" hinterlassen hat. Und trotz dieser Aussichtslosigkeit sollten wir uns nicht vom Kämpfen abhalten lassen, Spenden für Medikamente und Hilfsgüter sammeln, Aktionen durchführen - weil es ein Gebot der antikapitalistischen Solidarität ist und es der Widerstand noch schlimmer wird. Diese Solidarität muß nicht nur im Falle Cubas - ohne in eurozentristische Abhängigkeit ganz zu verfallen - die scharfe Kritik an den Verhältnissen einschließen, sondern der Mensch ein erniedrigtes und geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (MEW 1, S.385). Dieser Marxsche kategorische Imperativ gilt auch dann, wenn man ein Bewußtsein hält, daß in der Dritten Welt nur schlechte Hoffene

Skizzenbilder von "Sozialismus" möglich sind.

Dem Spannungsverhältnis von Moral und Macht, von Kritik und Solidarität - eines der großen Themen auch in der "Ästhetik des Widerstands" - sollten wir nicht durch eine falsche Logik der Eindeutigkeit zu entrinnen suchen. Es mag sein, daß sich mit Illusionen besser hat kämpfen lassen; der umso größere Katzenjammer und die Absetzbewegungen nach 1989 sollten uns aber warnen, solche Fehler zu wiederholen. Revolutionäre Entwicklungen an der kapitalistischen Peripherie werden wohl erst dann wieder eine Chance haben, wenn sie durch eine hegemoniale reformistische Blockbildung in Westeuropa mit einer eigenständigen außenpolitischen Machtopion abgestützt werden können. Diese Verantwortung nimmt uns niemand ab. Noch immer gilt, daß der wirksamste Beitrag zur internationalen Solidarität der Kampf um ein "anderes Leben" im eigenen Land ist. Es liegt an uns Metropolensozialisten, ob wir uns in der zivilgesellschaftlichen Festung Westeuropa einrichten oder solidarisch mit der "einen Welt" eine Lebensweise durchsetzen, die gleiche Entwicklungschancen für alle ermöglicht.

Literatur

- Oliver Brosch-Guesnet: Helden deja vu. In: spw 67, S.24
Edgar Göll: Probleme mit Problemen mit Cuba. In: spw 69, S.16 f.
Bert Hoffmann: Kuba: Nicht Modell, Tragödie. Der bittere Geschmack des Cuba Libre jenseits der Hotelbar. In: Das Argument 196, S.905 ff.
Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW 1, S.378 ff.
Frank Niess: Die drei Blockaden Kubas. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/92, S.954ff.
Peter Schneider: Extreme Mittellage. Eine Reise durch das deutsche Nationalgefühl. Reinbeck 1992.

Stoff-Wechsel

Ökologischen Umbau ökonomisch möglich machen

von Carsten Sieling*

Die Katastrophen bei Hoechst sind - zumindest bei Redaktionsschluß dieses spw-Hefes - der jüngste Beleg mangelnder Achtsamkeit kapitalistischer Warenproduktion gegenüber der Umwelt. Eine unendliche Liste läßt sich öffnen: Von den Veränderungen des Klimas infolge von CO₂ über auch in diesem Sommer bevorstehende Smog-Alarme in den Großstädten bis hin zu den schweren Tankerunglücken, von denen seit der Strandung des Tankers Amoco Cadiz im Jahre 1978 bis heute 16 weitere Unglücke zu verzeichnen sind - hiervon allein vier in den vergangenen zwei Jahren!

Die politische Diskussion über eine umweltgerechte Wirtschaftsweise entspricht dem wachsenden Problemlösungsdruck in keinsten Weise. Dies betrifft auch die sozialdemokratischen und grünen Konzepte. Öko-Steuer, Umweltauflagen sowie ökologisch motivierte Gebührenerhöhungen und Abgaben (die im übrigen verteilungspolitisch vielfach ebenso ungerecht wirken wie eine Mehrwertsteuererhöhung) erreichen nicht den Kern des Problems. Mit der Erhöhung des Benzinpreises werden zwar - hoffentlich - die Straßen leerer, eine andere Verkehrswirtschaft aber ist damit noch nicht auf den Weg gebracht. Und auch die Chemieproduktion wird nicht automatisch 'sanfter' werden, wenn die richtige Forderung nach Internalisierung der ökologischen Folgekosten nicht sehr gezielt erfolgt und strukturalistisch begleitet wird.

Diese Zeitschrift und das sich um sie gruppierende Projekt *Moderner Sozialismus* (PROMS) haben sich den Fragen des ökologischen und ökonomischen Umbaus in den vergangenen zwei Jahren verstärkt angenommen. Der Schwerpunkt lag dabei auf einer industrie- und strukturalistischen Herangehensweise. Der Kern der Überlegungen: Die laufende Neustrukturierung der Arbeits- und Produktionsweisen, der internationalen Arbeitsteilung und der industriellen Modernisierung muß von der Linken dazu genutzt werden, die Einleitung des ökologischen Umbaus in den Mittelpunkt zu stellen. In den Heften 57, 58 und 61 sind von Tjaden und Bim-

boes grundsätzliche Beiträge zur Neugestaltung der Stoff- und Energieströme geleistet worden, mit dem Schwerpunkt Heft 64 zur Industriepolitik sowie in Heft 68 und 69 haben die Möglichkeiten und auch Grenzen der Strukturpolitik und branchenbezogene Entwicklungen eine vertiefte Behandlung erfahren. Im vorliegende Heft erörtert die Bundestagsabgeordnete Ulla Burchardt Grundlinien für "Bewertungskriterien und Perspektiven umweltverträglicher Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft" und führt damit nicht nur die Diskussion über andere Stoff- und Energieströme fort, sondern berichtet auch, wie in der gleichnamigen Bundestags-Enquete-Kommission das Ziel einer "ökologischen Stoffwirtschaft" diskutiert wird. Die weiteren Schwerpunktaufsätze in diesem Heft bearbeiten die Problemlagen des Umbaus mit Bezug auf spezifische Sektoren der Volkswirtschaft:

* Um die größte Umbauherausforderung der Zukunft handelt es sich bei der Neugestaltung der Verkehrswirtschaft und damit auch der Automobilindustrie. Düe und Strutyński diskutieren dies und die bislang entwickelten gewerkschaftlichen Antworten vor dem Hintergrund des enormen Beschäftigungspotentials, das heute am Auto hängt. Bei allen Mängeln hat die IG Metall unter den Gewerkschaft die umweltpolitische Herausforderung sicher am weitestgehenden aufgegriffen und die Notwendigkeit einer Verkehrswende erkannt. Allerdings reicht eine Strategie zur Ökologisierung des Produkts Auto, die bei der IGM im Vordergrund steht, noch lange nicht hin. Der zweite Punkt, auf den Düe/Strutyński kritisch hinweisen, ist noch eklatanter: In der aktuellen Krise der Automobilindustrie zeigt sich, daß zumindest den betrieblichen Interessenvertretungen in der Not der Rock (Arbeitsplatz) näher ist als die Hose (Umwelt).

* Eine gänzlich andere gewerkschaftliche Position zu den ökologischen Herausforderungen finden wir bekanntlich in der Chemiewirtschaft vor. Dabei wäre eine entwickelte umweltpolitische Position der Branchengewerkschaft hier nicht nur vonnöten, weil es sich um eine Schlüsselindustrie für eine umweltverträgliche Produktionsweise handelt, sondern weil die bekannten Unfälle auch immer

wieder auf die konkreten Gesundheitsgefährdungen für die Beschäftigten verweisen. Henseling stellt für eine Chemiepolitik der Zukunft die Minimierung des Chemikalienverbrauchs, ein Recyclinggebot sowie ein ökologisches Produktdesign in den Vordergrund und fordert eine neue chemische Produktpolitik. Für die Durchsetzung einer solchen Chemiepolitik schätzt er die 'technischen' Möglichkeiten positiv ein, da die chemische Industrie in der Vergangenheit auf veränderte Rahmenbedingungen ausgesprochen flexibel reagiert hat. Da der Verband der chemischen Industrie und die IG Chemie-Papier-Keramik aber durch ökologische Ignoranz bestechen, wird zur Durchsetzung der politischen Druck auf die Akteure entscheidend sein.

* Die Gentechnik ist ein Schlüsselbereich für biotechnische Zukunftsoptionen. Gesellschaftlich sind Einsatz und Reichweite der Gentechnik heiß umstritten. Die Linke vertritt eher eine Position strikter Regulierung, um die drohenden und vielfach unkontrollierbaren Risiken zu vermeiden. Wesentliche Argumente für diese Position im Rahmen der laufenden Debatte um ein deutsches Gentechnik-Gesetz werden von der Bundestagsabgeordneten Marliese Dobberthien dargestellt, die insbesondere in der privatwirtschaftlichen Forschung und Nutzung dieser Technologie eine Steigerung des Gefahrenpotentials sieht. Eine in der Linken eher selten vorfindbare Position vertritt Marianna Schauzu, die gegen einen bundesdeutschen Ausstieg aus der gentechnischen Forschung plädiert. Gleichwohl auch sie strikte Sicherheitsmaßnahmen für erforderlich hält, schlägt sie doch eine stärkere Differenzierung zwischen den einzelnen Sicherheitsstufen vor. Ihr Grundgedanke: Statt auf allen Stufen strenge und vor allem bürokratische Regelungen zu pflegen, differenzierte Förder- und Sicherheitsverfahren für die einzelnen Stufen entwickeln. Die Debatte um die Gentechnik nehmen wir mit diesen beiden Aufsätzen erst auf, sie werden aber wohl für kontroversen Diskussionsstoff sorgen.

Chemiepolitik: stoffökologische Perspektiven der Industriegesellschaft

von Karl Otto Henseling*

Das gestörte Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur hat immer auch eine stoffliche Seite. Die von Menschen verursachten Stoffströme haben längst nicht mehr nur lokale oder regionale Auswirkungen auf den Naturhaushalt. Sie haben eine Größenordnung erreicht, die mit der biogeochemischen Stoffströme gleichzieht und globale Auswirkungen zeigt. Im Bereich der durch die Energiegewinnung und -nutzung verursachten Störungen wie Treibhauseffekt oder saurer Regen sind globale Auswirkungen soziotechnischer Systeme mittlerweile einer breiten Öffentlichkeit bewußt.

Ein allgemeines Bewußtsein für die Problematik der vom Menschen verursachten Stoffströme, die von der Rohstoffgewinnung über Emissionen aus der Produktion und riskanten Gebrauchseigenschaften bis zu den bedrohlich wachsenden Abfallbergen reicht, ist erst allmählich im Entstehen.

Die Erkenntnis, daß eine ganzheitliche Betrachtung der Problematiken der stofflichen (und energetischen) Seite menschlichen Wirtschaftens erforderlich ist, ist in spw von Karl Hermann Tjaden als Forderung nach einer Politischen Ökonomie der Stoff- und Energieströme theoretisch begründet worden (Heft 57/1991). In diesem Beitrag soll auf die konkrete Entwicklung der chemiepolitischen Diskussion eingegangen werden. Dabei bleibt der Blick auf die Bundesrepublik beschränkt. Die an sich notwendige Ausweitung der Perspektive auf die europäische und globale Ebene kann in diesem Aufsatz nicht geleistet werden. Hierzu sei auf die Beiträge von Ditlef Bimboes in spw (Heft 58/91 und Heft 61/1991) hingewiesen.

Als pragmatisches umweltpolitisches Konzept wurde die Forderung nach ei-



ner ganzheitlichen

Betrachtung der stofflichen Seite der Umweltpolitik 1984 vom BUND unter dem Begriff "Chemiepolitik" in die öffentliche Diskussion gebracht. Seitdem hat sich hierzu - vor allem im Rahmen von Tagungen der Evangelischen Akademien in Tutzing und Bad Boll - ein Diskurs entwickelt, innerhalb dessen verschiedene chemiepolitische Positionen und Ansätze für Leitbilder ausgemacht werden können (Held 1988 und 1991).

1. Grundfragen einer umweltverträglichen Stoffwirtschaft

Der Raubbau an den Rohstoffreserven, die Störungen der biogeochemischen Stoffkreisläufe, die klimawirksamen Veränderungen der Erdatmosphäre, die Anreicherung naturfremder synthetischer Stoffe in der Biosphäre und die bedrohlich wachsenden Abfallberge zwingen heute dazu, alle stoffwirtschaftlich relevanten Bereiche der industriellen Produktion von der Rohstoffnutzung über die Stoffentwicklung und Produktplanung bis zur Abfallwirtschaft einer

kritischen Analyse und tiefgreifenden Umgestaltung zu unterziehen. Die gegenwärtig vorherrschende Wirtschaftsweise zeichnet sich bezüglich der Stoffnutzung durch geringe Effizienz und Zukunftsunverträglichkeit aus. In den Marktwirtschaften der westlichen Industrieländer sind erhebliche strukturelle Defizite festzustellen, die für den rapiden Naturverbrauch verantwortlich gemacht werden müssen. Hier sind insbesondere zu nennen:

- die Nichtberücksichtigung der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit gegenüber kommenden Generationen im Marktgeschehen,
- die Vernachlässigung externer Effekte und Kosten,
- die kostenlose und unbeschränkte Inanspruchnahme von "Kollektivgütern" wie frischer Luft oder sauberem Wasser für die Produktion,
- die Nichtberücksichtigung der Selbstversorgung bei der Beurteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes,
- die Ausblendung nicht-monetarisierbarer Güter wie Naturschönheit etc. und
- die Fehlbewertung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch den problematischen Maßstab Bruttosozialprodukt und dessen Wachstum. Die bisher praktizierte Marktwirtschaft ist einseitig auf den Strom der für den Markt produzierten Güter und deren Vermarktung ausgerichtet. Die Fragen des Naturerhalts (Nutzung erschöpflicher Ressourcen, begrenzte Belastbarkeit von Boden, Luft und Wasser als Auffangmedien für

* Carsten Sieling, Dipl. Ökonom und Mitglied der PROMS-Projektgruppe Ökonomie, Bremen

* Dr. Karl Otto Henseling, Berlin und Bonn, Chemiker

Schadstoffe und Abfälle, die bei der Produktion und beim Konsum von Gütern und Dienstleistungen entstehen) bleiben weitgehend ausgeblendet. Es wird weder der Naturverbrauch bilanziert, der mit Produktion und Konsum verbunden ist, noch werden die Aufwendungen bilanziert, die erforderlich sind, um dieses verbrauchte "Naturkapital" - wenn überhaupt möglich - wieder zu ersetzen. Die hierbei für die Gesellschaft entstehenden Kosten sind in den Preisen der Produkte in der Regel nicht enthalten, sondern "externalisiert" (Nutzinger/Zahrt 1991).

Der einseitigen Betrachtung von Warenströmen entspricht eine entsprechend einseitige Betrachtung von Stoffströmen. Erstrebenswertes Ziel der chemischen Industrie und anderer stoffumwandelnden Industrien ist in dieser Logik die Umwandlung möglichst großer und steigender Rohstoffmengen in gut verkäufliche Produkte. Das Motiv, die mit wachsender Anlagengröße und entsprechend hohen Produktionsmengen verbundenen Möglichkeiten der Senkung der Produktionskosten pro Mengeneinheit (economies of scale) zu nutzen, und die Suche nach Absatzmöglichkeiten für neue Syntheseprodukte und zwangsläufig anfallende Kuppelprodukte haben zu Vermarktungsstrategien geführt, die zum Ausbau immer verzweigter und vernetzter Produktionsbäume und zu einer ständigen Steigerung der Stoffströme beitragen.

Die Steigerungsraten beim Rohstoff- und Energieverbrauch beziehungsweise bei der Grundstoffproduktion galten lange Zeit als Erfolgsmaßstab für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Bis zum Zweiten Weltkrieg waren die Steigerungsraten der Produktion und des Verbrauchs von Schwefelsäure und danach die von Chlor entscheidende Erfolgskriterien für die chemische Industrie, deren Wachstum wiederum als wichtiger Indikator für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung angesehen wurde. Die Berücksichtigung der Endlichkeit von Ressourcen und der Belastungsgrenzen von Ökosystemen und biogeochemischen Stoffkreisläufen steht im diametralen Widerspruch zu derartigen "Erfolgskriterien". Die "Rohstoffsicherung", verstanden als Sicherung eines fortwährenden Zustromes an Rohstoffen aus anderen Ländern, wird auch heute noch in einer Weise als staatliche Aufgabe praktiziert, die keinen Zusam-

menhang zur Umwelt- und Entwicklungspolitik erkennbar werden läßt. Auf der Produktseite entsprach dieser Entwicklung, nicht zuletzt dank erfolgreicher Vermarktungsstrategien, der Trend zu stofflich aufwendigeren und kurzlebigeren Erzeugnissen und zur Entwicklung chemischer Lösungen für traditionelle Dienstleistungen. Eine stoffliche Wiederverwertung verbrauchter Produkte paßte nicht zu einer an Steigerungsraten im Grundstoffbereich orientierten wirtschaftspolitischen Strategie. Die Rücknahme verbrauchter Produkte läuft völlig gegen das gewohnte ökonomische Prinzip des Produzierens und Verteilens (Weise in Held 1991).

Die Schwierigkeit des Denkens in Stoffströmen ist einerseits in der hohen Komplexität der netzwerkartig miteinander verwobenen und sich in globalen Dimensionen bewegenden Stoffströme der industriell geprägten Weltwirtschaft begründet. Zum anderen ist für einzelne gesellschaftliche Akteure (Unternehmen, Handel, Staat, Verbraucher etc.) nur jeweils ein kleiner Ausschnitt aus der gesamten Kette der Stationen der Stoffe von der "Wiege bis zur Bahre" erkennbar, die sich gerade im Verantwortungsbereich des Einzelnen befinden. Dazu kommt das breite Spektrum sehr unterschiedlicher gesundheitlicher und ökologischer Auswirkungen von durch menschliche Aktivitäten verursachten Stoffströmen, das von der allergisierenden oder krebsauslösenden Wirkung von Chemikalien bis zur Zerstörung der Ozonschicht oder dem Waldsterben reicht. Der Unterschiedlichkeit der problematischen Wirkungen entspricht auf der politischen Seite ein breites Spektrum an rechtlichen Instrumenten, das sich im Laufe der Zeit als Reaktion auf das zunehmende Auftreten dieser Probleme entwickelt hat. Eine Folge der unkoordinierten Entwicklung unterschiedlicher Rechtsbereiche wie Wasserrecht, Immissionschutz-, Abfall- und Gefahrstoffrecht ist das Phänomen, daß durch Anwendung verschärfter Bestimmungen in einem Bereich oft nur eine Problemverlagerung in einen anderen Bereich stattfindet. Ein anderes Problem ist in der Gefahr zu sehen, daß die unkoordinierte Anwendung unterschiedlicher umweltrechtlicher Instrumente knappe finanzielle Mittel in einem Bereich bindet, der bei einer ganzheitlichen Betrachtung nicht den ökologischen Problemschwerpunkt beispielsweise einer Industrieanlage ausmacht.

Eine Grundvoraussetzung für die Schaffung einer nachhaltigen Produktionsweise ist die systematische Erfassung der stofflichen Seite des Wirtschaftens einschließlich der Folgen. Die Beschaffung und Aufarbeitung von umfassenden Kenntnissen über alle Stufen der wirtschaftlichen Stoffströme ist eine vordringliche umweltpolitische Aufgabe. Das Öko-Institut hat im Rahmen der Novellierung des Chemikaliengesetzes vorgeschlagen, chemiepolitisch relevante Datensätze festzulegen, die in zeitlich festgelegten, gegebenenfalls gestuften Verfahren von den Produzenten und Anwendern inhaltlich gefüllt werden müssen (Grießhammer 1993).

Auf der Basis möglichst genauer Kenntnisse über die wirtschaftlichen Stoffströme und ihre ökologischen Schwachstellen müssen ressourcensparende und Umweltbelastungen vermeidende Produkt- und Produktionsentwicklungen gezielt gefördert werden. Gleichzeitig muß das wirtschaftlich genutzte Stoffspektrum einer ökologischen Bereinigung unterzogen werden, indem umweltbelastende Bereiche der Stoffwirtschaft unter ordnungsrechtlichen und ökonomischen Druck gesetzt werden. Beide Ansätze sollten sich im Sinn eines umfassenden "Stoffregimes" ergänzen.

Ein wichtiger Ansatz der Diskussion über grundsätzliche stoff- (und energie-) wirtschaftliche Neuorientierungen geht von der Forderung aus, die tatsächlichen Kosten der Übernutzung natürlicher Ressourcen und der übermäßigen Belastung der Ökosysteme über Steuern oder Abgaben in die Preise einzubeziehen. Das so eingenommene Geld kann zur Förderung umweltverträglicher Entwicklungen verwendet werden.

Bei der Entwicklung ihrer stoff- und energiewirtschaftlichen Strukturen haben die Industrieländer auch eine Mitverantwortung für die Länder der Dritten Welt, auf deren Kosten die heutigen zerstörerischen Strukturen zu einem beträchtlichen Teil entwickelt worden sind. Nur die hochentwickelten Länder verfügen über die technischen, ökonomischen und politischen Voraussetzungen für den sozial-ökologischen Umbau von Technik und Wirtschaft.

2. Chemiepolitische Positionen

Der Begriff "Chemiepolitik" wurde 1984 vom BUND (Bund für Umwelt

und Naturschutz Deutschland e.V.) in die politische Debatte eingebracht. Die Chemiepolitik soll als neuer Politikbereich auf die Eingrenzung der chemiebedingten Gefahren für Mensch und Umwelt hinwirken.

2.1 Chemiepolitische Grundsätze des BUND

Der BUND hat - orientiert am Vorsorgeprinzip - die folgenden chemiepolitischen Grundsätze formuliert:

1. Die Ressourcenübernutzung und der Grad heutiger Umweltbelastungen zwingen zu einer drastischen Reduzierung des Stoffverbrauchs. Ausgehend von der Kenntnis bereits eingetretener Schäden und der erheblichen "Risikounschärfe"

im Hinblick auf weitere durch Chemikalien zu erwartende Schäden für Mensch und Umwelt, ist ein MINIMIERUNGSGEBOT für den Chemikalienverbrauch einzuführen.

2. Sofern Chemikalien in geschlossenen oder zumindest gut kontrollierbaren teiloffenen Systemen mit Rückführungsmechanismen eingesetzt werden, werfen sie deutlich geringere Risiken auf, als bei umweltoffener Anwendung. Daher muß das RECYCLINGGEBOT als Grundsatz für eine umweltverträgliche Stoffwirtschaft auf allen Ebenen - von der Produktion bis zur Entsorgung - durchgesetzt werden. Aus Gründen der Energieersparnis und Stoffökonomie hat das primäre Recycling, d.h. die Wiederverwendung eines Produkts (z.B. Mehrwegverpackung) Vorrang vor dem sekundären bzw. tertiären Recycling, bei dem aus komplexen Produkten nur noch einzelne Stoffe für die Weiterverwendung oder Weiterverwertung zurückgewonnen werden.

3. Chemikalien sollen nach dem Grundsatz des ÖKOLOGISCHEN DESIGNS prinzipiell so konzipiert sein, daß sie störungsfrei in die natürlichen biogeochemischen Stoffkreisläufe eingebunden werden können. Dieser Grundsatz ist insbesondere bei solchen Stoffen zu beachten, die bei ihrem Einsatz offen in

die Umwelt eingebracht werden (Friege/Claus 1988).

Minimierungsgebot, Recyclinggebot und ökologisches Design von Stoffen lassen sich nur dann hinreichend verwirklichen, wenn sie bereits bei der Produktentwicklung berücksichtigt werden. Chemiepolitik ist daher ganz wesentlich auch Produktpolitik.

2.2 Sanfte Chemie

Der bei den GRÜNEN im Zusammenhang mit Überlegungen zur Konversion der Chemie entwickelte Ansatz der "Sanften Chemie" bezieht sich schwerpunktmäßig auf die Herkunft der Stoffe und den Umgang mit ihnen. Die Kritik an der herkömmlichen Chemie setzt an

... das wirtschaftlich genutzte Stoffspektrum muß einer ökologischen Bereinigung unterzogen werden, indem umweltbelastende Bereiche der Stoffwirtschaft unter ordnungsrechtlichen und ökonomischen Druck gesetzt werden.

deren Produktionsprinzipien an: "Die synthetische Chemie, das gezielte Synthetisieren von Stoffen aus isolierten und gereinigten Ausgangskemikalien der Petro- und anorganischen Chemie und insbesondere das Herstellen naturfremder (xenobiotischer) Stoffe, wie sie z.B. die meisten technisch eingesetzten halogenierten Kohlenwasserstoffe darstellen, ist ein besonders tiefgreifender und folgenschwerer Eingriff in die Natur, am ehesten vergleichbar mit denjenigen der Atomtechnik und der Gentechnik." (von Gleich 1991)

Zentraler Begriff der wissenschaftstheoretisch begründeten Kritik an diesen drei Techniklinien ist der Begriff der "Eingriffstiefe" in Naturzusammenhänge.

Das Machtverhältnis zwischen Mensch und Natur hat sich durch diese Techniken geradezu umgekehrt. Waren frühere Generationen einer übermächtigen Natur weitgehend ausgeliefert, so ist heute die Natur nicht zuletzt durch diese drei Techniklinien dem Menschen ausgeliefert. Daraus wird gefolgert, daß, nachdem früher die Natur den menschlichen Eingriffsmöglichkeiten Grenzen setzte, heute politische und ethische Grenzen für den Umgang des Menschen mit der Natur gesetzt werden müssen.

In diesem Zusammenhang ist auch das Ansteigen der Risikopotentiale zu sehen, das mit der Verlängerung der räumzeitlichen Wirkungsketten dieser Techniken verbunden ist. Damit wächst auch die Kluft zwischen der Reichweite unseres Wissens und der Reichweite unserer Eingriffe in die Natur (von Gleich 1991). Auf der Basis der skizzierten Kritik wird von den GRÜNEN eine "Konversion" der chemischen Industrie von der bisherigen "harten" zu einer umweltgerechten "sanften" Chemie gefordert, bei der möglichst wenig modifizierte naturnahe Roh- und Werkstoffe eingesetzt werden sollen, durch deren Nutzung die vorgegebenen Stoffkreisläufe nicht empfindlich gestört werden.

2.3 Produktionsintegrierter Umweltschutz

Die chemiepolitischen Herausforderungen wer-

den zunehmend auch von der offiziellen Politik und der Industrie angenommen. In der Eröffnungsansprache der ACHEMA, einer Ausstellungstagung für chemische Technik und Biotechnologie in Frankfurt am Main, forderte Anfang Juni 1991 sogar der damalige Bundesforschungsminister Riesenhuber eine "sanfte Chemie", die mit Rohstoffen und Energie sparsamer umgehen und von Anfang an bedenken müsse, was am Ende herauskommt.

Die chemische Industrie hat für ihre Anstrengungen, durch die Chemieproduktion bedingte Umweltbelastungen zu verringern, den Begriff "produktionsintegrierter Umweltschutz" geprägt. Die in einer entsprechenden Broschüre ange-

fürten Beispiele zeigen, daß hiermit prozeßtechnische Innovationen und verfeinerte Entsorgungstechniken gemeint sind, die zu einem geringeren Rohstoff- und Energieverbrauch und zu einer Verminderung von Emissionen und Produktionsabfällen führen sollen (DECHEMA u.a. 1990).

Die Verfahrensentwicklung im Sinne des "produktionsorientierten Umweltschutzes" bedeutet eine bewußte Akzentuierung bestehender positiver Tendenzen der chemischen Verfahrensentwicklung. Verfahrenstechnische Optimierung bedeutet seit jeher auch Minimierung des Rohstoff- und Energieeinsatzes und des Anfalls an Neben- und Abprodukten.

Das Problem, daß bisher alle positiven Entwicklungen hinsichtlich des spezifischen Rohstoff- und Energiebedarfs und des spezifischen Abfallaufkommens chemischer Verfahren durch die Zunahme der Mengen und der Anzahl chemischer Produkte weit überkompensiert wurden, wird durch dieses Konzept nicht berührt.

Die stoffwirtschaftliche Effizienz und ökologische Vertretbarkeit von Produktionsprozessen und Produkten wird mit dem Konzept des produktionsintegrierten Umweltschutzes nicht grundsätzlich hinterfragt. Dieses Konzept läuft daher Gefahr, auf der Stufe einer unzulänglichen ökologischen Modernisierung stehen zu bleiben.

3. Öko-Controlling, Öko-Auditing und Produktlinienanalyse

Als Instrument für eine umfassende ökologische Prozess- und Produktbewertung aus betrieblicher Sicht sind die Konzepte des Öko-Controlling bzw. Öko-Auditing entwickelt worden. Da die angemessene Berücksichtigung ökologischer Belange für Unternehmen ein großes Informationsproblem darstellt, bedarf es hierzu eigener Managementstrukturen und -methoden. Öko-Controlling soll im Konzept der Unternehmenspolitik die Umweltschutzziele formulieren, planerisch umsetzen, realisieren und kontrollieren helfen.

Für die Gestaltung eines betrieblichen

Öko-Controlling sind zunächst eine sorgfältige Datenerhebung und die ökologische Bewertung der Eingangsstoffe, der Produktionsprozesse, der Emissionen sowie der Produkte nötig. Die ökologische Produkt- und Produktionsplanung erfordert unkonventionelle Herangehensweisen, da im Umweltbereich überwiegend auf nicht-monetäre, sogenannte "weiche" Daten zurückgegriffen werden muß. Die ökologische Produktplanung erfordert außerdem eine Betrachtung über die Grenzen des Unternehmens hinaus, da sich die Umweltauswirkungen von Produkten und Produktionsverfahren nicht nur aus betrieblicher Sicht bewerten lassen. Hierbei überschneiden sich die Konzeptionen für Öko-Controlling bzw. Öko-Auditing und Produktlinienanalyse.

Die Produktlinienanalyse ist von der Projektgruppe Ökologische Wirtschaft am Öko-Institut Freiburg als konzeptioneller Ansatz zur Verwirklichung einer umweltverträglichen Produktpolitik entwickelt worden:

"Die Produktlinienanalyse soll sowohl antizipativ wie auch korrektiv für die Erfassung und Abwägung ökologischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Voraussetzungen, Auswirkungen und Konsequenzen von Produkten verwendet werden und damit eine Möglichkeit bieten, auch aus der Produktperspektive die ökologische Krise anzugehen und ein konzeptionelles Hilfsmittel für eine strukturelle Ökologisierung des Wirtschaftens zu sein." (Rubik 1990)

Die Produktlinienanalyse beruht auf den vier Leitideen Bedürfnisorientierung, Vertikalbetrachtung, Horizontalbetrachtung und Variantenvergleich:

Zu Beginn der Untersuchung wird ein Produkt auf das zugrundeliegende Bedürfnis hinterfragt. Das Produkt wird über seinen ganzen stofflichen Lebenszyklus hin untersucht, also von der Rohstofferschließung und Verarbeitung, über den Transport, den Handel und Vertrieb, den Konsum bis hin zur Beseitigung (Vertikalbetrachtung). Entlang der Vertikalen einer Produktlinie werden für jede Lebenszyklusphase die jeweiligen Auswirkungen auf drei Dimensionen, nämlich Natur, Gesellschaft und Wirtschaft, untersucht (Horizontalbetrachtung). In der Produktlinienanalyse werden mehrere unterschiedliche Alternativen verglichen (Variantenvergleich). Dabei sind als Alternativen auch der Produktverzicht

und Dienstleistungen als Lösung zur Befriedigung des zugrundeliegenden Bedürfnisses zu berücksichtigen (Rubik 1990).

Die Ergebnisse einer Produktlinienanalyse liefern die Informationsgrundlage für eine qualifizierte demokratische Auseinandersetzung über die umwelt- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen, die zur Durchsetzung einer strukturellen Ökologisierung hinsichtlich eines bestimmten Produkts, einer Produktgruppe oder eines bestimmten Verfahrens erforderlich sind.

Öko-Controlling und Produktlinienanalyse bleiben solange in ihrer Wirksamkeit begrenzt, solange es noch keine ökonomischen Anreize für eine stoff- und energieeffizientere Entwicklung von Produktionsprozessen und Produkten gibt.

4. Ökonomische Instrumente in der Chemiepolitik

Bisher werden umweltbelastende Wirtschaftsweisen subventioniert und ökologische Folgekosten auf die Allgemeinheit abgewälzt. Während sich der Preis einer Ware im wesentlichen aus den Produktionskosten und dem am Markt erzielten Gewinn zusammensetzt, gehen sogenannte externe Kosten, die bei Herstellung, Gebrauch und ggf. Entsorgung entstehen, nicht mit in den Preis ein. Die Kosten der Umweltverschmutzung, Ressourcenverschwendung, Gesundheitsbelastung, Müllentsorgung, des Landschaftsverbrauchs u.v.m. werden vom Hersteller auf Konsumenten, Staat oder Kommunen oder gar auf nachfolgende Generationen abgewälzt. Bei der Einführung ökonomischer Steuerungsinstrumente geht es darum, diese Kosten zu ermitteln und über den Preis weiterzugeben (Lahl 1991).

In der Diskussion über die geeigneten Formen der Internalisierung der externalisierten Folgekosten einer umweltverbrauchenden und -zerstörenden Produktion wird zwischen "Ökosteuern" und "Ökoabgaben" unterschieden. Während Steuern in den allgemeinen Staatshaushalt eingehen, sind Abgaben zweckgebunden. Umweltsteuern sind in der

Regel mit einem geringeren bürokratischen Aufwand verbunden als Sonderabgaben. Sie können darüberhinaus in erheblich höherem Umfang erhoben werden. Da gleichzeitig mit der Erhebung von Umweltsteuern andere Steuern gesenkt werden können, kann eine ökologische Steuerreform so durchgeführt werden, daß die durchschnittliche Gesamtbelastung bei einer hohen ökologischen Lenkungswirkung gleich bleibt. Die gegenwärtige, volkswirtschaftlich und politisch schädliche Überbetonung der Arbeitsproduktivität kann dadurch abgebaut werden, während die Besteuerung der Umweltnutzung und -belastung einen starken Druck in Richtung auf eine höhere Stoff- und Energieeffizienz ausübt (von Weizsäcker 1990). Eine weitere Möglichkeit zur Internalisierung externer Kosten bietet eine Erweiterung der Produkthaftung im Sinne einer verschuldensunabhängigen Produzentenhaftung.

Während eine tiefgreifende ökologische Steuerreform als langfristig erfolgversprechendes umweltpolitisches Instrument diskutiert wird, haben Sonderabgaben kurzfristig den Vorteil, daß sie leichter in das bestehende Steuersystem integrierbar sind und nicht nur über den ökonomischen Belastungseffekt, sondern auch über den verwendungsspezifischen ökologischen Entlastungseffekt schnell und direkt umweltpolitisch wirksam werden können.

Im Vordergrund der Umweltsteuerdebatte steht heute EG-weit die Frage der Besteuerung des Energieverbrauchs in Form Energie- und CO₂-Steuer. Da die Entwicklung der chemischen Produktion in ihrer heutigen Form stark durch die Befreiung von der Mineralölsteuer und die Bereitstellung billiger Elektroenergie geprägt wurde, sind von einer Verteuerung von Strom und Öl erhebliche Auswirkungen auf die Produktionsstruktur der chemischen Industrie zu erwarten. Eine Strompreiserhöhung dürfte beispielsweise zu einem Rückgang im Bereich der Chlorchemie führen.

5. Chemiepolitische Herausforderungen im gesellschaftlichen Diskurs

Langsam wird auch außerhalb der relativ engen Runde, innerhalb derer die chemiepolitische Diskussion begonnen wurde, deutlich, daß die gesundheits- und umweltverträgliche Gestaltung der stofflichen Seite der Wirtschaft neben der ökologischen Erneuerung der Energiewirtschaft der zweite zentrale Be-

"Abfallwirtschaft in einer umweltbewußten Gesellschaft verlangt eine Lenkung von Stoffströmen lange vor der Entscheidung, ob ein Gegenstand zu Abfall wird"

reich der sozial-ökologischen Umgestaltung der Industriegesellschaft ist, die für eine zukunftsverträgliche Entwicklung (Sustainable Development) erforderlich ist.

Der komplexe Charakter der Thematik mit sich überschneidenden Interessen verschiedener gesellschaftlicher Akteure macht für eine rationelle Problembewältigung neue Politikformen erforderlich, die für viele der Beteiligten ungewohnt sind und daher leicht zu Irritationen führen. Insbesondere auf Seiten der Chemischen Industrie herrschte bisher die Auffassung vor, daß die Entwicklung von Produkten und Verfahren in ihre alleinige Kompetenz falle, solange bestimmte Rahmenbedingungen eingehalten werden. Die Herausforderung, stoffwirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten im Sinne chemiepolitischer Leitbilder in einem übergeordneten Kontext diskutieren zu sollen, beschnei-

det die Gewohnheit, langfristige Unternehmensstrategien autonom zu entwickeln. Die Verunsicherung, die diese Herausforderung auf Seiten der Chemischen Industrie hervorruft, wurde im Zusammenhang mit dem Deutschen Umwelttag 1992 deutlich. In der Arbeitsgruppe Chemiepolitik wurde zur Vorbereitung des Umwelttages unter aktiver Beteiligung von Vertretern des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI), der IG Chemie und Umwelt- und Verbraucherverbänden ein Positionspapier erarbeitet, in dem Aufgaben und Stellenwert von Ökobilanzen aus Sicht der verschiedenen Gruppen beschrieben werden. Als einzige Gruppe verweigerte der VCI die Unterschrift unter dieses Pa-

pier. Stattdessen wurden etwa zeitgleich zum Deutschen Umwelttag von der Chemischen Industrie großformatige Anzeigen in überregionalen Zeitungen geschaltet, in denen die Chemische Industrie ihre angebliche Dialogbereitschaft verkündet.

Auch der Versuch eines Dialogs zwischen der Chemischen Industrie und dem BUND ist auf der Verbandsebene zunächst gescheitert. Nachdem auf konkrete Fragestellungen zu Themenbereichen, auf deren Behandlung man sich bereits geeinigt hatte

(Schwermetalle und Pestizide), von seiten der Chemischen Industrie keine Reaktion erfolgte, wurden die Gespräche ergebnislos abgebrochen.

Andererseits ist in Einzelkontakten zwischen Vertretern von Umweltverbänden und der Chemischen Industrie bzw. einzelnen Unternehmen ein wachsendes Interesse an einem qualifizierten Meinungsaustausch festzustellen.

Langfristig wird sich die Chemische Industrie einem Dialog über grundsätzliche Fragen der stoffwirtschaftlichen Entwicklung nicht entziehen können. Neben der Problematisierung chemiepolitischer Fragen durch Umweltverbände wurde in letzter Zeit vor allem aus abfallwirtschaftlicher Sicht auf die Notwendigkeit einer ganzheitlichen politischen Betrachtung von Stoffströmen hingewiesen. Im Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen vom September 1990 "Ab-

A U M W E L T G E W E R K S C H A F T S K R I S E

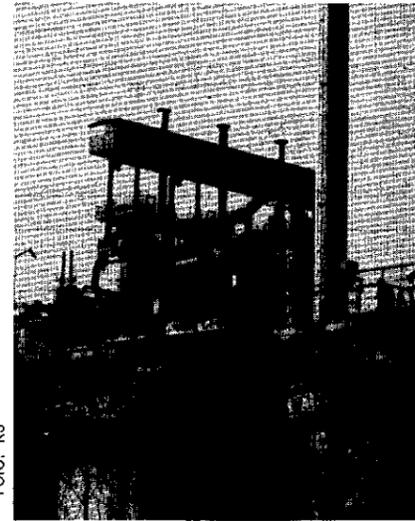
fallwirtschaft" (Bundestagsdrucksache 11/8493) heißt es beispielsweise: "Abfallwirtschaft in einer umweltbewußten Gesellschaft verlangt eine Lenkung von Stoffströmen lange vor der Entscheidung, ob ein Gegenstand zu Abfall wird."

Für die Chemische Industrie werden alte Unternehmensziele obsolet, während sich eine Fülle neuer Aufgaben abzeichnet. Galt bisher die Umwandlung möglichst großer Rohstoffmengen in vermarktbar Produkte (und damit letztlich in Müll) als Erfolgsrezept der Chemie, gilt es in Zukunft, Bedürfnisse mit einem minimalen Aufwand möglichst wiederverwertbarer und umweltverträglicher Stoffe zu befriedigen. Die chemische Industrie steht vor der Herausforderung, sich von einer Stoffverwertungsindustrie, in der linear Rohstoffe zu Produkten und letztlich zu Müll verarbeitet werden, zu einer stofflichen Dienstleistungsbranche zu wandeln, zu deren Aufgaben auch die Pflege von Stoffkreisläufen gehört, die in ihren natürlichen Funktionen weitestgehend zu erhalten sind.

Die chemische Industrie hat in ihrer Geschichte gezeigt, daß sie auf veränderte Rahmenbedingungen überaus flexibel reagieren kann. Die bundesdeutsche Chemieindustrie hat beispielsweise mit der schnellen Umstellung ihrer organischen Grundstoffbasis von Kohle auf Erdöl in den 50er und 60er Jahren ihre Wandlungsfähigkeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Für Unternehmen, die den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft als positive Herausforderung annehmen, zeichnen sich unter der Voraussetzung geeigneter ökonomischer und ordnungsrechtlicher Rahmenbedingungen vielfältige Aufgaben im Bereich stoffbezogener Dienstleistungen ab.

Der Entwicklung grundsätzlich neuer Produktlinien oder Dienstleistungsstrukturen stehen häufig erstarrte soziotechnische Strukturen entgegen, die nur durch einschneidende Veränderungen der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen überwunden werden können. Die Entwicklung systemarer Alternativen zu bisherigen umweltunverträglichen soziotechnischen Strukturen stellt erhebliche Anforderungen an die poli-

tische Gestaltungskraft moderner Demokratien. Die demokratische Bewältigung dieser Aufgabe erfordert auch



neue kooperative Politikformen (Burns/Ueberhorst 1988).

Das Umwelt Forum Frankfurt hat im Herbst 1990 die an dem chemiepolitischen Diskurs beteiligten Parteien zur Teilnahme an einem Projekt eingeladen, das die kooperative Konzeptualisierung der komplexen Kontroverse über chemiepolitische Verständigungsaufgaben zum Ziel hatte. Dieses Projekt konnte nur in beschränktem Umfang realisiert werden, da lediglich die Umweltverbände, vertreten durch den BUND und das Öko-Institut Freiburg, in vollem Umfang teilgenommen haben. Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) und die IG Chemie-Papier-Keramik lehnten eine offizielle Teilnahme ab und beschränkten sich auf die Entsendung inoffizieller Beobachter. Die Ergebnisse dieses Projektes wurden im Mai 1992 in Frankfurt auf einem internationalen Kongreß vorgestellt, auf dem erstmals zahlreiche Vertreter der Chemischen Industrie und der Umweltverbände in eine breite und differenzierte Diskussion über chemiepolitische Grundfragen einbezogen wurden. Eine Weiterführung dieses Projekts, die im Grundsatz von allen beteiligten Gruppen befürwortet wurde, konnte bisher nicht realisiert werden. Die Unterlagen über dieses Projekt sind unter dem Titel "Frankfurter Studie zur Förderung chemiepolitischer Verständigungsaufgaben" beim Umwelt Forum Frankfurt, Philipp-Reis-Str.84, 6000 Frankfurt am Main 90, erhältlich. Der Deutsche Bundestag hat mit der

Einrichtung der von der SPD beantragten Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt - Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft" die Diskussion über die stoffökologischen Perspektiven der Industriegesellschaft zum Thema parlamentarischer Beratungen gemacht.

Die Aufgabe dieser Enquete-Kommission soll es sein, in einem diskursiven Arbeits- und Verständigungsprozeß qualitative Ziele und Leitbilder zu entwickeln. "Dabei gilt es, die Entwicklungslinien chemischer Produkte und Verfahren in unterschiedlichen Teilbereichen der Erzeugung, des Verbrauchs, und der Entsorgung zu analysieren, fortzuschreiben und (zumindest beispielhaft) auf ihre ökologischen und toxikologischen Konsequenzen hin zu überprüfen und mögliche Alternativen aufzuzeigen." (Deutscher Bundestag, Drucksache 12/1290, 4)

Dieser Artikel basiert auf einem Beitrag, der unter dem Titel "Chemiepolitik: Handlungsbedarf, Positionen und Perspektiven" im Jahrbuch Arbeit und Technik 1992, herausgegeben von Werner Fricke, im Verlag J.H.W.Dietz Nachfolger erschienen ist.

Quellen:

- Burns, Tom R. and Reinhard Ueberhorst: Credit-ve Democracy. Praeger publishers, New York 1988
- DECHEMA/GVC/SATW (Hrsg.): Produktionsintegrierter Umweltschutz in der chemischen Industrie. Frankfurt/M. 1990
- Friege, Henning und Frank Claus: Chemie für wen? Reinbek 1988
- Grießhammer, Rainer: Gute Argumente: Chemie und Umwelt. Beck'sche Reihe. München 1993
- Held, Martin (Hrsg.): Chemiepolitik: Gespräch über eine neue Kontroverse. Weinheim 1988 und Held, Martin (Hrsg.): Leitbilder der Chemiepolitik. Stoffökologische Perspektiven der Industriegesellschaft. Frankfurt/M 1991
- Henseling, Karl Otto: Ein Planet wird vergiftet. Der Siegeszug der Chemie - Geschichte einer Fehlentwicklung. Reinbek 1992
- Lahl, Uwe: Öko-Abgaben. Eine Analyse aus kommunaler Sicht. In: Produktlinienanalyse und Ökobilanzen. Werkstattreihe des Öko-Instituts. Freiburg 1991, S.30-35
- Nutzinger, Hans G. und Angelika Zahmt (Hrsg.): Öko-Steuern. Karlsruhe 1989
- Nutzinger, Hans G. und Angelika Zahmt: "Plädoyer für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft". BUND-Positionen 14, Bonn, September 1991
- Rubik, Frieder: Ökologische Produktpolitik und Produktlinienanalyse. In: Wechselwirkung Nr.45/46, Dezember 1990, S.40-44
- von Gleich, Armin: Über den Umgang mit Natur. Sanfte Chemie als wissenschaftliches, chemiepolitisches und regionalwirtschaftliches Konzept. In: Wechselwirkung Nr.48, April 1991
- von Weizsäcker, Ernst Ulrich: Erdpolitik. Darmstadt 1990

von Dietmar Düe und Peter Strutynski*
Nun ist sie doch noch gekommen, die seit eineinhalb Jahrzehnten vorausgesagte, aber nie eingetretene Produktions- und Beschäftigungskrise der deutschen Automobilindustrie. Und sie kommt mit einer Wucht, mit der weder die Analysten noch die erfolgsgewöhnten Autobauer gerechnet haben. Kalt erwischt wurden auch die Gewerkschaften - hier vor allem die IG Metall -, deren augenblickliche Sprach- und Hilflosigkeit nicht einmal von der sonst üblichen Kampfrhetorik unterbrochen wird. Gewiß: Die im Zusammenhang mit der schnellen Einverleibung und anschließenden Deindustrialisierung der ehemaligen DDR entstandenen wirtschaftlichen, sozialen und regionalen Probleme setzen auch die Gewerkschaften unter starken Druck und scheinen sie zumindest partiell zu einer Politik der Zurückhaltung und gesamtwirtschaftlichen "Verantwortung" zu zwingen, wofür die Diskussion um den "Solidarpakt" ein guter Beleg ist. Dennoch handelt es sich bei der gegenwärtigen Rezession, welche die Bundesrepublik mit zeitlicher Verzögerung erfaßt hat, um eine durchaus gängige zyklische Krise (zeitweise hatte es den Anschein, als könnte die westdeutsche Ökonomie im Rausch nachholenden Konsumismus Ostdeutschlands die weltweite Stagnation überspringen). Die aktuelle Krise ist mit Begriffen wie relative Überproduktion aufgrund weltweiter Überkapazitäten, v.a. im Investitionsgüterbereich, und relative Nachfrageschwäche aus demselben Grund korrekt - wenn auch nicht vollständig - beschrieben. Prognosen hinsichtlich Dauer und Tiefe der Rezession sind wegen zahlreicher binnen- und außenwirtschaftlicher Unwägbarkeiten (z.B. staatliche Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik; konjunkturelle Entwicklung in den USA) mit großen Unsicherheiten behaftet und sollen hier gar nicht erst versucht werden. Wichtiger, als sich diesbezüglich Spekulationen hinzugeben, scheinen uns die krisenbedingten und selbst wieder krisenverschärfenden konkreten

Begleiterscheinungen und Wirkungen auf Umfang und Struktur der Beschäftigung zu sein.

Kurz vor Weihnachten veröffentlichte die Frankfurter Allgemeine Zeitung Ergebnisse einer eigenen Umfrage unter den größten bundesdeutschen Konzernen (der Über-Konzern Treuhand befand sich leider nicht darunter) über deren Personalplanung 1993 und darüber hinaus (FAZ, 18.12.92). Dabei stellte sich heraus, daß der Abbau von Arbeitsplätzen sämtliche Branchen erfaßt (Ausnahmen: Telekom und Handel), nachdem bereits 1992 in der Chemischen Industrie, in der Stahlindustrie, im Maschinenbau und in der Automobilindustrie Zigtausende von Stellen gestrichen worden waren. In vielen Fällen dürften diese Personalreduzierungen ohne Entlassungen, d.h. nur über "natürliche Abgänge", normale Fluktuation und großzügige Vorruhestandsregelungen bewerkstelligt werden. In anderen Fällen hilft man sich mit verlängerten Werksferien oder mit der Anordnung von - z.T. sehr weitgehender - Kurzarbeit. Dennoch werden auch Entlassungen im größeren Stil nicht ausgeschlossen (z.B. bei Hoechst, BASF, Ruhrkohle, VEBA, Thyssen, Siemens und Lufthansa). Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin rechnet insgesamt für 1993 mit einem "kräftigen Rückgang der Beschäftigung" insbesondere im verarbeitenden Gewerbe (FAZ, 28.01.93).

Jeder siebte bis vierte Arbeitsplatz bedroht

Ohne Entlassungen wird es auch bei den großen Automobilherstellern und ihren Zulieferern nicht abgehen (Strutynski 1992, S. 1378). Die ersten Streichungsmeldungen aus dem Frühsommer 1992 - damals wurden z.T. noch Sonderschichten gefahren, um mit der PKW-Produktion nachzukommen - können mittlerweile als überholt bzw. als unterste Grenze gelten. 27.000 Arbeitsplätze sollen bei Mercedes-Benz gestrichen werden, knapp 17.000 bei VW und Audi, bis zu 11.000 bei Opel, jeweils 3.000 bei

BMW und Ford sowie 1.850 bei Porsche. Der Geschäftsführer des Verbands der Autoindustrie, Achim Diekmann, rechnet mittelfristig sogar mit dem Verlust von 100.000 bis 200.000 Arbeitsplätzen nur bei den Autoherstellern (FAZ, 13.07.92). Dies würde bedeuten, daß jeder siebte bis jeder vierte Arbeitsplatz im Automobilbau vernichtet würde. Der Personalabbau im Zulieferergewerbe würde ähnliche Ausmaße annehmen. Auch hier machten bereits 1992 die Großen der Branche (Bosch, ZF Friedrichshafen, Teves) den Vorreiter.

Bei alledem muß bedacht werden, daß die gegenwärtige Krise begleitet wird von einem beispiellosen Rationalisierungsprozeß, der unter dem Namen "lean production" auf der Grundlage eines in den achtziger Jahren rundemeuerten Produktionsapparats (Flexible Automatisierung, CIM) die letzten Reserven des menschlichen Arbeitsvermögens auszuschöpfen versucht (vgl. Strutynski 1993). Ob es um die Verringerung der Fertigungstiefe, die Einführung neuer Logistikkonzepte (z.B. just in time), die bestandsarme und lagerlose Fertigung, die Null-Fehler-Produktion, die Einführung von Gruppenarbeitskonzepten oder um die Abflachung von betrieblichen Hierarchien geht: Ausgangs- und Zielpunkt ist jeweils der effektivere Einsatz der Arbeitskraft mit der Folge rasch steigender Produktivität und entsprechend verringerten Arbeitskräftebedarfs.

Die Automobilproduktion galt lange Zeit als "Wachstumsbranche" (vgl. Düe 1985) und hat in der jüngeren Vergangenheit noch einmal kräftig von Bestandszuwächsen im Westen, vor allem aber von der Durchmotorisierung des "neuen deutschen Ostens" profitieren können: 1991 konnten in den neuen Bundesländern über 800.000 Neuwagen und weit über 1 Million Gebrauchtwagen abgesetzt werden. Lag die PKW-Dichte in den neuen Bundesländern 1990 noch bei weniger als zwei Drittel des entsprechenden Wertes für die Alt-BRD, so sollen die Unterschiede bereits 1995 nur noch gering sein (in den alten Bundesländern werden dann etwas mehr als 500 PKW pro 1.000 Einwohner erwartet, in den neuen Bundesländern ein Wert von knapp 500). Daß der Straßenfahrzeugbau zu Recht als einer der ge-

(Steinkühler 1990). Auch die IG Metall-Zeitschrift "Der Gewerkschafter" griff die Auto-Umwelt-Problematik in ihrem Juni-Heft 1990 als Schwerpunktthema auf und hob die breite innergewerkschaftliche Debatte auf ein neues Niveau, indem vor allem die umwelt- und ressourcenbezogenen Probleme des autodominierten Verkehrssystems breit angesprochen wurden. Diese Vorstellungen flossen in die im gleichen Jahr erschienene umfangreiche programmatische Schrift "Auto, Umwelt und Verkehr" ein (vgl. IG Metall o.J.). In diesem Positionspapier, das von verschiedenen Organisationen und Initiativen der Umweltbewegung kritisch, aber durchaus wohlwollend aufgenommen wurde (vgl. die Stellungnahmen in der Sonderbeilage zu IDV 36), beschreibt die IG Metall detailliert ihre Vorstellungen und Forderungen in bezug auf die ökologischen Herausforderungen der Autogesellschaft. Obwohl diese Schrift einen deutlichen Fortschritt in der innergewerkschaftlichen Auto-/Verkehrsdebatte markiert (vgl. Strutyński 1990), bleibt sie in entscheidenden Punkten hinter den entsprechenden Forderungen aus der Umweltbewegung zurück (Verkehrsvermeidung, Verzicht auf Straßenbau, Reduzierung des Fahrzeugbestands, Geschwindigkeitsbeschränkungen; vgl. Düe 1990). Im November 1990 schließlich veranstaltete die IG Metall erstmals gemeinsam mit dem Deutschen Naturschutzring eine verkehrspolitische Konferenz ("Auto, Umwelt und Verkehr: Umsteuern, bevor es zu spät ist"). Neben programmatischen Gemeinsamkeiten (Richtungswechsel zugunsten des öffentlichen Verkehrs, Verkehrsverminderung durch veränderte Siedlungspolitik, ökologische und sicherheitstechnische Optimierung der Fahrzeuge und des Fahrverhaltens) wurden weiterhin bestehende Unterschiede deutlich (grundlegende Zurückdrängung des Autos, Ausmaß der Mineralölsteuererhöhung und der Geschwindigkeitsreduzierung). Die Diskussionen widerspiegelten außerdem die Positionsunterschiede in der Gewerkschaftsbewegung selbst: Noch stärker, als es die IG Metall in ihrem Positionspapier formuliert, setzten die anwesenden Gesamtbe-

triebsratsvorsitzenden der deutschen Automobilunternehmen auf ökologische Verbesserungen am Auto, statt auf den von der Umweltbewegung favorisierten Verzicht auf's Auto (vgl. Arbeit & Ökologie-Briefe, 24/1990, 3f.). Der letzte Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 1992 faßte die umweltpolitische Diskussion der vergangenen Jahre in einer Entschließung (E 5) zusammen, in der keine wesentlich neuen Orientierungen enthalten sind. Unter Bezug auf das IGM-Papier "Auto, Umwelt und Verkehr" wird lediglich davon gesprochen, daß die IG Metall auf die "Prioritätenbildung für ein umweltverträglicheres Automobil und dessen Integration in ein gesellschaftliches Gesamtverkehrskonzept" baue. Bei den strategischen Forderungen zu einem ökologischen Umbaukonzept, insbesondere unter den Abschnitten "Ressourcen-Schutz und dauerhafte Entwicklung" sowie "Energiepolitik als Schlüsselfaktor" (hier geht es z.B. um die Reduzierung der CO₂-Emissionen um 30 % bis zum Jahr 2005), werden das Auto und der Verkehrssektor nicht einmal erwähnt. Weitergehende Vorstellungen hatte der Jugendausschuß beim Vorstand dem Gewerkschaftstag vorgelegt, so z.B. die

Der Konflikt zwischen Besitzstandswahrung im Westen und Kampf gegen die ungeheure Massenarbeitslosigkeit im Osten Deutschlands dürfte dann nicht lösbar sein, wenn nicht der Forderung um weitere Arbeitszeitverkürzung wieder oberste Priorität eingeräumt wird.

Forderung nach einem "Prioritätenwechsel, der dem öffentlichen Verkehr Vorrang vor dem individuellen einräumt" mit dem Ziel, eine "erhebliche Reduzierung des Automobilbestandes und der Fahrleistung der verbleibenden Automobile" zu erreichen; oder die Forderung nach Sofortmaßnahmen wie der Einführung von Tempolimits (30/80/100 km/h). Die IGM-Jugend kritisiert in ihrem Antrag auch die Hoffnung auf positive Umweltwirkungen durch Verkehrsleitsysteme oder Elektroautos. Während erstere darauf abzielen, einen weiteren Zuwachs des PKW-Verkehrs zu bewälti-

gen, bringen Elektroautos, sofern sie nicht auf regenerativen Energien beruhen, sogar höhere Umweltbelastungen mit sich als die herkömmlichen Autos. So bleibe also nichts anderes übrig, als den Individualverkehr zugunsten des öffentlichen Verkehrs "drastisch" zu reduzieren. Die Annahme des Antrags des Jugendausschusses als "Material" zur Entschließung E5 bedeutet nichts anderes als die Bestätigung der alten "Beschlüßlage" "Umweltfreundlichere Autos, vielleicht auch etwas weniger Straßenbau und etwas mehr Investitionen in die Schiene. Damit hat sich's. Ein Mehr an ökologischer Verantwortung ist angesichts des beginnenden Existenzkampfes um die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie vermutlich auch nicht "zeitgemäß".

In der Krise klemmt der Umbau

Resümierend kann deshalb festgehalten werden: Sowohl in der betrieblichen als auch in der innergewerkschaftlichen Debatte in der IG Metall zu Auto und Verkehr sind vor allem seit Beginn der neunziger Jahre wichtige Impulse erkennbar, sich der ökologischen Herausforderung zu stellen. Wird jedoch als Meßlatte das Einsichts- und Forderungsniveau der im Verkehrsbereich engagierten außergewerkschaftlichen Akteure angelegt, werden erhebliche Defizite deutlich. Negativ schlägt darüber hinaus zu Buche, daß die betriebliche Ebene noch stärker hinterherhinkt. Hinsichtlich der Vertretung der sozialen Belange der Beschäftigten ist nach der Angliederung der früheren DDR an die BRD die Situation komplizierter geworden. Geht es hierbei lediglich um Besitzstandswahrung für die Beschäftigten in den großen Automobilbetrieben Westdeutschlands oder werden auch die neuen Probleme des Ostens angemessen aufgegriffen? Die Betriebsräte stecken zugestandenmaßen in einer äußerst schwierigen Situation. Bereits im Herbst 1992 forderte der Mercedes-Gesamtbetriebsratsvorsitzende die Geschäftsleitung auf, angesichts der schwachen Konjunktur auf dem Nutzfahrzeugmarkt auf den Bau eines neuen LKW-Werks in Ahrensdorf (Brandenburg) zu verzichten. Anfang Oktober 1992 gab der Mercedes-Benz-Vorstand bekannt, "vorerst"

kein neues LKW-Werk in Brandenburg bauen zu wollen. Demgegenüber befürchtet der IG Metall-Bezirksvorsitzende von Berlin/Brandenburg, daß diese Entscheidung eine negative Signalwirkung auch für andere Investitionen in den neuen Bundesländern haben könnte und fordert, zumindest den Standort Ludwigsfelde für die Nutzfahr-

zeugungsgarantie für VW vereinbart (vgl. FAZ vom 12.12.1992). Deutlich wird, daß die IG Metall und die Betriebsräte in der Automobilindustrie zusätzlich zum "klassischen" Dilemma gewerkschaftlicher Umweltpolitik ("Sollen angesichts drohender Beschäftigungsprobleme ökologisch unverträgliche Arbeitsplätze wirklich aufgegeben

steht zu befürchten, daß angesichts der um sich greifenden Arbeitsplatzvernichtung ökologische Zielsetzungen in der gewerkschaftlichen Agenda wieder unter "ferner liefen" geführt werden. Hermann Rappe hat diese "Chance" flugs ergriffen und eine Art umweltpolitisches Moratorium gefordert. Der IG Metall kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, die Jahre der Hochkonjunktur nicht ausreichend genutzt zu haben, um die umweltpolitischen Bestandteile ihrer Programmatik aus den Konferenz- und Sitzungssälen heraus- und in die Betriebe hineingetragen zu haben. In der Krise bläst der Wind aus einer anderen Richtung.

Literatur:

- Düe 1985: D. Düe, Die Automobilindustrie, in: Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Umbruch im Produktionsbereich?, Frankfurt/M. 1985, S. 171-248
- Düe 1990: D. Düe, Alternatives Auto oder Alternativen zum Auto? Bemerkungen zum IG Metall-Diskussionspapier "Auto, Umwelt und Verkehr", in: Korrespondenz Sozialistisches Forum, 6/1990, S. 16-19
- Düe 1992: D. Düe, Müllberge, Blechlawinen - Und wo bleiben die Gewerkschaften? in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 11/1992, S. 123-134
- FPN 1992: FPN Arbeitsforschung + Raumentwicklung, "Lean production" in der Automobilindustrie und die Lage der Zulieferer, Eine Untersuchung in Südniedersachsen/Nordhessen im Auftrag des RWK, Kassel
- Hesse/Lucas 1990: M. Hesse/R. Lucas, Verkehrswende, Schriftenreihe des IÖW 39/90, Berlin/Wuppertal
- IDV 36: Sonderbeilage zum Informationsdienst Verkehr (IDV), herausgegeben vom Arbeitskreis Verkehr und Umwelt e.V., IDV 36, Februar 1991, Berlin
- IG Metall o.J.: IG Metall (Hrsg.), Auto, Umwelt und Verkehr, Schriftenreihe der IG Metall Nr. 122, Frankfurt/Main o.J. (1990)
- IMU 1988: IMU-Institut für Medienforschung und Urbanistik, Stuttgart - Problemregion der 90er Jahre? Gefährdungen der Arbeitnehmer durch Umstrukturierungsprozesse in der Metallindustrie im Wirtschaftsraum Stuttgart, Abschlußbericht von G. Richter, o.O. (IMU-Institut Studien 7)
- Steinkühler 1990: F. Steinkühler, Umfragen, bevor es zu spät ist, in: natur, 1/1990, S. 46f.
- Strutyński 1990: P. Strutyński, Gewerkschaften und Umweltverbände: Verkehrspolitik auf neue Gleise! In: Marxistische Blätter, Heft 5/1990, S. 86-92
- Strutyński 1992: P. Strutyński, Die Schlanke und die Armen. Autohersteller und Zulieferer im Umbruch. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/1992, S. 1375-1386
- Strutyński 1993: P. Strutyński (Hrsg.), Schlanke Produktion, Regionalentwicklung und Industriepolitik. Auswirkungen neuer Produktionskonzepte auf Arbeit, Umwelt und Verkehr, (Graue Reihe Nr. 53) Düsseldorf (im Erscheinen)
- UBA 1992: Umweltbundesamt, Daten zur Umwelt 1990/91, Berlin
- Zwickel 1989: K. Zwickel, Automobilindustrie. Krisenbranche von morgen? Die Position der IG Metall, Referat auf der Automobilkonferenz am 15. Juni 1989 in Ingolstadt (Typoskript)



Bild: Stephan Hoppe, Titel: Köln, Nord-Süd-Fahrt

zeug-Produktion langfristig zu sichern (Mercedes-Benz läßt an diesem früher dem Ifa-Kombinat zugehörigen Standort gegenwärtig LKW montieren; vgl. FAZ vom 26.10.1992 und 3.11.1992). Konflikte bei der angemessenen Vertretung sozialer Interessen von Mercedes-Benz-Beschäftigten in West- und Ostdeutschland scheinen vorprogrammiert. Wenn der Daimler-Benz-Konzern andererseits verkündet, keinerlei Abstriche bei seinen Plänen für ein stärkeres Auslandsengagement machen zu wollen (Kapazitätsaufbau bzw. -erweiterungen in Mexiko und Südkorea; vgl. FAZ vom 16.11.1992), wäre der Gesamtbetriebsrat wohl besser beraten, derartige Kapazitätserhöhungen öffentlich zu problematisieren anstatt die ohnehin stark gebeutelten ostdeutschen Industriestrukturen in die Schußlinie zu bringen. Kompliziert könnte auch die Situation bei VW werden. Zum Jahresende 1992 kündigte die Unternehmensleitung an, das PKW-Werk in Mosel (Nähe Zwickau) möglicherweise doch nicht so ausbauen zu wollen, wie zunächst geplant. Der VW-Gesamtbetriebsrat hatte bereits früher erkennen lassen, daß die bestehenden Arbeitsplätze nicht durch den Ausbau anderer Werke gefährdet werden dürften. Schon 1990 wurde eine entsprechende Standort- und Beschäfti-

werden!?) politisch und strategisch in eine weitere Zwickmühle zu geraten drohen: Der Konflikt zwischen Besitzstandswahrung im Westen und Kampf gegen die ungeheure Massenarbeitslosigkeit im Osten Deutschlands dürfte dann nicht lösbar sein, wenn nicht der Forderung um weitere Arbeitszeitverkürzung wieder oberste Priorität eingeräumt wird. Was betriebs- und tarifpolitisch die Arbeitszeitverkürzung, ist gesellschafts- und umweltpolitisch die Orientierung auf eine epochale Wende in der Energie- und Verkehrspolitik. Hierzu liegen entsprechende Vorschläge von wissenschaftlicher und von seiten der Umweltbewegung vor (vgl. z.B. Hesse/Lucas 1990). Sie mit branchen-, struktur- und regionalpolitischen Umbau- oder Konversionsstrategien, die auf qualitative Änderungen von Produkten bis hin zu deren Substitution abzielen, zu verbinden, gehört zu den Gestaltungsaufgaben künftiger Gewerkschaftspolitik. Schluß gemacht werden muß mit dem Dualismus von abstrakter Einsicht in das ökologisch Erforderliche (obwohl es, wie wir gesehen haben, auch hierin noch mangelt) und der faktischen Nachsichtigkeit gegenüber der täglichen Umweltzerstörung (nicht nur durch den motorisierten Individualverkehr). Es

Tschernobyl im Genlabor?

Zu einer nicht
stattfindenden
Diskussion
in der SPD



von Marianna Schauzu*

Die Absicht der Bundesregierung, Rechtssicherheit für die Anwender der Gentechnik durch gesetzliche Regelungen herzustellen, stieß 1988 auf breite Zustimmung sowohl in Wirtschaft und Politik als auch in Teilen der Gewerkschaften. Heftige Kritik an der Gentechnik wurde allerdings von den Grünen und von den Umweltverbänden geäußert und auch die SPD-Fraktion hat dem Gesetz Mitte 1990 nicht zugestimmt. Nach nunmehr gut zweijähriger Erfahrung erreichten die Kritiker aus Industrie und Wissenschaft, daß im November ein von der Koalition eingebrachter Änderungsantrag verabschiedet wurde, dessen Inhalt unter dem Stichwort "Deregulierung" zusammengefaßt werden kann.

Dem hat sich im wesentlichen die SPD-Fraktion mit einem eigenen Antrag angeschlossen. Die FAZ meldete diese Zustimmung am 19.9.92 unter der Überschrift "Auch die SPD will Gentechnik fördern". Diese Entwicklung vollzog sich, obwohl der Bundestag der SPD noch im Mai 1991 den Inhalt des Gentechnikgesetzes aus Gründen "der Verantwortung für die Gesundheit von Lebewesen und Umwelt" abgelehnt hat. Mit dem Antrag des Bezirks Hessen-Süd zum Gentechnikgesetz (Nr. IR 409) wurde u.a. die Forderung verabschiedet, "wirtschaftliche Interessen hinter die von Umweltschutz und Gesundheit" zu stellen sowie "ein Moratorium von fünf Jahren für die Freisetzung genmanipulierter Organismen" vorzusehen. Mit diesem Antrag wurde konsequent der hessischen Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und den Grünen entsprochen, in der es u.a. heißt: "Die Koalitionspartner gehen davon aus, daß jegliche Freisetzung zu unüberschaubaren Risiken führt. Ziel muß deshalb die Verhinderung von Freisetzungen sein."

In einer Presse-Mitteilung des forschungspolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Josef Vosen, vom 1.10.92 klingt es schon anders: "Die EG-Richtlinien müssen so geändert werden, daß sie einer breiten und raschen Nutzung der Gentechnik nicht mehr im Wege stehen. Die EG-Richtlinien müssen Rahmenbedingungen schaffen, die mit denen der USA und Japans vergleichbar sind." Zum Hintergrund: Diese EG-Richtlinien sind 1990 mit dem Gentechnikgesetz in nationales Recht umgesetzt worden und können nicht im nationalen Alleingang geändert werden.

Auch gegen Freisetzungen hat die SPD-Fraktion jetzt keine grundsätzlichen Einwände mehr. Einig sind sich die Fraktionen der Regierungskoalition und der SPD darin, daß es keine Abstriche beim Schutz von Mensch und Umwelt geben darf.

Die PDS/Linke Liste, die IG Metall und die Umweltverbände halten hingegen an ihrer Forderung des Verbots von Freisetzungen und der Streichung der im Gesetz verankerten Förderung der Gentechnik fest.

Der SPD wird vorgeworfen, sich dem Druck der Industrielobby gebeugt zu haben. Tatsächlich hat die konservative Presse erheblichen Druck ausgeübt. So prophezeite die Wirtschaftswoche eine "Zukunft mit Frust", die Zeit warnte: "Die Zukunft wandert aus" und in der FAZ war vom "Hürdenlauf der Gentechnik" die Rede.

Die SPD muß sich messen lassen an ihren im Grundsatzprogramm von 1989 formulierten Forderungen, zu denen die "Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit" gehört, aber auch die Verhinderung technischer Neuerungen, "deren Risiken nicht abzuschätzen oder die demokratisch nicht beherrschbar sind". "Technik muß so gestaltet und eingesetzt werden, daß Fehler beherrschbar und korrigierbar und Fehlentwicklungen durch künftige Generationen revidierbar sind. ... Schon im Stadium der Forschungsplanung muß eine Abschätzung der möglichen Folgen der Technikentwicklung und -anwendung vorgenommen werden. Dabei sind alternative Varianten der Forschungs-

planung zuzulassen und im Bürgerdialog zur Diskussion zu stellen. ... Wo immer Dialoge um technische Alternativen geführt werden, brauchen sie die Hilfe der Wissenschaft." Forderungen, die vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Atomtechnologie formuliert wurden.

Welche Chancen bietet die Gentechnik?

Die von den Medien verbreiteten Informationen über die Gentechnik sind widersprüchlich und meist entweder einseitig von Technikeuphorie oder von unreflektierter Technikfeindlichkeit beeinflusst. Die Partei muß sich schon die Mühe machen, Chancen und Risiken der Gentechnik selbständig zu bewerten.

Mit dem Begriff Gentechnik wird ein moderner Zweig der Biotechnologie bezeichnet. Dabei muß klargestellt werden, daß Gentechnik weder mit in vitro-Fertilisation (künstlicher Befruchtung) noch mit Leihmutterchaft verwechselt werden sollte. Mit diesen Reizworten wird die Horrorvision vom "geklonten" Menschen mit Eigenschaften aus dem Katalog suggeriert. Angst und Unkenntnis bestimmen die oftmals emotional und irrational geführten Diskussionen um Chancen und Risiken der Gen-

technik. Ein sachlich fundierter Standpunkt läßt sich unter diesen Voraussetzungen nur schwer erreichen.

Neu ist der von einigen Gentechnik-Gegnern grundsätzlich verurteilte Eingriff durch den Menschen in die Natur aber keineswegs. Vielmehr hat die Biotechnologie eine lange Tradition. Schon in frühgeschichtlicher Zeit wurden Hefen, Pilze und Bakterien zur Herstellung von Bier, Brot, Käse und Joghurt eingesetzt, allerdings noch ohne Kenntnis der dabei ablaufenden Stoffwechselläufe.

Die klassische Biotechnologie entstand zu Beginn dieses Jahrhunderts. Sie machte sich die biologischen Syntheseleistungen von Mikroorganismen, tierischen oder pflanzlichen Zellen zur Gewinnung z.B. von Antibiotika, Vitaminen und Enzymen zunutze.

Optimiert wurden die Herstellungsprozesse durch Auswahl der am besten geeigneten Organismen. Die Auswahlmöglichkeiten konnten vergrößert werden durch natürliche auftretende oder z.B. mit Hilfe von UV-Bestrahlung erzielte Mutationen - durch Züchtung also. Züchtung zielt ab auf die Veränderung oder Neukombination von Eigenschaften, die - wie die Genetiker seit Gregor Mendels Versuchen mit Erbsen Mitte des 19. Jh. wissen - auf der Neukombination von Genen beruht.

Im Gegensatz zu den in der traditionellen Pflanzen- und Tierzüchtung üblichen langwierigen Kreuzungstechniken können mit Hilfe der Gentechnik einzelne Gene gezielt und über Artengrenzen hinweg übertragen werden - man könnte es Evolution im Zeitrafferverfahren nennen. So ist es möglich, Pflanzen beispielsweise mit spezifischen viralen Genen auszustatten, die Resistenz gegen Virusbefall vermitteln, oder den Nährwert von Lebensmitteln durch Übertragung der Gene für die Produktion hochwertigerer Eiweiße oder Fettsäuren zu verbessern.

Ein neuer Anwendungsbereich erschließt sich in der Medizin mit der als somatische Gentherapie bezeichneten Methode. Dabei werden beispielsweise Patienten, die an schwerwiegenden Stoffwechseldefekten oder an Krebs leiden, Zellen entnommen. Das für den Schaden verantwortliche defekte Gen wird gegen ein intaktes ausgetauscht und die transgenen Zellen werden den Patienten zurückgegeben.

Anfang der siebziger Jahre wurde die Gentechnik mit einem Experiment in ei-

nem US-amerikanischen Labor eingeleitet. Im Reagenzglas (in vitro) gelang es, in ein Bakterium ein fremdes Gen einzuführen, dieses stabil zu etablieren und zu vermehren und so gleichartige "Klone" zu produzieren. Die Grundsteine für diesen Durchbruch waren durch eine Reihe vorangegangener Erkenntnisse in der Molekularbiologie gelegt worden. Dazu gehört der Nachweis, daß die DNA (Desoxyribonukleinsäure) Träger der Erbinformation ist (1944), die Aufklärung der DNA-Struktur (1953), die Entschlüsselung des genetischen Codes (1961) und die Entdeckung von Enzymen, mit denen die DNA an definierten Stellen zerlegt und wieder zusammengefügt werden kann (1972).

Seither läuft nicht nur die Grundlagenforschung sondern auch die anwendungsorientierte Forschung mit Hilfe der Gentechnik weltweit auf Hochtouren. In den USA gingen in den achtziger Jahren etliche Gentechnik-Unternehmen an die Börse. 1982 bereits gelang der US-amerikanischen Firma Eli Lilly die Herstellung von bakteriell erzeugtem Humaninsulin, das seit 1984 auch in deutschen Apotheken zu haben ist und zur Behandlung der Insulinmangel-Diabetes angewendet wird. International sind inzwischen weit mehr als 100 mit Hilfe der Gentechnik hergestellte Arzneimittel und Impfstoffe in der klinischen Prüfung.

Nicht nur in der Medizin und der pharmazeutischen Industrie sondern auch in der Landwirtschaft und auf dem Gebiet des Umweltschutzes werden große Hoffnungen in die Entwicklung der Gentechnik gesetzt. Die US-amerikanische Regierung betrachtet die Biotechnologie als eine der wichtigsten Wachstumsbranchen und hat in diesem Jahr nicht nur die bürokratischen Vorschriften gelockert sondern auch angekündigt, die Subventionen für die Forschung auf diesem Gebiet aufzustocken. Das japanische Ministerium für Handel und Industrie (MITI) erklärte, wie einst die Mikroelektronik, nun die Entwicklung der Biotechnik zum strategischen Ziel.

Während es in den USA bereits etwa 300 und in Japan 130 gentechnische Produktionsanlagen gibt, sind in der Bundesrepublik bisher erst drei Anlagen genehmigt worden: Die Firma Grünenthal stellt das Enzym Urokinase (Handelsname: Saruplase) zur Auflösung von Blutgerinnsel beim Herzinfarkt her, die Hoechst-Tochter Behringwerke produ-

ziert Erythropoietin (EPO) zur Stimulation der Bildung roter Blutkörperchen z.B. bei Anämie und die BASF-Tochter Knoll den Tumornekrosefaktor (TNF) zur Krebstherapie.

Die Firma Hoechst hingegen hat bis heute keine Genehmigung für ihre Insulin-Produktionsanlage in Hessen erhalten. Das Genehmigungsverfahren läuft seit 1984 (und gab den Anlaß zur Forderung gesetzlicher Regelungen für die Gentechnik, um Rechtsklarheit herzustellen). Deutsche Firmen wie Schering, Bayer, BASF und Hoechst investieren inzwischen verstärkt in den Auf- oder Ausbau ihrer amerikanischen und japanischen Zweigstellen und Geschäftspartner.

Mit einer Vielzahl von Freisetzungsexperimenten, vor allem in den USA, aber auch in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und sogar in großem Stil in China, wird der Einsatz transgener Nutzpflanzen in der Lebensmittelproduktion vorbereitet. Marktreife hat bereits eine von einer US-amerikanischen Firma mit Hilfe der Gentechnik haltbar gemachte, aber trotzdem Aroma entwickelnde Tomate erlangt.

In der Bundesrepublik gab es noch im letzten Jahr erbitterten Widerstand gegen die Freisetzung von Petunien - ein Experiment, mit dem Fragen der Grundlagenforschung beantwortet werden sollten. Inzwischen machen Anträge auf Freisetzung gentechnisch veränderter Kartoffeln und Zuckerrüben Schlagzeilen und werden mehr oder weniger kritisch kommentiert.

... und die Risiken?

Während Befürworter der Gentechnik auf die Lösung globaler Probleme wie Epidemien, Unterernährung und Umweltschäden hoffen, befürchten Kritiker unbeabsichtigte und vor allem unvorhersehbare Nebenwirkungen. Sie werfen den Gentechnikern mangelndes Risikobewußtsein und Desinteresse an der Sicherheitsforschung vor.

"Nichts ist ohne Risiko zu haben - das ist niemals anders gewesen, seit es Leben gibt", so der Molekularbiologe, Evolutionsforscher und Nobelpreisträger Manfred Eigen anläßlich einer Preisverleihung in der Frankfurter Paulskirche. Abzuwägen ist in der Tat

* Dr. Marianna Schauzu, Dipl. Biologin, Berlin

immer wieder, welches Risiko und damit welcher Preis für den gesellschaftlichen Nutzen einer Technik verantwortet werden kann.

Relativ unumstritten ist auch in der wenig aufgeklärten Bevölkerung, daß gentechnische Forschung mit dem Ziel der Impfstoffentwicklung notwendig ist und dabei auch gewisse Risiken, sprich Nebenwirkungen, in Kauf genommen werden müssen, wenn auf der anderen Seite der Bilanz die Rettung vom Tod bedrohter Infizierter steht. Ganz anders sieht es mit der Akzeptanz auf dem Gebiet der Lebensmittelproduktion aus. In einer Befragung europäischer Erwachsener äußerten sich 32 % etwas und 38 % sehr besorgt hinsichtlich möglicher Risiken. In den USA scheinen eher pragmatische Kriterien die Entscheidung zu beeinflussen: schmackhaftere Tomaten und cholesterinfreie Lebensmittel werden, unabhängig von der Herstellungstechnik, begrüßt.

Für das Verantwortungsbewußtsein der Forscher spricht, daß sehr bald über mögliche Gefahren der neuen Technik nachgedacht und 1975 auf der berühmt gewordenen Konferenz von Asilomar/Kalifornien ein freiwilliges Moratorium beschlossen wurde, wonach gentechnische Experimente angesichts der ungeklärten Risiken zunächst ausgesetzt werden sollten. Ein Jahr später wurden in den USA für Arbeiten mit rekombinanter DNA strenge Sicherheitsrichtlinien herausgegeben, die - dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechend - bald wieder gelockert wurden.

Auch in der Bundesrepublik gab es bis zum Inkrafttreten des Gentechnikgesetzes "Richtlinien zum Schutz vor Gefahren durch in vitro neukombinierte Nukleinsäuren", die verbindlich waren für Forschungsprojekte, die aus öffentlichen Mitteln gefördert wurden und von der Industrie freiwillig akzeptiert wurden.

Nach fast zwanzig Jahren Erfahrung mit dieser Technik hat sich die ursprüngliche Befürchtung, daß unerwartete oder qualitativ neue Risiken auftreten könnten, als unbegründet erwiesen. Auch die Auswertung der weltweit über 500 Freisetzungsgentechnisch veränderter Organismen, vor allem transgener Pflanzen, auf einer internationalen Konferenz zum Thema Sicherheitsforschung im Mai dieses Jahres in Goslar bestätigte dies. Untersucht wurden dabei die wesentlichen Sicherheitsaspekte wie Gen-

stabilität, Gentransfer (Übertragung der Gene auf andere Organismen wie z.B. Bodenbakterien), Verbreitung von Pollen und Samen und die Gefahr der Verwilderung, direkte und indirekte Auswirkungen der eingeführten Veränderung auf die transgenen wie auch auf andere mögliche in Kontakt stehende Organismen.

Ausgehend davon, daß hundertprozentige Risikofreiheit nicht möglich ist, besteht unter Wissenschaftlern Konsens darüber, daß eine Abschätzung potentieller Risiken im Vergleich zu den in der Natur vorliegenden Risiken durch vergleichbare Organismen vorgenommen werden muß. Auf der Basis rationaler Argumente ist dann zu entscheiden, inwieweit eine Überschreitung akzeptabel ist.

Die gesetzlichen Grundlagen der Gentechnik in der Bundesrepublik

Mit Inkrafttreten des Gentechnikgesetzes im Juli 1990 sind dem Risikopotential gentechnischer Arbeiten in Laboratorien entsprechende organisatorische, technische und biologische Sicherheitsmaßnahmen vorgeschrieben, deren Einhaltung dezentral von den zuständigen Länderbehörden kontrolliert werden. Die Risikoeinstufung und die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen werden von einem unabhängigen Expertengremium, der Zentralen Kommission für die Biologische Sicherheit (ZKBS), vorgenommen, das aus zehn auf dem Gebiet der Biowissenschaften tätigen Hochschullehrern sowie fünf Vertretern der gesellschaftlich Gruppen, d.h. Gewerkschaften, Wirtschaft, Umweltschutz, Forschungsförderungs- und Arbeitsschutzorganisationen, besteht. Vorgesehen sind für Laboratorien vier dem Risiko entsprechende Sicherheitsstufen. Die meisten gentechnischen Arbeiten (ca. 90 %) in bundesdeutschen Forschungslabors werden in der Sicherheitsstufe 1 durchgeführt. Sicherheitslabors der Stufe 4 gibt es in der Bundesrepublik bislang nicht, Stufe 3-Labors nur sehr wenige.

Strenge Sicherheitsmaßstäbe werden auch an die Freisetzung und das Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Organismen angelegt. Ganz wesentlich für eine Genehmigung, die zentral beim Bundesgesundheitsamt beantragt werden muß, ist in beiden Fällen eine Risikoanalyse, die vor allem auf die von Kritikern angeführte Gefahr abhebt, daß sich gentechnisch veränderte Organismen aufgrund neuer Eigenschaften unkontrolliert ausbreiten, die neu eingeführten Gene auf andere Organismen übertragen und so unvorhersehbare Folgen verursachen könnten.

Im Zentrum der Kritik des Gentechnikgesetzes, der sich jetzt die SPD-Fraktion im wesentlichen angeschlossen hat, steht vor allem die verwaltungstechnische Handhabung durch die zuständigen Länderbehörden. Das Gesetz bietet in der derzeitigen Form einen Interpretations- und Ermessensspielraum, der zu einer sehr unterschiedlichen Genehmigungspraxis in den Bundesländern führt.

Die nach dem Gentechnikgesetz geforderte länderübergreifende Gleichbehandlung der Betreiber ist so nicht immer gewährleistet.

Während in den USA und in Japan für Laboratorien der Sicherheitsstufe 1 keine Anmelde- oder Genehmigungsverfahren vorgesehen sind, sondern davon ausgegangen wird, daß die Regeln sogenannter guter Laborpraxis befolgt werden, müssen in Deutschland bis zu 100 Seiten Formulare für die Anmeldung bzw. Genehmigung gentechnischer Arbeiten ausgefüllt und hohe Gebühren entrichtet werden. Dieser Aufwand ist bisher für alle gentechnischen Arbeiten fast gleichermaßen hoch, unabhängig davon ob es sich um solche der Sicherheitsstufe 1, 2 oder 3 handelt.

Gefordert wird die Ausrichtung der notwendigen formalen Schritte an der Risikolage und eine Entlastung aller Beteiligten von den Formalitäten in den unteren Sicherheitsstufen. Regierungskoalition und SPD sind sich einig in ihrer Forderung nach der Beseitigung bürokratischer Hürden für gentechnische Arbeiten der Sicherheitsstufe 1, bei denen per Definition nicht von einem Risiko auszugehen ist.

Für den international üblichen Austausch gentechnischer Organismen zu Forschungszwecken wird eine Befreiung von der Genehmigungspflicht gefordert, die SPD-Fraktion fordert dabei eine Beschränkung auf die OECD-Staaten.

Impfstoffe sollen nicht unter die Freisetzungsbestimmungen fallen. Der Koalitionsantrag berücksichtigt auch die für die Industrie und Wissenschaft gleichermaßen bedeutsame Forderung nach Erstellung einer Liste von begrenzten Organismen - z.B. Pflanzen, deren Ausbreitung kontrollierbar ist -, für deren Freisetzung ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren, d.h. ohne Öffentlichkeitsbeteiligung, vorgesehen werden kann. Diese Forderung war im Antrag der SPD-Fraktion nicht enthalten.

Die SPD-Fraktion hat in ihrem Antrag, der im Bundestag keine Mehrheit fand, darüber hinaus eine stärkere Beteiligung der Betriebs- und Personalräte sowie ein jedermann zugängliches öffentliches Register, das über alle erteilten Genehmigungen der Sicherheitsstufen 2 bis 4 informiert, gefordert.

Im ebenfalls abgelehnten Antrag der Fraktion der PDS/Linke Liste wird jede Freisetzung und Anwendung genetisch veränderter Organismen verurteilt und soll ggf. unter Strafe gestellt werden.

Die Abgeordnete der PDS/Linke Liste, Ingeborg Philipp, begründete den Antrag in der Bundestagsdebatte damit, daß es keine sichere Gewähr gegen einen Mißbrauch gibt. Sie stellt fest, daß dies ein Fluch der Wissenschaft sei, die die Religion verdrängt habe und "daß wir eine Religion brauchen, die dem Menschen inneren Halt gibt und die ihm die wahren Prioritäten für sein Leben zeigt."

Ist ein bundesdeutscher Ausstieg aus der Gentechnik verantwortbar?

Es kann davon ausgegangen werden, daß über das jetzt in Vorbereitung befindliche Änderungsgesetz zum Gentechnikgesetz Konsens zwischen Regierungskoalition und SPD-Fraktion dahingehend hergestellt werden kann, daß bürokratische Hemmnisse minimiert werden und damit die für Forschung und Produktion hinderlichen langen Fristen verkürzt werden.

Nicht erkennbar ist bislang eine gezielte Auseinandersetzung mit diesem für die Zukunft bedeutsamen Technologie-zweig innerhalb der SPD. Die Stimmen aus der Partei zu diesem Thema sind dif-

fus und kontrovers. Während der forschungspolitische Sprecher Josef Vossen sich mit seinen Forderungen dem Standpunkt von Industrie und Wissenschaft angenähert hat, versucht der Vorsitzende der Enquetekommission Gentechnik, Wolf-Michael Catenhusen, ausgewogen dem Förder- und Schutzgedanken des Gentechnikgesetzes gerecht zu werden. Marliese Dobberthien, Bundestagsabgeordnete aus Hamburg, schließt sich hingegen vehement den Kritikern an, die u.a. die Kennzeichnung der mit gentechnischen Methoden her-

konnte der des Englisch kundigen interessierte Bürger aus dem britischen Wissenschaftsjournal "Nature" erfahren: Die inkriminierten gentechnischen Arbeiten dienen der Krebsforschung; nach den Kriterien des Gentechnikgesetzes geht von ihnen kein Sicherheitsrisiko aus. Das Versäumnis des verantwortlichen Wissenschaftlers besteht darin, einen Raumwechsel nicht ordnungsgemäß gemeldet zu haben.

Der SPD ist anzuraten, auf rationaler Basis einen Standpunkt zu entwickeln, wie sie es auch in der Atomenergiede-

"Technik muß so gestaltet und eingesetzt werden, daß Fehler beherrschbar und korrigierbar und Fehlentwicklungen durch künftige Generationen rückgängig sind". (SPD)

gestellten Lebensmitteln fordern. Dies weniger im Hinblick auf Information über veränderte Inhaltsstoffe als vielmehr mit der Begründung, daß der mündige Verbraucher die Wahl haben muß, sich gegen eine von ihm abgelehnte Technik zu entscheiden.

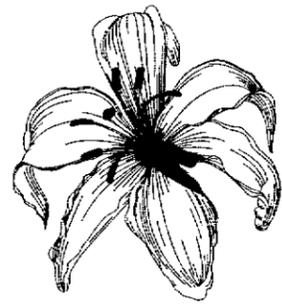
Auch wenn Mißtrauen gegenüber dem Einsatz moderner Technologie unter den harten Marktmechanismen des Kapitalismus immer angebracht ist, ist doch eine sorgfältige Abwägung von Nutzen und Risiken unumgänglich. Dabei dürfen weder Befürchtungen über drohenden Arbeitsplatzabbau noch irrationale Ängste im Vordergrund stehen.

Die Rolle der Medien ist nicht gerade hilfreich für eine objektive Urteilsfindung. So nahm beispielsweise im November 1992 die bundesdeutsche Presse unisono die Schließung eines Genlabors der Universität in Marburg durch die zuständige Behörde zum Anlaß, statt seriöser Berichterstattung Sensationsmeldungen über die unerlaubte Herstellung von "Krebsbakterien" zu verbreiten. Näheres über die Hintergründe

batte getan hat. Doch die Risiken beider Technologien sind nicht vergleichbar. Gegenwärtig gibt es keine Hinweise dafür, daß bei Einhaltung adäquater Sicherheitsmaßnahmen mit gentechnisch veränderten Organismen nicht genauso sicher gearbeitet werden kann wie dies seit Jahrzehnten auch im Umgang mit hochinfektiösen Krankheitserregern gewährleistet ist.

Eine industriepolitisch verantwortbare Entscheidung kann nicht darin bestehen, aufgrund einer gegenwärtig nicht bestehenden Akzeptanz in der Bevölkerung generell Nein zur Gentechnik zu sagen. Notwendig ist die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem derzeitigen Stand der wissenschaftlichen Kenntnisse. Dies kann der Partei nicht erspart werden!

G E N T E C H N I K



o h n e n d e

von Dr. Marliese Dobberthien, MdB
Seit bald zwei Jahrzehnten ist es möglich, Veränderungen der genetischen Konstellation von Lebewesen im Labor vorzunehmen. Diese Technik erlaubt es, die Desoxyribonukleinsäure (DNS) als Träger aller Erbinformationen zu verändern und durch neue Eigenschaften zu ergänzen.

Der Anwendungsbereich betrifft alles Lebende auf dieser Erde: Mikroorganismen, Pflanzen, Tiere, Menschen. Jede lebende Zelle, isoliert oder im arbeitsteiligen Zellverbund eines Organismus, wie sie sich in den 3 Mrd. Jahren seit Entstehung allen Lebens entwickelt hat, kann grundsätzlich zum Objekt wissenschaftlicher Forschung und gentechnischer Manipulation werden.

Die Gentechnik gilt mittlerweile als Schlüsseltechnologie. Sie eröffnet vielfältige Anwendungsmöglichkeiten in Medizin, Landwirtschaft, in der Nahrungsmittelproduktion und in der Industrie.

Ein umsatzträchtiger Markt wird erwartet. Die "Business Week" bezeichnete unlängst die Gentechnik als "America's dream machine", eine Maschine, die Erwartungen und Hoffnungen erzeugt. In Dollar ausgedrückt konnte mit dieser dream machine namens Bio- und Gentechnik weltweit bereits ein Umsatz von 4 Mrd. Dollar erzielt werden. Die Wirtschaftswoche schreibt, daß 97 Bio-Tech-Firmen der USA im Jahre 1991 3,7 Mrd. Dollar für ihre Wertpapiere bekamen und im Jahre 2000 einen weltweiten Umsatz bei Bio-Tech-Medikamenten von 60 Mrd. Dollar erwarten (Wirtschaftswoche vom 17.7.1992).

US-Investoren setzen wie nie zuvor auf die Gentechnik und kauften 1991 für 4,5 Mrd. Dollar Aktien. Sie spekulieren dabei auf die Entwicklung von Diagnostika und lebensrettenden Medikamenten zur Behandlung von Erkrankungen des zentra-

len Nervensystems, von Autoimmunerkrankheiten, von Herz-Kreislauf-Krankheiten, von Krebs und AIDS. Das Institut der Deutschen Wirtschaft lockt kühn mit sagenhaften Beschäftigungsmöglichkeiten dank Gentechnik. Es glaubt, sie schaffe bis zum Jahre 2000 in Europa 2 Mio. Arbeitsplätze.

Das Gentechnikgesetz (GenTG) von 1990

In der Bundesrepublik Deutschland wird seit Jahren mit den Gentechnik experimentiert. Eine gewisse Rechtssicherheit wurde jedoch erst mit Inkrafttreten des Gentechnikgesetzes (GenTG) vom 1.7.1990 geschaffen, das durch 5 Rechtsverordnungen ergänzt wurde. Mit dem Gentechnikgesetz sollten 3 Ziele erreicht werden:

- die Festschreibung eines hohen Sicherheitsstandards
- die Gewährleistung eines Mindestmaßes an Transparenz und Öffentlichkeit
- die Schaffung von Rechtssicherheit für alle Beteiligten inklusive den Betroffenen.

Doch die schnelle Durchpeitschung des Gesetzes erschwerte die breite Diskussion. Wissenschaft und Industrie sahen durch die verhältnismäßig restriktiven Bestimmungen des Bundesimmissionschutzgesetzes (BImSchG) ihre Arbeit gefährdet und drängten auf Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens. Damit wurde jedoch die Chance vertan, einen breiten Konsens auch in der kritischen Öffentlichkeit über die Handhabung der heiklen Technik zu erzielen.

Deregulierung der Sicherheitsbestimmungen?

Heraus kam ein Gesetz mit erheblichen Mängeln. Die zentrale Frage der Gentechnologie, nämlich ihre Risikobewertung, erfolgt weitgehend unter Ausschluß der (Fach-)Öffentlichkeit. Die Zuordnung gentechnischer Arbeiten zu Sicherheitsstufen und der dazugehörige Katalog für Sicherheitsmaßnahmen erfolgt durch Rechtsverordnung. Andere Umweltgesetze wie das BImSchG oder Abfallgesetz schreiben im Gegensatz zum GenTG die Anhörung beteiligter Kreise vor. Nach GenTG ist lediglich die Zentrale Kommission für Biologische Sicherheit (ZKBS) anzuhören und die Zustimmung des Bundesrates erforderlich. Öffentliche Anhörungsverfahren sind nur im Rahmen von Genehmigungen für gewerbliche Anlagen der Sicherheitsstufen 2-4 durchzuführen. Arbeiten und Anlagen zu Forschungszwecken müssen auf niedriger Sicherheitsstufe nur angemeldet werden. Öffentliche Anhörungen sind nicht vorgesehen.

Doch schon dieses Gesetz rief Forscher wie Industrie gegen sich auf den Plan. Keine 2 Jahre in Kraft wurde im Januar 1992 vor Parlamentariern beklagt, daß mit dem Gesetz zuviel Bürokratie, zu großer Aufwand, zu lange Genehmigungszeiten und zu wenig Förderung verbunden sei. Mit Parolen wie "Gentechnik im Würgegriff" (FAZ 12.2.92), "Schikanen" und "Regelungsexesse" (Gentech-Papst Prof. Winnacker lt. SZ v. 13.3.92), "Unzumutbarer bürokratischer Aufwand" (D. Brauer, Hoechst AG und P. Stadler, Bayer) wird Stimmung gegen das Gesetz erzeugt (lt. GID 76 v. März



1992). Der Verband der chemischen Industrie (VCI) verlangt die Deregulierung bei der Sicherheitsstufe 1 und erhebliche Erleichterungen bei S 2.

Wolfgang Hilger, Präsident des VCI und Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, beklagt, das GenTG sei zu einem "Vehikel für die Blockade verkommen" und behindere "massiv die Anwendung der Gentechnik".

Und so verlangt er eine umfassende Deregulierung, aber nicht nur des deutschen Gentechnikgesetzes, sondern gleich auch der teilweise strengeren EG-Vorschriften. Die unverhohlene Drohung, ihre gentechnische Forschung und Produktion ins Ausland zu verlegen, findet prompt ein offenes Ohr bei der Bundesregierung, insbesondere angesichts rückläufiger Konjunkturdaten. Auf Regierungsseite ist in der Tat Deregulierung angesagt, obwohl die EG genau das Gegenteil verlangt.

Denn die EG-Kommission forderte am 6. August 1992 die Bundesregierung zur gesetzlichen Nachbesserung auf, die bereits vor einem Jahr in nationales Recht hätte umgesetzt sein müssen. Nach Brüsseler Auffassung verstößt deutsches Recht in 14 Punkten gegen zwei EG-Richtlinien. Deutsche Expertinnen und Experten bestätigen die Kommissionsauffassung in vielen Punkten.

EG-Kommission: Mängel im deutschen GenTG

Z.B. fehle im deutschen Recht eine Bestimmung für den Transport von Mikroorganismen; genmanipuliertes lebendes Material kann tatsächlich per Post kreuz und quer durch die Republik gesandt werden. Bedeutet das, daß auch gentechnisch manipulierte pathogene und kanzerogene Viren und Bakterien zum Versandgut werden? Da aber nicht einmal der Postminister bestreitet, daß Postsendungen beschädigt werden oder gar verlorengehen können, bedarf es keiner besonderen Phantasie, die damit verbundenen Gefährdungspotentiale zu erraten. Es fehlt aber auch eine Pflicht zur Entwicklung von Notfallplänen mit Unterrichtung der Öffentlichkeit ebenso wie eine behördliche Unfallunterrichtung. Und es fehlen gestufte Verfahren. Die EG erlaubt die Marktfreigabe eines Gentechnikprodukts nur dann, wenn es zuvor in Feldversuchen in betroffenen Ökosyste-

men praktisch erprobt wurde. In der deutschen Gesetzgebung fehlt eine derartige Vorschrift. Dabei hat das deutsche GenTG nicht einmal das Schutzniveau der Abwasserverwaltungsvorschrift erreicht. Diese verlangt eine vollständige Inaktivierung aller gentechnisch veränderten Organismen durch Sterilisation des Abwassers. Das Gentechnikgesetz fordert diese nur für die Sicherheitsstufen 3 und 4. Das heißt, gut 95% aller Labors werden von dieser Regelung gar nicht erst betroffen und dürfen ihr Wasser ohne Vorbehandlung und auch nach unvollständiger Inaktivierung einleiten. Neuere Erkenntnisse lassen jedoch keine Zweifel aufkommen, daß sich gentechnisch veränderte Mikroorganismen in Abwässern und Kläranlagen besonders wohl fühlen. Es ist jedoch in den wenigsten Fällen möglich, Gefahren eines bestimmten gentechnisch veränderten Mikroorganismus genau zu beschreiben, da das Verhalten von gentechnisch veränderten Organismen und rekombinanten DNA in Ökosystemen bisher unzureichend erforscht ist. Schon eine solche gravierende Wissenslücke rechtfertigt die strikte Einhaltung aller möglichen Vorsichtsmaßnahmen.

Der "Nutzen" der Gentechnik

Aber statt die angemahnte Anpassung an EG-Recht vorzunehmen, sind im deutschen Recht Deregulierungen angesagt. Deregulierung heißt auch weniger Kontrolle, weniger Überwachung, weniger Transparenz einer Technik, die viele Fragen aufwirft. Fragen nach Zweck, Ziel und Nutzen der Gentechnik und Fragen nach Gefährdungspotentialen und Risikobewertung, aber auch Fragen nach der ethischen Bewertung menschlichen Forschungsdranges.

Z.B.: Die gentechnisch manipulierte Tomate mit Anti-Matsch-Gen suggeriert Frische auch nach Wochen. Sie ist gewiß für Landwirte, Lebensmittelindustrie und Transportwesen wirtschaftlicher als die herkömmliche verderbliche Tomate. Aber wird auch der Verbraucher noch Nutzen haben, wenn die Tomate zwar frisch aussieht, jedoch bereits uralt ist? Wird er nicht über den Frischegrad getäuscht?

Oder: Wem nützt die herbizidresistente Pflanze, die zwar die Giftdusche überlebt, aber dafür den sorgloseren Umgang mit Herbiziden geradezu provoziert. Das

Total-Herbizid "Basta", ein absoluter Pflanzenkiller, tötet jede Pflanze mit Ausnahme der herbizidresistenten. Wie wirken die in den Böden verbleibenden Rückstände von Pestiziden, Insektiziden und Herbiziden auf das Bodenleben und das Trinkwasser?

Oder: Warum soll der Verbraucher Käse kaufen, der mittels des gentechnisch erzeugten Labfermentes Chymosin hergestellt wurde, wo doch in Tierversuchen Organverfärbungen festgestellt wurden? Verbraucher verlangen mehr denn je naturbelassene, unbestrahlte und unbelastete Lebensmittel. In den USA wollen inzwischen sogar Köche auf die Verarbeitung gentechnisch erzeugter Lebensmittel verzichten.

Ist die schädlichkeitsresistente Pflanze mit gentechnisch eingebautem Skorpiongift, an dem Fraßschädlinge eingehen sollen, der menschlichen Gesundheit zuträglich und warum sollen wir so etwas überhaupt essen? Wer hat den Nutzen von der Turbo-Kuh, die zu Milchhöchstleistungen dank gentechnisch erzeugtem Wachstumshormon stimuliert wurde, obwohl Milchquoten die Milchseen längst begrenzen?

Welchen Sinn macht es, Vanille gentechnisch zu erzeugen und damit zu riskieren, daß der 3. Welt ihre wenigen Absatzmärkte noch weiter verloren gehen?

Warum muß die gentechnisch erzeugte Resistenz von Kartoffeln gegen Krankheiten wie Schwarzbeinigkeit und Naßfäule ausgerechnet dort im Freiland erprobt werden, wo diese Krankheiten natürlicherweise so gut wie nicht vorkommen? Warum müssen Krankheitserreger in eine bisher weitgehend verschonte Gegend verschleppt werden mit der Gefahr ihrer Verseuchung, nur um Versuche durchführen zu können?

Auch die Hoffnung, mittels der Gentechnik den Hunger der 3. Welt besiegen zu können, erweist sich als trügerisch. Der Hunger ließe sich durch sozioökonomische Maßnahmen der gerechteren Verteilung der Ressourcen und Anpassung der Produktion an jeweils inländische Bedürfnisse besser bekämpfen als durch eine für arme Bauern unerschwingliche Hochtechnologie.

Mit der Gentechnik wird auch die Hoffnung verbunden, Krankheiten bekämpfen zu können. Doch spätestens seit dem L-Tryptophan-Fall ist Vorsicht geboten. Diese gentechnisch erzeugte Aminosäure, verarbeitet in Schlafmitteln, Antidepressiva und Diätprodukten, hatte zum Tod von 27 Menschen geführt und tausende



Erkrankungsfälle ausgelöst. Verunreinigungen und unerwartete chemische Reaktionen werden verantwortlich gemacht. Neuerdings ist auch das gentechnisch hergestellte Humaninsulin in Verdacht geraten. Gefährliche Untorzuckerungen werden nicht rechtzeitig bemerkt und lösen plötzliche Schockzustände aus - höchst gefährlich z.B. für zuckerkrankte Autofahrer. Gentechniker basteln an hochaggressiven Viren und Bakterien, die in die Gene eingeschleust werden, welche im menschlichen Körper das erkrankte Organ reparieren sollen. Diese Vektoren oder Genfähren genannten Organismen sollen nach getaner Arbeit unschädlich werden. Darum wird versucht, sie zu verstümmeln, ihnen die Vermehrungsfähigkeit zu nehmen oder ihnen gleichzeitig ein Selbstmordgen einzugeben. Doch beherrscht wird dieser Vorgang noch nicht. So lösten Patentierungsanträge der letzten 2 Jahre für menschliche Gene weltweit Protest aus.

Patente auf menschliche Erbinformationen?



Das deutsche GenTG verbietet den therapeutischen Eingriff am Menschen nicht. Lediglich die Keimbahntherapie ist im Embryonenschutzgesetz unter Strafe gestellt. Die für die Gentherapie erforderlichen Laborarbeiten hinwieder werden den weniger gefährlichen ersten beiden Sicherheitsstufen des GenTG zugerechnet. Doch zwischen Labor und Klinik endet die Zuständigkeit des GenTG. Die genmanipulierten Organismen, im Labor der GenTG-Kontrolle unterworfen, enden auf dem Weg zum Krankenbett im juristischen Niemandsland. Auch hier tut Nachbesserung Not. Fragen entstehen auch bei der industriell verwertbaren Forschung. Für gentechnisch manipulierte Lebewesen und gentechnische Verfahren sind bereits zahllose Patentanträge gestellt, um das alleinige Nutzungsrecht für die neuen Kunstlebewesen zu erhalten, z.B. "Tracy". Verglichen mit der Harvard-Krebsmaus ist sie vermutlich das glücklichere Tier. Tracy ist ein Schaf, wird aber als biologische Fabrik benutzt. Ihr wurde ein menschliches Gen ins Erbgut einge-

schmuggelt. Seither produzieren Tracys Drüsen nicht nur Milch, sondern auch das Enzym Alpha-1-Antitrypsin, Grundlage eines Medikaments gegen ein Lungenleiden.

Wieviel unglücklicher ist hingegen die Krebsmaus, vom Menschen erschaffen, einzig und allein zu dem Zweck, schnell und sicher tödliche Tumore zu bilden. Der "Sündenfall" begann vor zwölf Jahren. Das US-Patentamt erteilte das weltweit erste Patent auf ein Lebewesen, ein Bakterium. Fortan galt "anything un-

Es darf nicht sein, daß die zentrale Risikobewertung gentechnischer Arbeiten und die Bestimmung der Sicherheitsmaßnahmen ohne die Beteiligung potentiell Betroffener erfolgt.

der the sun made by man" prinzipiell als patentfähig, und dank der Vermehrungsfähigkeit auch alle Nachkommen.

Aber es blieb nicht bei den Bakterien. Tomaten, Austern, Schafe folgten. Die Entwicklung rast in beängstigender Geschwindigkeit voran. Längst geht es um Patente für menschliche Erbinformationen. Menschliche Gene stehen schon länger im Fadenkreuz der Forschung. 1981 wurde in Europa ein Patent für ein Polypeptid mit der Aminosäuresequenz des menschlichen Interferons angemeldet. Für das menschliche Hormon Relaxin, bedeutsam für die Geburt, beantragte ein australisches Institut in Europa ein Patent.

Was steht am Ende einer solcher Entwicklung? - Noch wurde einem US-Hersteller für eine haarlose Mäuseart - für Glatzentests - die Patentwürdigkeit abgelehnt. US-Ablehnung auch gegenüber dem Begehren, menschliche Erbanlagen unbekannter Funktion zu patentieren.

Ethische Fragen bleiben unbeantwortet



Mit der Patentierung von Lebewesen sind komplexe ethische Fragen verbunden. Bedeutet nicht jede Patenterteilung für lebende Organismen, daß qua Gentechnik das Erbe der Natur in den Privatbesitz von Unternehmen überführbar

wird? - Sowenig wie Luft und Wasser jedoch Privatbesitz sind, sowenig sollte die Genvielfalt dieser Welt zum Eigentum weniger kapitalstarker Unternehmen werden dürfen.

Wenn das Patent für die Krebsmaus rechtskräftig würde, dann hieße das: Nur dem US-Konzern DuPont als Hersteller gehören alle natürlichen Nachkommen und alle weiteren Generationen und Chromosomen dieser Geschöpfe. Unbeantwortet sind für mich auch ethische Fragen. Wer gibt Menschen das

Recht, eine Tierart einzig und allein zu erschaffen, sie zu produzieren wie ein Auto, um sie als Versuchstiere zu mißbrauchen und dem Tod zu weihen? Während bei den bisherigen Versuchen mit Tieren jedes einzelne Individuum immerhin noch die Chance besitzt, nicht Versuchopfer zu werden, wird mit der Krebsmaus eine ganze Tierart ausschließlich mensch-

lichem Zweckdenken unterworfen. Das einzelne Lebewesen verliert jede Identität. Seine einzige Realität ist seine DNS. Eine Tierart wird damit beliebig manipulierbar, austauschbar, erweiterbar, variiert und wegwerfbar. Mich schaudert vor einem solchen seelenlosen Nützlichkeitsdenken gegenüber der belebten Natur und vor der Hybris des Menschen, sich als Ersatzschöpfer aufzuspielen.

Wer die Patentierung von Tieren und Pflanzen gestattet, läßt zu, daß genetische Ressourcen, bisher ein Menschheitsgut, zum Privatbesitz und Privileg von Patentinhabern werden. Das sind in der Regel die multinationalen Konzerne der Industriestaaten. Vor allem die vielfältigen genetischen Ressourcen und Reserven der Dritten Welt mit ihrem Artenreichtum sind der Begehrlichkeit des reichen Nordens ausgesetzt. Wie soll aber die Dritte Welt, die heute nicht einmal ihre ökologischen Kostbarkeiten wie den Regenwald vor kommerzieller Ausbeutung und Zerstörung schützen kann, die Ausbeutung und Privatisierung genetischer Ressourcen verhindern können?

Unzureichende Bestimmungen bei Lebensmitteln



Angesichts der Risiken und offenen Fragen im Zusammenhang gentechnologi-



scher Forschung sollten klare Regulatorprinzipien gefunden werden, denen eine differenzierte Bewertung vorausgehen muß. Z.B. gibt es zwischen gentechnisch manipulierten Lebensmitteln und Medikamenten einen qualitativen Unterschied auf der Anwenderseite. Erstere sind solange entbehrlich, wie naturbelassene Lebensmittel ausreichend zur Verfügung stehen. Ein gentechnisch manipuliertes Medikament oder Verfahren mag jedoch die letzte Hoffnung eines Schwerekranken sein. Der Lebensmittelbereich, nicht dem deutschen GenTG unterworfen, soll künftig durch die sog. "Novel-Food-Verordnung" der EG geregelt werden. Dieser in 2 1/2 Jahren kontroverse Diskussion erarbeitete Verordnungsentwurf enthält aber nicht einmal eine verbindliche Kennzeichnungspflicht für gentechnisch erzeugte Lebensmittel, schon wegen fehlender Nachweisverfahren unverzichtbar.

Auch Geltungsbereich und Zulassungsverfahren lassen Wünsche offen, denn sie gilt nur für Lebensmittel mit "bedeutenden" Veränderungen. Ein einfaches Anmeldeverfahren bei dem das Urteil nur eines einzigen Sachverständigen ausreicht, ist keineswegs ausreichend. Unzureichend ist auch die vorgeschlagene Umweltverträglichkeitsprüfung; denn sie soll nur für solche Lebensmittel durchgeführt werden, die gentechnisch veränderte Organismen noch enthalten oder daraus bestehen. Durch dieses grobmaschige Netz fallen alle neuartigen Lebensmittel, die mit Hilfe gentechnisch veränderter Organismen hergestellt wurden wie z.B. jener mit gentechnisch erzeugtem Chymosin hergestellte "Gen-Tech"-Käse.

Auch unkontrollierte Freisetzungseffekte durch Herstellung und Verzehr von genmanipulierten Lebensmitteln sowie Risiken des Gentransfers von Nutzpflanzen auf Wildpflanzen müssen abgeschätzt, eingegrenzt und vermieden werden.

Ist es Naivität oder Leichtsinn: jedenfalls erstaunt schon sehr, wenn jüngst die Bundesregierung zu Freilandversuchen mit gentechnisch manipulierten Rüben und Kartoffeln erklärt, daß Rüben und Knollen zwar ins Labor transportiert würden, aber das Kraut einfach zerkleinert, untergepflügt oder verbrannt werden soll.

Wie wenig noch die Prozesse der gentechnischen Manipulation beherrscht werden, zeigt der - vermutlich harmlose - Fall der Kartoffel namens Bientje. Ge-

plant war die gentechnische Immunisierung gegen Schädlingviren, überraschend verformte sich Bientje aber auch in der Länge. In den Verkehr wurde die Kartoffel bisher nicht gebracht.

In Deutschland gibt es mittlerweile 1.900 gentechnische Anlagen. Seit Inkrafttreten des GenTG sind rund 850 gentechnische Anträge gestellt worden, 730 dieser Verfahren wurden abgeschlossen.

Die Regelungen des GenTG sollen aufgeweicht werden



Auf das GenTG prasselt z.Zt. ein Trommelfeuer massiver Kritik nieder mit dem Ziel, folgenschwere Lockerungen durchzusetzen. Nach dem vorliegenden Novelisierungsvorschlag der Bundesregierung sind wesentliche Einschränkungen der Öffentlichkeitsbeteiligung und damit Transparenz geplant.

- Die öffentlichen Anhörungsverfahren bei der Genehmigung gentechnischer Anlagen zu gewerblichen Zwecken der Sicherheitsstufen in S 1 und S 2 werden aufgehoben. Da rund 75% aller gentechnischen Arbeiten in der S 1 und 20% in S 2 durchgeführt werden, käme der Fortfall einer Beendigung aller Anhörungsverfahren gleich.

Auch bei Änderungen gentechnischer Anlagen sind Anhörungsverfahren nicht mehr vorgesehen.

- Gentechnische Anlagen zu gewerblichen Zwecken der Sicherheitsstufe 1 werden nicht mehr genehmigungs-, sondern nur noch anmeldepflichtig.

- Bei Anmelde- und Genehmigungsverfahren der Sicherheitsstufen 1 und 2 sollen die Fristen von 3 auf 2 bzw. von 2 auf 1 Monat verkürzt werden. Die ZKBS braucht nicht mehr beteiligt werden, wenn die Vergleichbarkeit mit einer von der ZKBS bereits eingestufteten Arbeit gegeben ist.

- Als Inverkehrbringen von genetisch veränderten Organismen soll nicht mehr gelten, wenn der Abnehmerkreis individualisierbar ist. Z.B. der Austausch im Konzern, zwischen Forschungslaboren, die patentrechtliche Abgabe und die Überlassung für eine klinische Prüfung von Arzneimitteln wären kein "Inverkehrbringen".

- Ausdrücklich erlaubt wird die Anwendung von genetisch veränderten Mikroorganismen am Tier, ein Freifahrtsschein für weitere Tierversuche.

- Genehmigte Anträge sollen bei der zuständigen Behörde in einem öffentlich zugänglichen Register verzeichnet werden, allerdings nur für die Sicherheitsstufen 2-4. Eine Registrierung von Arbeiten in S 1 entfällt, das sind mindestens 75% aller gentechnischen Arbeiten.

Statt einer klaren Organismenliste sollen nur noch Kriterien für Organismen festgelegt werden, deren Ausbreitung bei einer Freisetzung zu begrenzen sind - eine nicht hinnehmbare Vergrößerung.

Angesichts der Tatsache, daß Unfälle weniger in Laboren, als vielmehr unter Freisetzungsbedingungen erfolgen, ist die geplante Rücknahme von Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz sehr problematisch. Es ist schwer nachvollziehbar, daß zwar bei Umweltgesetzen wie dem BImSchG und dem Abfallgesetz eine Anhörung beteiligter Kreise vor Erlaß einer Rechtsverordnung vorgesehen ist, nicht aber beim Gentechnikgesetz. Dadurch werden Mißtrauen und Widerstand geradezu geschürt. Es darf nicht sein, daß die zentrale Risikobewertung gentechnischer Arbeiten und die Bestimmung der Sicherheitsmaßnahmen ohne die Beteiligung potentiell Betroffener erfolgt.

Und es darf nicht sein, daß nicht einmal in der Novelle die gentechnologische Forschung zu militärischen Zwecken verboten wird. Die zeitige, ernsthafte und nachdenkliche Auseinandersetzung mit offenen Fragen und Befürchtungen ist unverzichtbar. Vorgänge nicht mehr steuern zu können oder neue irreversible Schäden an Mensch, Natur und Umwelt zu riskieren: eine Schreckensvision für uns alle. Vor möglichen Fehlentwicklungen schützen uns nicht Industrieinteresse und Forschungseifer, sondern nur die ständige Einbeziehung allen verfügbaren Sachverständigen unseres Landes, gepaart mit Transparenz, Glasnost, Offenlegung und Risikobewußtsein.

von Ulla Burchardt*

Nach Beschlußfassung des Deutschen Bundestages konstituierte sich vor gut einem Jahr, am 18. März 1992, die Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt - Bewertungskriterien und Perspektiven umweltverträglicher Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft". Ihre Gründung geht auf eine Initiative der SPD-Bundestagsfraktion zurück. Der Name der Kommission ist bereits Programm: 13 Bundestagsabgeordnete aller Parteien und 13 Sachverständige aus Wissenschaft, Verbänden und Industrie sollen die wissenschaftlichen Grundlagen und politischen Gestaltungsmöglichkeiten für eine ökologische Stoffwirtschaft aufbereiten. Sie erkunden Pfade und Leitbilder für eine zukunftssichere Entwicklung der Industriegesellschaft.

Sie untersuchen, mit welchen Instrumenten ein ökologischer Umbau der Volkswirtschaft gelingen kann.

Trampelpfade der stoffwirtschaftlichen Barbarei

Heute setzt die Menschheit mehr Masse in Bewegung als die Geologie. Zu den von Menschen verursachten Stoffströmen zählen u.a. gepflügte Erde, Erze, Ausbaggerungen, Trassenmaterial für Autobahnen oder Schnellbahnstrecken, die Herstellung und Verteilung zigtausender Chemikalien, vielfältigste Emissionen z.B. des Verkehrs und der industriellen Produktion. Nach überschlägigen Berechnungen werden von den Bewohnern der Industrieländer pro Kopf und Tag ca. 55 kg Material aus der Umwelt entnommen und in der Umwelt verteilt (Bossel, Umweltwissen, S.102). 80 Mio. Deutsche verbrauchen noch immer mehr Papier als 1,1 Milliarde Chinesen. In Nordrhein-Westfalen sind mehr Autos zugelassen als in ganz Afrika. Unsere Abfallberge sind nur die Spitze dieser gigantischen stoffwirtschaftlichen Barbarei.

Alle von Menschen verursachten Stoffströme, also die Bewegung, Umsetzung, Verarbeitung, Nutzung, Vermischung, "Entsorgung" von Stoffen, Materialien und Produkten, haben Auswirkungen auf Natur und Umwelt, also letztendlich wieder auf den Menschen selbst. Zunehmend wird in ihnen die Hauptursache für die fortschreitende Zerstörung der Ökosphäre gesehen (vgl. F. Schmidt-Bleek, Wuppertaler Papers 1/92) Ihre Wirkungen können global sein, wie die Abnahme der Ozonschicht, der zusätzliche Treibhauseffekt oder das Aussterben von Arten und die Verarmung des Genpools, oder sie können regional sein, wie das Waldsterben, der Sommer- und Wintersmog, die "Chemisie-

* Ulla Burchardt MdB, Dipl. Pädagogin, Dortmund



rung" der Umwelt und die Zunahme allergischer Erkrankungen.

Die jüngste Beinahe-Katastrophe bei Hoechst verdeutlicht erneut, daß die Entschärfung der zahlreichen chemischen Zeitbomben mittel- und langfristig nicht durch neue technische Sicherheitssysteme oder neue Verordnungen gelöst werden kann, da sie nur auf eine Gefahrenbegrenzung bereits bestehender Risikopotentiale zielen.

Die aktuelle Unfallkette bei Hoechst verlängert die lange Liste der Umweltskandale. Kurzfristig bestimmen sie die Schlagzeilen der Medien. Nach dem Motto "Gefahr erkannt, Gefahr gebannt" versuchen Vertreter der Industrie und der Bonner Regierungsparteien, der Bevölkerung wohlgebündete Ängste zu nehmen. Doch die Wirkung der öffentlich verabreichten Beruhigungspillen läßt nach. Die Diskussionen über einen jeweils aktuellen "Schadstoff des Monats" - über Pestizide, Dioxine, PVC, FCKW, Nitrat - verdeutlichen die Grenzen des herkömmlichen Umweltschutzes, der zu 90% Schadensbegrenzung betreibt:

1. Trotz eines dichten, und mittlerweile unüberschaubaren Regelwerkes hinkt die gegenwärtige Umweltpolitik den Problemen noch immer hinterher. Ihr Ansatz und ihre Instrumente werden dem Anspruch der umwelterhaltenden Zukunftsvorsorge nicht gerecht. So dient das traditionelle Ordnungsrecht der unmittelbaren Abwehr von Gefahren für Mensch und Umwelt. Nach seiner Logik kommt es zu reaktiven Eingriffen in den Fällen, in denen ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Herstellung, Verwendung oder Entsorgung eines Stoffes oder Produktes und der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nachgewiesen werden kann. Dies erfordert eindeutige Kausalketten zwischen Ursache und Wirkung. Bei ca. 100.000 Stoffen, die industriell hergestellt werden, ist eine direkte Ursache-Wirkungsbeziehung zwischen einem Stoff

und beispielsweise einer Krankheit nur in Ausnahmefällen zu erwarten. Zudem wirken chemische Stoffe oft kumulativ, sich wechselseitig verstärkend oder reichern sich langfristig an. 2. Zwischen 1971 und 1990 hat die bundesdeutsche Industrie 214 Milliarden DM für Luftreinhaltung, Gewässerschutz, Abfallbeseitigung und Lärminderung ausgegeben. Rund 80% der Umweltinvestitionen flossen zur Erfüllung umweltpolitischer Vorgaben in nachgeschaltete Reinigungstechnologien, in end-of-the-pipe oder Schornstein-Technologien.

Konnten durch prozeßtechnische Innovationen tatsächliche Erfolge, z.B. eine Verringerung des Rohstoff- und Energiebedarfs erzielt werden, so wurden diese z.B. in der Chemieindustrie durch eine Zunahme der Produktionsmengen und eine steigende Vielfalt der Produkte überkompensiert (Henseling, 287). Erste Erfolge der Schadstoffminimierung und Benzineinsparung bei der Fahrzeugentwicklung werden schon lange von der Zunahme des Autoverkehrs in den Schatten gestellt.

In unserer Industriegesellschaft wird der betriebswirtschaftliche Erfolg eines Unternehmens durch die Umwandlung möglichst großer Rohstoffmengen in vermarktete Produkte gesichert. Hoher Stoffdurchsatz gilt auch als Indikator für gesellschaftlichen Reichtum. Jedoch schlägt der Verbrauch natürlicher Güter wie z.B. Artenvielfalt, sauberes Wasser und atembare Luft in herkömmlichen volkswirtschaftlichen Bilanzen so gut wie nicht zu Buche. Wenn aber bislang "externe" Umweltkosten in die volkswirtschaftliche Bilanz einbezogen würden, dann müßten nach Schätzungen des Fraunhofer-Institutes für Systemtechnik und Innovationsforschung vom Okt. 1992 allein für die alten Bundesländer Kosten von jährlich 610 Mrd. DM veranschlagt werden. Das Sozialprodukt, das vermeintlich den Wohlstand anzeigt, würde von 2760 auf 2150 Milliarden DM sinken. Das entspricht dem Niveau des Jahres 1982.

Wohlstandsmodell auf dem Prüfstand

Diese kurzen Ausführungen verdeutlichen: Der Erhalt der Lebensgrundla-

gen und damit eine weitere Evolution der menschlichen Kultur kann nicht mit den klassischen umweltpolitischen Ansätzen und Instrumenten gelingen. Sie sind zu schwerfällig, nachsorgend und zu teuer. Das Vertrauen auf rein technische Lösungen und technologische Innovationen greift zu kurz. Sie können nicht isoliert von den sozio-ökonomischen Zusammenhängen gesehen werden.

Die Industriegesellschaft kann ihre Zukunftsfähigkeit nur gewinnen, wenn beim Umweltschutz Vorsorge an die Stelle von Nachsorge tritt. Hierzu muß die praktizierte Trennung von Wirtschafts- und Umweltpolitik mit noch immer divergierenden Zielsetzungen überwunden werden. Der Übergang zu einer sparsamen, sozial- und ressourcenverträglichen Wirtschaftsweise macht die Überprüfung und Veränderung unseres Wohlstands- und Technikmodell erforderlich. Darin liegt die herausfordernde Aufgabe des 21. Jahrhunderts. Trotz "Hoechst" und anderer alarmierender Fakten droht dies allerdings in den politischen Hintergrund zu rutschen.

Zum anerkannten Leitbild eines Zukunftsmodells ist das Prinzip der dauerhaften oder nachhaltigen Entwicklung (sustainable development) geworden, wie es die sogenannte Brundtland-Kommission 1987 in ihrem Bericht an die UN weltweit propagiert hat. Danach ist sie "als ein Prozeß tiefgreifender Veränderungen, in dem die Nutzung der Ressourcen, die Struktur der Investitionen, die Art des technischen Fortschritts und die institutionellen Strukturen in Einklang gebracht werden mit den zukünftigen und gegenwärtigen Bedürfnissen." Eine nachhaltige Entwicklung macht zum Ausgleich der genannten Ungleichgewichte die gegenseitige Anpassung natürlicher und von Menschen verursachter Stoffströme sowie ihre Einbettung in Wirtschaftskreisläufe erforderlich. Anthropogene Stoffströme dürfen die Regenerationsfähigkeit der Natur nicht gefährden. Gegenwärtig hat das Leitbild "Sustainable Development" eine noch mehr visionäre denn konkretisierte Bedeutung. Gerade deswegen eignet es sich als eine Zielorientierung für die Arbeit einer Enquete-Kommission, in der durch die heterogene Zusammensetzung zahlreiche Interessensunterschiede zusammenkommen. Über die Aufarbeitung na-

tur-, wirtschafts-, sozialwissenschaftlicher, technischer und nicht zuletzt politischer Fragestellungen und die Förderung des gemeinsamen Dialogs kann das Zukunftsmodell Konturen gewinnen. Die besondere Aufgabe der sozialdemokratischen Mitglieder in der Enquete-Kommission ist es, die ökologischen und ökonomischen Dimensionen eines sustainable developments mit der sozialen Dimension (u.a. die nationale und internationale Verteilung sozialer Risiken) und den Fragen der demokratischen Entwicklung (u.a. Partizipation an Entscheidungen) zu verknüpfen.

Denken in Stoffströmen lernen

Vorsorgender Schutz der Umwelt muß an der Quelle der Stoffströme, in der Produktion, bei der Entwicklung und Auswahl von Stoffen, der Gestaltung von Produkten, ansetzen. Eine gegenseitige Anpassung von anthropogenen und natürlichem Stoffströmen kann nur gelingen, wenn umfassende Kenntnisse über Stoffströme in betrieblichem, regionalem, nationalem und globalem Kontext vorhanden sind. Noch ist dies Zukunftsmusik. Zunächst muß heute das Denken in Stoffströmen gelernt werden.

Als der Bundestag die Einsetzung und die Aufgaben der Enquete-Kommission beschloß, war klar, daß sie politisches Neuland betreten wird:

Sie hat eine Bestandsaufnahme der wichtigsten Problemkreise der industriellen Stoffwirtschaft vorzunehmen. Sie soll Stoffflüsse, Verfahren und Produkte als Quellen der Umwelt- und Gesundheitsbelastungen in Augenschein nehmen. Sie soll mögliche Kontroll- und Planungsinstrumente eines vorsorgenden Umweltschutzes (z.B. Ökobilanzen) überprüfen, Bewertungskriterien entwickeln, die das Bilanzieren der Wirkung von Stoffen und die Durchführung vergleichender Bilanzen ermöglicht.

Dem Ziel einer "nachhaltigen" Entwicklung dient die Kontrolle und Steuerung der Stoffströme. Die Kommission soll die Möglichkeiten eines ökologischen Stoffstrommanagements überprüfen, Leitbilder einer nachhaltigen Stoffwirtschaft konturieren und gesellschaftlich gangbare Wege zu ihrer Verwirklichung beschreiben.

Bislang existieren noch sehr unterschiedliche Vorstellungen von der Erfassung und Beschreibung von Stoffströmen und der Durchführung von Ökobilanzen bzw. Produktlinienanalysen als möglichen Instrumenten der vorsorgenden Stoff- und Produktbewertung. Die Kommission einigte sich, anhand ausgewählter Stoffe exemplarisch Stoffstrombetrachtungen durchzuführen. Mit Beispielen arbeitet sie auch bei der Entwicklung und Bewertung von Stoffstromanalysen. Ausgehend von den menschlichen Bedürfnissen nach Kleidung und Mobilität werden die Stoffströme, die zur Bedürfnisbefriedigung aktiviert werden, in ihren Verzweigungen nachgezeichnet und nach ökologischen Kriterien untersucht.

Die Untersuchung des Instrumentariums Ökobilanz und seine beispielhafte Erstellung durchzieht wie ein roter Faden die bisherige Arbeit der Kommission. Ökobilanzen sollen die Umweltauswirkungen von Stoffen, Produkten oder Verfahren "von der Wiege bis zur Bahre" möglichst objektiv erfassen, transparent aufbereiten sowie eine nachvollziehbare Bewertung ermöglichen. Gesellschaftliche Komponenten und ihre Bewertung (Fragen nach dem Nutzen eines Produktes, der sozialen und ökonomischen Folgen) erweitern eine Ökobilanz zur Produktlinienanalyse. Noch gibt es kein allgemein anerkanntes Standardverfahren zur Erstellung von Ökobilanzen, selbst die Begrifflichkeit wird noch sehr willkürlich verwendet.

Damit einzelne Unternehmen, die die Ökobilanzen bereits als Marketing-Instrumentarium entdeckt haben, keinen Mißbrauch mit dem Vorgaukeln von Umweltfreundlichkeit betreiben können und so ein hoffnungsvolles umwelt- und produktpolitisches Instrument entwerfen, ist zielgerichtetes, sorgsames und schnelles Handeln in dieser Frage notwendig: Bereits im September hatte die Enquete-Kommission deshalb eine öffentliche Anhörung zur Sachstandsklärung und zur Aufdeckung methodischer Mängel durchgeführt. Über die Grundstruktur für eine Ökobilanz herrscht, gestützt auf Arbeiten des Umweltbundesamtes, unter den Fachleuten mittlerweile Einvernehmen:

Ein unter Leitung des UBA stehender Ausschuß am DIN arbeitet gegenwärtig an der Festlegung von Mindestanforderungen an Ökobilanzen. Gleich-

wohl gibt es noch immer großen Handlungs- und Forschungsbedarf zur Weiterentwicklung des Instrumentes, so müssen beispielsweise Fragen des Datenzugangs rechtlich geregelt und zur Festlegung von Abschneidekriterien (was beziehe ich in die Bilanz ein, wo und warum ziehe ich eine Grenze) beantwortet werden.

Aus Sicht der SPD-Gruppe in der Enquete-Kommission sind weiterhin erforderlich:

1. Die Festlegung eines Kodex, wie die Ergebnisse von Ökobilanzen in der Werbung/Produktinformation sachgerecht eingesetzt werden können. Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Daten ist sicherzustellen.

2. Die Erarbeitung von Standardmodellen und Entwicklung von einzelnen Bausteinen für Ökobilanzen, z.B. zu bestimmten Stoffen und Produktbestandteilen, die eine Verwendung in unterschiedlichen Bilanzen ermöglichen.

3. Eine starke Berücksichtigung des Naturschutzes, insbesondere der ökotoxikologischer Wirkungen, was weitere Forschungsanstrengungen erforderlich macht.

4. Die Einrichtung einer "Stiftung Produktlinienanalyse" zur Weiterentwicklung der Ökobilanzen um soziale und volkswirtschaftliche Fragen.

Vom Einzelstoff zum Stoffstrom

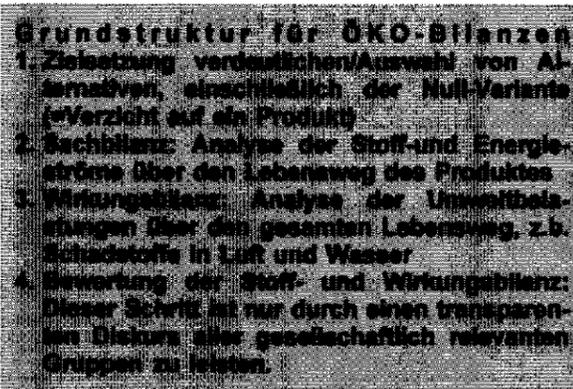
Die Betrachtung von Einzelstoffen ist angesichts der Vielfalt der industriellen Produktion und unseres heutigen Wissensstandes eine praktikable Möglichkeit, Grundsätzliches über das Funktionieren von Stoffströmen zu lernen.

Als Einzelstoffe wurden das hochgiftige Schwermetall Cadmium, der wichtige Grundstoff Benzol und der FCKW-Ersatzstoff R134 ausgewählt.

- Cadmium ist eines der weitverbreitetsten und giftigsten Schwermetalle. Es belastet Boden, Wasser und Luft und reichert sich in Lebewesen an. Seit Beginn unseres Jahrhunderts hat sich die Cadmiumbelastung in menschlichen Nieren fast verfünffacht. An dem Schwermetall werden u.a. typische Probleme der Anreicherung in der Nahrungskette und der Rohstoffge-

winnung und -verarbeitung deutlich. Cadmium fällt bei der Gewinnung von Metallen, vor allem bei der Zinkgewinnung an. Hier sollte es auch möglichst gleich abgetrennt und postwendend in tiefere Erdschichten zurückbefördert werden.

In der Kommission wurden zwar keine Einzelheiten diskutiert, wie die Verwendung von Cadmium schnell und drastisch verringert werden kann bis die grundsätzliche Vermeidung an der Quelle Wirklichkeit geworden ist. Doch ein Verzicht auf die Verwendung in Farben und Kunststoffen ist naheliegend, um eine weitere Verbreitung in der Umwelt zu verhindern. Die Aufnahme über Düngemittel kann



durch Grenzwerte minimiert werden. - Benzol ist ein Bestandteil des Benzins und zugleich ein wichtiger Grundstoff in der chemischen Industrie. Es ist giftig und krebserregend. Jährlich werden durch den Kraftfahrzeugverkehr in den alten Bundesländern 41.200 Tonnen Benzol in die Luft freigesetzt. Auch eine flächendeckende Einführung des Katalysators kann die Freisetzung nicht grundsätzlich verhindern. Ökologisch am sinnvollsten ist die Senkung des Benzolanteils am Benzin auf unter 1% (heute 2,2%), was technisch machbar ist. Der so gewonnene Anteil könnte an die chemische Industrie zur weiteren Verwertung gehen. Was auf den ersten Blick ökonomisch sinnvoll erscheint, bedarf jedoch weiterer Untersuchungen, da die Freisetzung von Benzol aus Produkten, z.B. in Innenräumen aus Klebern, Farben und Möbeln, möglich ist.

- Bei einer Anhörung über den FCKW-Ersatzstoff R 134a zeigte sich, daß auch ein Ersatzstoff nicht problemlos ist: R 134a ist zwar kein Ozon-Killer,

dafür aber ein hochwirksames Treibhausgas, also ein Klima-Schocker. Dieser Stoff sollte höchstens als Übergangstechnologie akzeptiert werden, zumal es heute schon Ersatz für den Ersatzstoff gibt. Als Kühlmittel ist die sogenannte "wilde" Dortmund-Mischung aus Propan und Butan einsatzreif, wie es der Öko-Kühlschrank von dkk-Scharfenstein/Foron beweist. Er ist seit März im Handel. Mittlerweile hat auch bei anderen Kühlgeräte-Herstellern ein Umdenken begonnen, möglicherweise auch bei der Chemieindustrie.

Über die drei Einzelstoffe hinaus untersucht die Kommission sogenannte Bedürfnisfelder nach ökologischen Kriterien. Hierbei wird nicht ein einzelner Stoff oder eine bestimmte Stoffgruppe betrachtet, vielmehr prüft die Kommission die Anwendung von Stoffstromanalysen u.a. am komplexen Bedürfnisfeld Textilien.

Das Bedürfnisfeld Textilien wurde ausgewählt, weil Kleidungsstücke Produkte sind, die jeder braucht. Es geht uns alle hautnah an: Der pro Kopf-Verbrauch an Kleidung beträgt pro Jahr rund 11 kg, durchschnittlich gibt jeder Bundesbürger 7% seines Nettoeinkommens dafür aus. Die Forderung nach umwelt- und gesundheitsverträglichen Fertigungsverfahren und Produkten hat mittlerweile auch die Textilbranche erfaßt. Verbraucherberatungsstellen, Frauen- und Fernschreiftschriften machen zurecht auf Gefahren für Mensch und Umwelt aufmerksam, selbst die uns allen so lieb gewordene Jeans wurde als Umweltbelastung identifiziert.

Durch Vorstudien wissen wir, daß in der Bundesrepublik ca. 200.000t Textilhilfsmittel und Chemikalien jährlich eingesetzt werden, davon verbleiben bis zu 30% im veredelten Produkt, über 50% finden sich im Abwasser wieder. Über die nahezu 8000 eingesetzten Substanzen und Rezepturen gibt es wenig Informationen, ihre Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen sind weitgehend unbekannt. Gleichzeitig ist die Textilindustrie mit 40Mrd.DM Jahresumsatz und rd. 200.000 Beschäftigten ein nennenswerter Wirtschaftsfaktor, zumal er sich auf wenige Standorte konzen-

triert. Insgesamt steht die Branche vor tiefgreifenden strukturellen Veränderungen, bedingt durch internationalen Wettbewerbsdruck, zunehmende Verfahrens- und Produktvielfalt sowie steigende Umwelanforderungen.

Die Enquete-Kommission versucht, die Stoffströme der Natur- und Chemiefasern von der Rohstoffgewinnung über die Faser- und Garnherstellung, die Gewebherstellung, Textilveredelung, Konfektionierung, Transport, Handel, Gebrauch incl.Reinigung bis zur Entsorgung zu erfassen. Diese textile Kette soll ökologisch und ökonomisch untersucht, die gesetzlichen Rahmenbedingungen sollen abgeklöpft werden.

Selbstgestecktes Ziel der Kommission ist es, an diesem Beispiel Probleme in der Vernetzung von Ökonomie und Ökologie sowie den sozialen Folgeerscheinungen zu identifizieren und Kriterien zu finden, wo und mit welchen Instrumenten Stoffströme ökologisch optimiert werden können.

Die Erfahrungen aus den Einzelstoffbetrachtungen, den Stoffstromanalysen und der Untersuchung möglicher Instrumente eines Stoffstrommanagements sollen in einem weiteren Arbeitsschritt gebündelt und weiterentwickelt werden: Die Enquete-Kommission wird die Stoffströme der Chlorchemie systematisch analysieren. Zunächst soll ausgehend von einigen Stoffen beispielhaft der Ressourcenverbrauch, die Exposition, die Wirkung, die Entsorgung und der Verbleib verschiedener Produkte der Chlorchemie untersucht werden.

In der Geschichte der Chemie entstand Chlor als ein Abfallprodukt bzw. Kuppelprodukt bei der Herstellung von Natronlauge. Heute ist es ein wichtiger Reaktionspartner in der organischen Chemie, der sowohl als Reaktionsvermittler bei der Herstellung chlorfreier Produkte als auch zur Herstellung organischer Chlorverbindungen dient. Darunter sind auch solche Stoffe, welche die Natur nicht kennt, die teilweise nicht durch Mikroorganismen geknackt werden können, die "evolutions-unerprobt" sind. Es geht um organische Stoffe, in denen Wasserstoffatome durch Chlor ersetzt werden. Dazu zählen die FCKW, Dioxine und Furane als hoch gefährliche Nebenprodukte sowie bekannte Massenprodukte wie PVC. Schon diese kurze Aufzählung liest sich wie das "Who-

is-who der chemischen Umwelt-Killer".

Leitlinien der ökologischer Stoffwirtschaft

Nach Angaben der Industrie ist die Chlorchemie mit insgesamt rund 60% der organisch-chemischen Produktion in Deutschland verknüpft. Bereits der Sachverständigenrat für Umweltfragen hatte in seinem Sondergutachten zur Abfallwirtschaft einen Ausstieg aus der risikoreichen Chlorchemie empfohlen. Bei der Suche nach zukunftsverträglichen Entwicklungslinien für die chemische Industrie steht sie verständlicherweise im besonderen Interesse der Enquete-Kommission. Die Chemie-Industrie steht jedoch nicht auf der Anklagebank, wie es z.T. fälschlicherweise mit der Einsetzung der Enquete-Kommission kolportiert wurde. Deshalb wird die Enquete-Kommission auch beim Reizthema Chlorchemie nicht die auf Dialog basierende Arbeitsform verändern. Sie setzt auf eine kooperative Orientierung im notwendigen ökologisch-sozialen Strukturwandel.

Die SPD hat mit ihrem Drängen nach Einsetzung der Enquete-Kommission ein neues Kapitel der umweltpolitischen Diskussion aufgeschlagen. Gleichzeitig wurden frühe Ansätze sozialdemokratischer Chemiepolitik aus der Mitte der 80ziger Jahre weiterverfolgt.

Als Anforderungen an eine ökologische Stoffpolitik gelten vier Leitlinien, die zuerst vom BUND diskutiert wurden:

1. Minimierungsgebot: Die Übernutzung der Ressourcen und die Anreicherung von Schadstoffen in den Ökosystemen zwingen zu einer drastischen Verringerung des Stoffumsatzes und der Stoffvielfalt.

2. Recyclinggebot: Sofern Chemikalien in geschlossenen oder zumindest gut kontrollierbaren teiloffenen Systemen mit Rückführmechanismen eingeführt werden, haben sie deutlich geringere Risiken als bei einer umweltoffenen Anwendung. Daher muß nach Möglichkeit der Grundsatz geschlossener Systeme für eine umweltverträgliche Stoffwirtschaft auf allen Ebenen - von der Produktion bis zur

Entsorgung - durchgesetzt werden. 3. Grundsatz des ökologischen Design: Chemikalien sollen nach dem Grundsatz des ökologischen Design prinzipiell so konzipiert sein, daß sie störungsfrei in die natürlichen (biogeochemischen) Stoffkreisläufe eingebunden werden können. Dieser Grundsatz ist insbesondere bei solchen Stoffen zu beachten, die bei ihrem Einsatz offen in die Umwelt eingebracht werden.

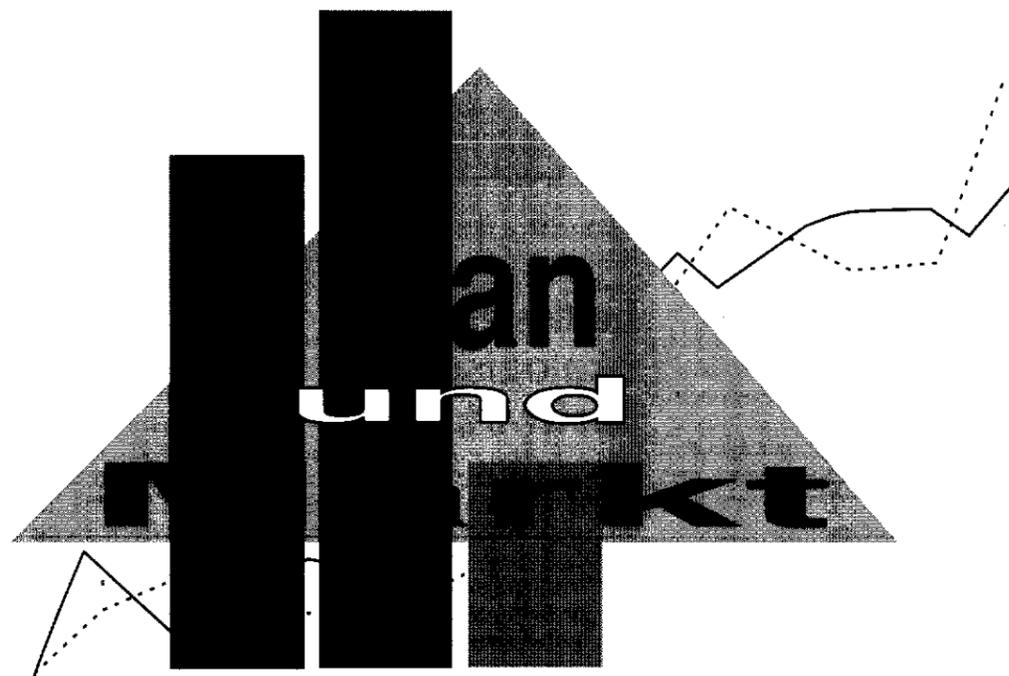
4. Offener Diskurs: Industrie, Behörden, Politik wie auch die Wissenschaft müssen sich einem breiten gesellschaftlichen Diskurs öffnen. Die Bewertung von Chancen und Risiken der Stoffströme und von Produkten muß demokratisiert werden, d.h., hierbei müssen insbesondere die Interessen des Umwelt- und Verbraucherschutzes sehr viel stärker einfließen.

Die Leitlinien ordnen sich ein in das sozialdemokratische Konzept für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft. Aus stoffpolitischer Sicht und den ersten Erfahrungen aus der Kommissionsarbeit muß dieses Konzept eine Modernisierung des umweltbezogenen Ordnungsrechtes, eine Gesamtkonzeption zur Stoffflußstabilisierung und -steuerung, ökonomische Instrumente zwecks Internalisierung externer Effekte sowie die breite Einführung und gesetzliche Verankerung von Produktlinienanalysen als Kernelemente einer vorausschauenden Produktpolitik beinhalten.

Der ökologische Umbau erfordert nicht nur eine andere Politik, sondern auch eine andere Forschung und Technikentwicklung, um das wissenschaftliche Potential zur Lösung der Umweltkrisen ausschöpfen zu können. Die soziale und ökologische Zukunftsfähigkeit gesellschaftlicher und technologischer Entwicklungen müssen zum Schwerpunkt der staatlichen Forschungsförderung werden. Hohe Fehlerfreundlichkeit, die Erprobung von Stoffen durch die Evolution, sozial-ökonomische Nützlichkeit oder geringe Eingriffstiefe in die Natur können erste Anhaltspunkte für Kriterien einer Zukunftsforschung sein, deren Konzept ebenfalls zu erarbeiten ist.

Literatur

Bossel, Hartmut, Umweltwissen, Berlin u.a. 1990
Henseling, Karl-Otto, Ein Planet wird vergiftet, Reinbek 1992
Schmidt-Bleek, Friedrich, Ein universelles Maß, Wuppertaler Papers 1/92
Held, Martin, Leitbilder der Chemiepolitik, Frankfurt a.M./New York 1991



Über die Grenzen der Selbststeuerungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems und die Notwendigkeit gesellschaftlicher Planung

von Ralph Graf*

Planung, genauer: gesellschaftliche Planung, ist spätestens seit dem Scheitern und dem Zusammenbruch des befehlsadministrativen Staatssozialismus in Osteuropa in Ost und West diskreditiert. Der faktische Siegeszug der kapitalistischen Marktwirtschaft wird geschmückt mit der ideologischen Krönung des Marktes zum unbestechlichen, objektiven Lenkungsmechanismus wirtschaftlicher Prozesse und Allheilmittel für verschiedenste Problemlagen. Die Argumentation wider jegliche gesellschaftliche Planungsambition läuft darauf hinaus, die Verantwortung für die betriebs- und volkswirtschaftliche Entwicklung den ökonomischen Basiseinheiten (Unternehmen, Haushalte) selbst zu überlassen. Die Vermittlung bzw. Koordination der ökonomischen Aktivitäten der autonomen und selbstverantwortlichen Mikroakteure besorgt dann - anstelle einer Planungsbehörde - der Markt, d.h. der Preis, der beim Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage entsteht. Die freie Preisbewegung übernimmt dabei die Bewertungs-, Informations-, Lenkungs-, Koordinierungs- und Anreizfunktion, die ansonsten eine (mehr oder minder) zentrale staatliche Planungsinstanz auszufüllen hätte (Siebert 1989).

Dieses dezentrale, auf der Autonomie der Mikroakteure basierende Ordnungs-

modell der neoliberalen Theorie, hebt mit der Informationsfunktion des Preises gleichsam die *Gewinnorientierung* und die *Konkurrenz* auf den Schild: Die möglichst ungehinderte Konkurrenz gilt als wesentliche Funktionsvoraussetzung für die wohlstandssteigernden Effekte der Marktwirtschaft (Hübl et al. 1988; Siebert 1989). Also nicht allein das (unreglementierte) Gewinnstreben der Marktteilnehmer sorgt für eine dynamische Entwicklung; nicht minder bedeutsam ist die Knute der Konkurrenz, die dem angeblich von Natur aus nutzenmaximierenden bzw. nach Gewinn strebenden Individuum das entsprechende egoistische Verhalten und rechenhafte Kalkül schon einbläut, und wundersamerweise auch dafür sorgen soll, daß die wirtschaftliche Entwicklung den Pfaden eines (fiktiven) Gleichgewichts folgt. Dem Staat obliegt in diesem Modell nur die Aufgabe, die allgemeinen Produktions- und Eigentumsbedingungen zu garantieren.

Nun wissen natürlich auch die Theoretiker der Marktwirtschaft, daß dieses ökonomische Modell der vollständigen Konkurrenz der ökonomischen Realität nicht entspricht. In den formalen Modellen der "bürgerlichen" Ökonomie wird denn auch deutlich, daß Preisbildungsprozesse unter eingeschränkten (oligopolistischen) oder gar fehlenden (monopolistischen) Konkurrenzbedingungen eindeutig gesamtwirtschaftliche Nachteile mit sich bringen und daher uner-

wünscht sind. Aber auch nur eingeschränkt funktionierende Märkte würden gegenüber planwirtschaftlichen Bedingungen immer noch eine flexiblere und dynamischere Entwicklung begründen, da die ökonomischen Subsysteme wesentlich schneller als eine zentrale Planungsinstanz auf geänderte Datenkonstellationen reagieren könnten und sich zudem durch größere Problemnähe auszeichnen (Siebert 1989, 161 f.).

Die Betriebe verstecken ihre Reserven

Auch die Reformökonomien des "Prager Frühlings" haben vor allem zwei große Nachteile einer zentralen staatlichen Koordinierung wirtschaftlicher Aktivitäten ausgemacht. "Der eine betrifft die Informationskapazität einer Planzentrale, die einfach überfordert ist, wenn ein Plan bedarfsgerecht und unter Wirtschaftlichkeitskriterien im voraus für eine längere Zeitspanne, für ein Jahr, für fünf Jahre, festgelegt werden soll. Jede moderne Volkswirtschaft muß ja heute für ihre alltäglichen Entscheidungsprozesse nicht nur millionen Informationen bewältigen, sondern es kommt

noch hinzu, daß die Prozesse selber, die Sachverhalte und die Rahmenbedingungen sich permanent ändern." (Kosta 1990, 718 f.).

Der zweite wesentliche Nachteil einer zentralen Planwirtschaft betrifft die Entscheidungsstrukturen und Motivationen der Menschen. "Wenn in die Betriebe von oben, von der Planzentrale, von den übrigen Behörden und den Parteiorganen ständig Befehle ausgegeben werden, die erfüllt werden sollen, im Betrieb selber wieder diese Pläne aufgeschlüsselt werden nach einzelnen Abteilungen und Gruppen, ja bis hin zum letzten Arbeiter, dann fehlt es an Motivationen. Es gibt keine Eigenentscheidungen, es gibt keine Entscheidungsspielräume. ... Es entsteht ein eigenartiges Zusammenspiel von Informationen und Interessen in der Planwirtschaft: der Betrieb ist eigentlich nur allein in der Lage, über seine Produktionskapazitäten und -möglichkeiten Informationen zu liefern. Die Planzentrale und die übrigen übergeordneten Behörden sind darauf angewiesen. Da der Betrieb das weiß, deckt er einfach seine Reserven nicht auf, und es gibt dann viele Ineffizienzen, die durch diesen ökonomischen Mechanismus verursacht werden." (ebenda, 719).

Und Jiri Kosta resümiert: "Die Väter des klassischen Marxismus, allen voran Engels, haben die Planbarkeit gesamtwirtschaftlicher Prozesse weit überschätzt. Genau das Gegenteil hat sich als wahr herausgestellt. Das ökonomische Scheitern der Planwirtschaft ist eigentlich schon vom System her vorausprogrammiert, weil man den Bedarf nicht richtig antizipieren kann in seinen Feinstrukturen. Durch das Verhalten der Betriebe, ihre Reserven nicht aufzudecken, wird schon ex ante eine Verschwendung von Ressourcen eingeplant. Es lohnt sich auch nicht, Neuerungen einzuführen, wenn Planerfüllung das wichtigste Kriterium ist." (ebenda, 719 f.) (1).

Ich glaube, wir können festhalten: Je höher der Grad der Differenzierung und Arbeitsteilung einer Gesellschaft, desto unwahrscheinlicher die Möglichkeit einer (effizienten) zentralen Planung ökonomischer und (damit) gesellschaftlicher Prozesse. Das Programm einer direkten, zentralen Planung und Koordination der ökonomischen Reproduktion impliziert das naive Bild einer hierarchisch gegliederten Gesellschaft mit einem politischen Steuerungszentrum an der Spitze. Solcherart Vorstellungen werden der Komplexität, Funktionswei-

se und den eigensinnigen Strukturen entwickelter Gesellschaften nicht gerecht. In modernen kapitalistischen Gesellschaften ist sowohl die *Steuerungsfähigkeit* des politischen Systems als auch die *Steuerbarkeit* ökonomischer (gesellschaftlicher) Prozesse nicht ohne weiteres zu unterstellen bzw. höchst voraussetzungsvoll (Scharpf 1989). An Marktmechanismen, also an dezentralen Vermittlungsformen zwischen der Vielzahl der Produzenten und zwischen Produzenten und Konsumenten, führt daher - so scheint es - kein Weg vorbei (2). Doch dies heißt keineswegs, in den Chor der Apologeten der Marktwirtschaft einzustimmen, die in der Freisetzung der Marktkräfte das aufgelöste Rätsel der Weltgeschichte erblicken; zu gewichtig sind die Unzulänglichkeiten und Mängel selbst bei einer funktionierenden Marktsteuerung (Hübl et al. 1988, 143 ff.):

- * Der Markt kann die Versorgung der Gesellschaft mit *öffentlichen Gütern* nicht bzw. nur unzureichend gewährleisten. Öffentliche Güter, für die das Ausschlußprinzip i.d.R. nicht greift, können privat nicht bzw. nur sehr eingeschränkt angeboten werden.
- * All diejenigen, die - aus welchen Gründen auch immer - kein oder nur ein geringes Einkommen am Markt erzielen können, die also nicht oder nur sehr *eingeschränkt marktfähig* sind (Alte, Kranke, Behinderte etc.), wären - folgte man nur der Marktlogik - nicht existenzfähig.
- * Der Marktmechanismus führt zu *Konzentrations- und Vermachtungsprozessen* und damit zur Einschränkung des Wettbewerbs. In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die exponierte Rolle der transnationalen Konzerne hinzuweisen. Diese Machtzusammenballungen dominieren nicht nur den Welthandel, sie entziehen sich auch weitgehend nationalstaatlicher Kontrolle.
- * Die in den Marktpreisen enthaltenen Kostpreise spiegeln i.d.R. nicht die gesamten Kosten, d.h. die gesellschaftlichen Folgekosten von Produktion und Konsumtion wider. Die marktgesteuerte Produktion wälzt aufgrund des ihr immanenten, konkurrenzvermittelten Zwangs zur (privaten) Kostenminimierung bzw. Profitmaximierung systematisch Kosten auf Dritte, die "natürliche" Umwelt oder zukünftige Generationen ab. Diese in der "bürgerlichen" Ökonomie durchaus bekannte und als *ex-*

terne *Kosten/Effekte* bezeichnete Problematik führt - wie es beschönigend heißt - zu Fehlallokationen.

- * Auch die obszöne *Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung* ist zwangsläufiges Resultat der Wirkungsweise des Marktmechanismus.

Schon diese knappen Hinweise auf die offenkundigen Unzulänglichkeiten eines (wohlgeordnet: funktionierenden) marktwirtschaftlichen Systems machen deutlich, wie absurd es wäre, in der Freisetzung der Marktkräfte eine emanzipatorische politische Option bzw. eine höhere Stufe gesellschaftlicher Selbststeuerung zu sehen.



Doch die Kritik kann und muß noch grundsätzlicher formuliert werden. Der Markt ist keineswegs bloß ein mit *mehr* oder minder großen Mängeln *behafteter* objektiver Koordinierungs- und *Allokationsmechanismus*, sondern er bestimmt *Form und Inhalt* des ökonomischen Prozesses. Die "Herrschaft des Tauschwertes" läßt Gebrauchswerte wie Subjekte zum bloßen Mittel der Kapitalakkumulation verkümmern. Die Kritik, daß die formale Marktrationalität lediglich eine Teilrationalität generiert, ist - bleibt man dabei stehen - oberflächlich. "Der Markt als formal rationales Steuerungssystem exekutiert Herrschaft." Diese "ist weder personal noch willkürlich, sie ist unpersönlich und trägt die Tarnkappe des ökonomischen Sachzwangs" (Altvater 1986, 98). Der Markt ist also nicht interessenneutral, "sondern interessengebunden, definiert mit dem Rentabilitäts- und Zinskalkül auch das Ziel des Wirtschaftens" (ebenda). Krisen, Vergeudung und Vernichtung von Ressourcen und Produktivkräften sind der (kapitalistischen) Marktwirtschaft immanent, also keineswegs nur den ehemaligen Planwirtschaften des Ostblocks vorbehalten. Die vielbeschworene Rationalität der mikroökonomischen Kalküle und Entscheidungen bedingt dabei die Irrationalität des Ganzen. Diese zeigt sich eben nicht nur in den zyklischen und strukturellen Krisen, sondern - mehr noch - in der ungeheuren

Energie- und Rohstoffverschwendung in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Den durchaus vorhandenen "Grenzen des Wachstums" steht die Grenzenlosigkeit der Verwertung des Werts gegenüber, die in einer unreglementierten Marktwirtschaft vollends die ihr eigene Rücksichtslosigkeit gegenüber Mensch und Natur entfaltet. Nicht minder bedenklich muß stimmen, daß der Zukunftshorizont des Marktes äußerst begrenzt ist. Er reicht kaum weiter als der Verwertungszeitraum des Kapitals. Optionen, die gegenwärtig nicht oder kaum rentabel sind, werden daher nicht verfolgt und gar blockiert (z.B. im Energie- und Verkehrssektor). "Der Markt ist ein gefährlicher Mechanismus der Verdrängung von Schädigungen in eine Zukunft, die jenseits des Horizonts von Rentabilitätskalkülen liegt und daher nicht interessiert" (Altwater 1986, 101). Man vergleiche nur die Halbwertszeiten des atomaren Mülls mit den Abschreibungszeiträumen von Kapitalgütern, und die völlige Unzulänglichkeit des Plan- und Zeithorizonts von Marktprozessen springt ins Auge.

"Der Markt" und viele Marktwirtschaften

Die Konsequenz, die aus dieser doch sehr weitgehenden Kritik des marktwirtschaftlichen Systems und seiner immanenten Logik zu ziehen ist, kann sicherlich nicht das Postulat der Abschaffung von Marktmechanismen sein (3). Der Markt ist eben auch ein *Koordinierungs- und Allokationsmechanismus*, der um so unverzichtbarer wird, je höher der erreichte gesellschaftliche Differenzierungs- und Komplexitätsgrad ist. Wohl aber kann und muß der Marktautomatismus gebremst, gedeckelt und kanalisiert werden. *Wie* das geschehen kann, *wer* das leisten soll und kann und vor allem, *ob* diese Perspektive für die Bewältigung der zahlreichen Probleme, die nicht zuletzt gerade der Verallgemeinerung und Forcierung der Marktdynamik zu verdanken sind, hinreichend ist, ist in erster Linie eine *praktische Frage*, die nicht nur auf komplexe ökonomische Zusammenhänge, sondern eben auch auf

strukturelle Macht- und politische Kräfteverhältnisse verweist. Hervorzuheben ist, daß "der Markt" und "die Marktwirtschaft" lediglich abstrakte Fiktionen sind, "denn es gibt sie nur in den mannigfaltigsten Formen" (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1990, 147). Die breite und bunte Palette der Marktwirtschaften bzw. Kapitalismen umfaßt denn auch so unterschiedliche Formen wie den autoritär-repressiv verfaßten Kapitalismus Südkoreas, den demokratisch-sozialstaatlich verkümmerten US-Kapitalismus und den (in jüngster Zeit allerdings kräftig Federn lassenden) schwedischen Wohlfahrtsstaat. Und auch "der real existierende Kapitalismus der Bundesrepublik ist keine 'reine' Marktwirtschaft auf privatwirtschaftlicher Grundlage, sondern ein System einer gemischten Wirtschaft mit starkem direktem und indirektem Staatseinfluß. Rund ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet im öffentlichen oder halböffentlichen Sektor. Über die Staatseinnahmen und -ausgaben, über eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen hat sich ein breites Geflecht von Regulierungen herausgebildet, die zum Teil private Gewinninteressen direkt oder indirekt sozialstaatlich begrenzen" (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1990, 147).

Die sozialen, politischen und auch kulturellen Errungenschaften in der BRD können also mitnichten "dem Markt" zugeschrieben werden, sondern allenfalls einer spezifischen Ausgestaltung desselben innerhalb eines *politisch umkämpften* regulierenden politisch-institutionellen Netzwerkes und auf der Grundlage spezifischer sozio-kultureller Traditionen und Verhältnisse. Die unzulängliche Selbststeuerungsfähigkeit des "marktwirtschaftlichen Systems" macht(e) politische Steuerungsleistungen nicht nur zu einem systemstabilisierenden Erfordernis, sondern zugleich zum entscheidenden Argument für die Notwendigkeit einer sozialen und ökologischen Reformpolitik. Deren Kernproblem ist dabei, daß in den entwickelten und miteinander verflochtenen kapitalistischen Gesellschaften die Zentren wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen derart verteilt und funktional so differenziert sind, daß politische Steuerungsleistungen höchst voraussetzungsvoll sind. Der hohe Vergesellschaftungsgrad und die komplexen Problemlagen erfordern daher differenzierte politisch-institutionelle Regulie-

rungen. Grundsätzlich stehen dafür drei gesellschaftliche Steuerungsmedien (bzw. Vergesellschaftungsformen) zur Verfügung, deren Neugewichtung und intelligente Kombination Quintessenz einer emanzipatorischen Reformpolitik ist: Geld (Markt), Macht (Recht) und Solidarität ("sozialintegrative Gewalt der Solidarität") (vgl. Habermas 1990). Eine solidarische, demokratische und ökologische Zukunftssicherung muß bestrebt sein, den Markt, als der im Kapitalismus zentralen und dominanten Steuerungs- und Vergesellschaftungsform, in seiner Wirkungsweise zu modifizieren (darauf liefe eine ökologische Preisreform hinaus) und in bestimmten Bereichen in seiner Bedeutung einzugrenzen und weitestgehend zurückzudrängen (zu nennen wäre vor allem der Arbeitsmarkt). Generell haben demokratisch-politische Regulierungen und informelle, lebensweltliche Vergesellschaftungsformen in den Vordergrund zu treten. Diese Andeutungen einer gesellschaftspolitischen Alternative zum gegenwärtigen Kapitalismus sollen abschließend skizziert werden.

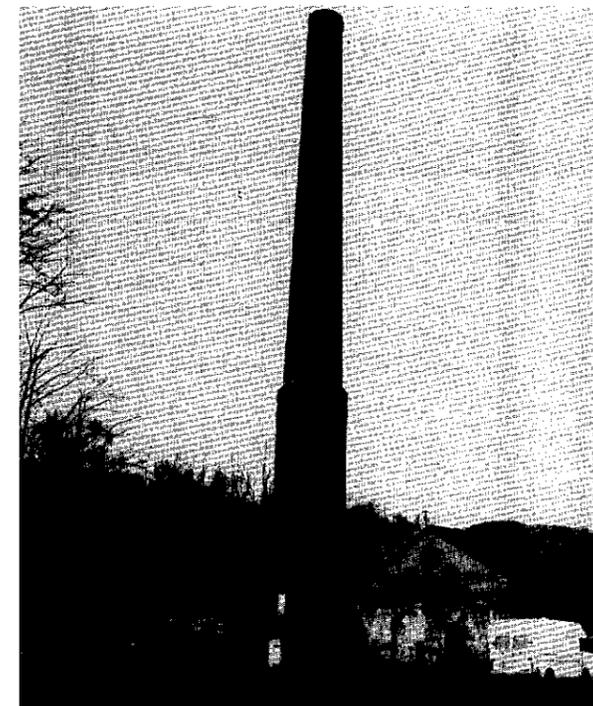
Öko-Steuern

In der umweltpolitischen Diskussion wird nahezu übereinstimmend kritisiert, daß umweltschädigendes Verhalten bisher nicht bzw. nicht ausreichend mit entsprechenden Kosten belastet wird. Die auch bei Einhaltung der Grenzwerte und umweltrechtlichen Auflagen stattfindende Belastung und Zerstörung von Luft, Wasser, Boden und Menschen erfolgt weitgehend zum Nulltarif. Vorgeschlagen wird daher schon seit längerem die *Internalisierung der externen Kosten* umweltschädigender Produktion und Verhaltensweisen durch die Einführung und wirksame Gestaltung von Umweltsteuern und -abgaben. Ungeachtet der unterschiedlichen Reichweite und Radikalität der vorliegenden Reformvorschläge scheint der angepeilte politische Kurs plausibel zu sein, denn "der Schlüssel des ökologischen Problems liegt, was die Wirtschaft betrifft, in der Sprache der Preise" (Luhmann 1986, 122). Gelingt es via Öko-Steuern und Umweltabgaben die Überbeanspruchung und Gefährdung der Umwelt in steigenden Preisen zum Ausdruck zu bringen und damit reale Kosten und Knappheiten zu signalisieren, ist zumindest garantiert, daß das Problem der Umweltbelastung "im System (der

Wirtschaft; d. Verf.) bearbeitet werden muß" (ebenda). In welchem Maße, ja ob überhaupt höhere Preise umweltbelastende Produktion und Verhaltensweisen eindämmen, hängt entscheidend von der - wohlgemerkt: politisch zu steuernden! - Höhe der Öko-Steuern ab. Daß nach einer entsprechenden Preisreform der Markt gar als "hervorragender ökologischer Zuchtmeister" (E.U. von Weizsäcker) fungieren kann, ist allerdings zweifelhaft, denn "der Preismechanismus als Knappheitssindikator gibt keine authentischen Informationen über die Umwelt" (Wolf 1989, 59). Vor überzogenen Erwartungen sowohl hinsichtlich der Lenkungsfunktion als auch der sachlichen Angemessenheit von Umweltabgaben, ist also zu warnen, was der Notwendigkeit ihrer Einführung aber keinen Abbruch tut.

Strukturpolitik

Eine ökologische Preisreform, die ihren Namen verdient, kann den (gebotenen) ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandel in Richtung sozial- und umweltverträglicher Produktions- und Lebensbedingungen initiieren bzw. unterstützen. Darüber hinaus bedarf es aber auch einer entsprechenden staatlichen *Strukturpolitik* und vermehrt sozial und ökologisch ausgerichteter öffentlicher Investitionen. Mit einer höheren Besteuerung fossiler Energieträger erübrigen sich weder gezielte staatliche Entwicklungs- und Markteinführungshilfen für alternative Energieträger noch die Überwindung (d.h. Dezentralisierung) der ineffizienten monopolistischen und zentralistischen Energieversorgungsstrukturen. Und die Verteuerung des Individualverkehrs erschließt dem Staat lediglich neue Einnahmequellen, wenn sie nicht begleitet wird von einem erheblich verbesserten und preiswerteren Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln und restriktiven Maßnahmen zur Beschränkung des Automobilverkehrs. Grundsätzlich müßte die gesamte staatliche Forschungs-, Wirtschafts- und (Infra-)Strukturpolitik unter wesentlicher Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien neu konzipiert und aufeinander abgestimmt werden. Die Viel-



"Nach dem Ende des Sozialismus vom Kapitalismus abgenagter 'industrieller Kern' in Sachsen". Bild: Ursula Didier

staatlichen Rahmen möglich, selektiv die Verfügungsgewalt des Kapitals bzw. Markt- und Konkurrenzbedingungen einzuschränken. Nicht gerade selten dient der Hinweis auf den Sachzwang Europa bzw. die internationale Konkurrenz als Entschuldigung für eigene politische Tatenlosigkeit und als Totschlagargument gegenüber Reformbestrebungen.

Arbeitszeitverkürzung und soziale Grundsicherung

Angelpunkt einer solidarischen und emanzipatorischen Reformpolitik ist der Arbeitsmarkt. Dessen zunehmende Regulierung durch tarifpolitische und arbeitsrechtliche Maßnahmen, seine sozialpolitische Unterfütterung mit einem staatlich garantierten sozialen Mindesteinkommen und nicht zuletzt eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit markieren die Eckpunkte eines Abbaus von Arbeitsmarktzwängen und eröffnen die *Perspektive* erweiterter individueller und kollektiver Freiheitsspielräume. Vor allem in einer *Politik der Arbeitszeitverkürzung* liegen - darauf haben André Gorz und Oskar Negt nachdrücklich hingewiesen - nicht zu unterschätzende Chancen eines politisch-kulturellen Wandels, der letztlich an den sozialen und kulturellen Grundfesten der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft rüttelt, d.h. die Herrschaft des Kapitals in ihrem materiellen Kern tangiert. Verknüpft werden müßte die Reduzierung der Arbeitszeit mit einer Reformierung bzw. dem Ausbau der sozialen (Grund)sicherung in Richtung eines *staatlich garantierten Mindesteinkommens*. Dies ist deshalb unerlässlich, da auch eine spürbare Arbeitszeitverkürzung Arbeitslosigkeit vermutlich nicht beseitigen wird. Und da auch das "Normalarbeitsverhältnis" zunehmend erodiert, wird das an kontinuierliche Erwerbsarbeit gebundene System der sozialen Sicherung löchriger und reproduziert und zementiert damit die fortschreitende Spaltung der Gesellschaft statt sozialpolitisch gegenzusteuern. Eine ausgebaute und von der Erwerbsarbeit mehr oder minder entkoppelte soziale Grundsicherung würde nicht zuletzt den Zwang zur Lohnarbeit einschränken und die diagnostizierten "neuen Formen der Alltagsolidarität"

Internationale Abstimmung

Die fortgeschrittene Internationalisierung der Ökonomie ist sicherlich die offene Flanke einer ambitionierten Reformpolitik. Angesichts der Realität des Weltmarktes und seiner Konkurrenzzwänge erfordern (spürbare) Einschränkungen der Kapitalautonomie bzw. gegen Kapitalinteressen gerichtete Interventionen die *internationale politische Abstimmung* und Absicherung - zumindest innerhalb eines regionalen Wirtschaftsraumes (wie z.B. der EG), wenn nicht zwischen den wichtigsten kapitalistischen Industrieländern. Daß eine ökonomische und politische Großmacht wie die BRD (auch als reformpolitischer Primus) dabei einiges in die Waagschale werfen könnte, sollte nicht unterschlagen werden. Grundsätzlich ist und bleibt es jedoch auch im national-

KOMMUNE IM MÄRZ

Thema: Die Politik und der Krieg • Panslawismus. Eine Ideologie zerbricht • Neosozialisten, ratlos • Italiens „Tangentopolis“ • Soll Japan japanisch bleiben? • Frankfurt-Zürich: Kommunen als Weltstädte • USA im Zeichen der Wende? Klima, Umwelt, Raum, Verkehr • Materialien zur ökologischen Katastrophe III: Automobilität und Geschlecht • Debatte: Ägypten zerfällt • Über Politikabstinentz und Populismus • Politische Steuerung – der „Supervisionsstaat“ des „neuen Mittelalters“ • Literatur: Herbstmachlese

„Längst ist sie für Insider die interessanteste Monatszeitung aus dem links-grün-alternativen Spektrum: ... beinahe unentbehrlich geworden für alle, die sich mit aktuellen Fragen gründlicher beschäftigen wollen.“ (faz)

Interessiert? Probeabo machen!

Ich bestelle:

Einzelheft 3/93 für 10 DM

Drei-Monats-Probeabo =
3 Hefte für 20 DM
(ohne automatische Verlängerung!)

Bestellungen nur gegen Vorkasse!

Name/Unterschrift

Diese Bestellung kann innerhalb 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Davon habe ich Kenntnis genommen!

Bestellen (Schick/Schick/Telef. abh.) an:
Kommune • Postf. 900609 • 6 Frankfurt 90

(Zoll 1988) sozialpolitisch abstützen. Die an Bedeutung gewinnenden „neuen Werte“ der Eigeninitiative, der Selbstorganisation, der Selbstentfaltung, der kommunikativen Kompetenz etc. bedürfen ebenso wie die selbstbewußte Inanspruchnahme demokratischer Teilhaberechte der materiellen Grundsicherung bzw. einer ausreichenden sozialpolitischen Unterfütterung (vgl. Rödel u.a. 1989, 185 ff.). So ließen sich u.U. „wachsende Freiräume ... schaffen für die Entwicklung einer vielseitigen, kommunikativen, von warenförmigen (Ver-)Kaufbeziehungen befreiten Alltagskultur und Alltagsolidarität“ (Gorz 1991, 114).

Steuerungsmedium Recht

Schließlich bedarf auch das Steuerungsmedium Recht der Weiterentwicklung und Neuformulierung, wenn es einen Beitrag zur Begrenzung der destruktiven Seiten der Marktdynamik leisten soll. Offensichtlich ist die Notwendigkeit einer *ökologischen Erneuerung des Rechts* (vgl. Wolf 1987; Beck 1988), gleichermaßen bedeutsam wäre die Stärkung und der *Ausbau demokratischer Grund-, Widerspruchs- und Beteiligungsrechte*. Diese demokratischen (Freiheits)Rechte besitzen ihren Wert nicht nur in sich selbst, sie sind auch hinsichtlich ihrer sozialen und politischen Gestaltungskraft eminent wichtig: Erst „die Freiheit der Gegenmeinung und der Gegenaktivität“ (Beck 1988, 271) hat der Herrschaft des Kapitals Schranken gesetzt, den Sozialstaat ermöglicht und dem Umweltschutz zum Durchbruch verholfen. Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang der Verbraucherschutz bzw. die Verbraucherrechte, deren Stärkung hier und da durchaus eine Bresche in die oligopolistischen und monopolistischen Marktstrukturen schlagen könnte. Prinzipiell eröffnet die Ausweitung und Inanspruchnahme demokratischer Rechte die Perspektive einer gesellschaftspolitischen Alternative jenseits von Staat und Markt.

¹ Dieser Befund koinzidiert notabene mit Hayeks bereits 1944 formulierter grundlegender Kritik an der damals hoch im Kurs stehenden zentralen Planwirtschaft, die angesichts ihrer strukturellen Unfähigkeit, das *dezentral* in einer Gesellschaft gespeicherte Wissen konstruktiv zu nutzen, ineffizient und innovationshemmend und damit dem Markt, also dezentralen Vermittlungsformen, a priori unterlegen sei. Darüber hinaus bedürfte die Planwirtschaft zu ihrer Durchsetzung der Bevormundung, ja gar diktatorischer Mittel, dies sei eine unvermeidliche Konsequenz der Anmaßung absoluten Wissens durch die Planungsbehörden (Hayek 1971).

² Was nicht heißt, auf gesellschaftliche Planung und Steuerung zu verzichten, doch kann diese dann überwiegend „nur“ indirekt bzw. indikativ sein.

³ Daß die Existenz von Märkten bzw. Ware-Geld-Beziehungen nicht mit Kapitalismus gleichzusetzen ist, war für Marx übrigens ein wesentlicher Sachverhalt: „Warenproduktion und Warenzirkulation sind aber Phänomene, die den verschiedensten Produktionsweisen angehören, wenn auch in verschiedenem Umfang und Tragweite. Man weiß also noch nichts von der *differentia specifica* (dem kennzeichnenden Unterschied; d.V.) dieser Produktionsweisen und kann sie daher nicht beurteilen, wenn man nur die ihnen gemeinsamen, abstrakten Kategorien der Warenzirkulation kennt“ (MEW 23, 128). Die *differentia specifica* des Kapitalismus ist nach Marx die im historischen Prozeß sich durchsetzende gewaltsame Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln. Der Kapitalismus ist also eine warenproduzierende Wirtschafts- und Gesellschaftsform, der die menschliche (und natürliche) Substanz der Gesellschaft in Waren verwandelt. Die Produktion von Mehrwert und seine Aneignung durch die Kapitaleigner wird so zum bestimmenden Zweck der gesellschaftlichen Reproduktion.

Literatur

- Altvater, Elmar (1986), *Alte Hüte mit grüner Feder*, in: O. Kallscheuer (Hg.), *Die Grünen - letzte Wahl?*, Berlin, S. 95-120
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1990), *Memorandum '90*, Köln
- Beck, Ulrich (1988), *Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit*, Frankfurt/M.
- Gorz, André (1991), *Des zentralen Konflikts alte und neue Akteure*, in: A. Gorz, *Und jetzt wohin?*, Berlin, S. 101-114
- Habermas, Jürgen (1990), *Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. Was heißt Sozialismus heute?*, in: Jürgen Habermas, *Die nachholende Revolution*, Frankfurt/M., S. 179-204
- Hayek, Friedrich von (1971), *Der Weg zur Knechtschaft*, München
- Hübl, Lothar u.a. (1988), *Grundkurs in Mikroökonomie*, Berlin
- Kosta, Jiri (1990), *Die marktwirtschaftliche Erneuerung in Ostmitteleuropa*, in: *Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte* 8/90, S. 718-726
- Luhmann, Niklas (1986), *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?*, Opladen
- Rödel, U./Frankenberg, G./Dubiel, H. (1989), *Die demokratische Frage*, Frankfurt/M.
- Scharpf, Fritz (1989), *Politische Steuerung und politische Institutionen*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Heft 1/89, S. 10-22
- Siebert, Horst (1989), *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*, Stuttgart/Berlin/Köln
- Wolf, Rainer (1987), *Zur Antiquiertheit des Rechts in der Risikogesellschaft*, in: *Leviathan* 3/87, Opladen, S. 357-391
- Wolf, Rainer (1989), *Ökologische Risiken und politische Kosten der Wohlfahrtsökonomie. Eine Replik auf Jürgen Franks Steuerungskonzeption*, in: *Kritische Justiz* 1/89, S. 55-60
- Zoll, Rainer (1988), *Von der Arbeitersolidarität zur Alltagsolidarität*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 6/88, S. 368-381

THESEN zum Verhältnis von Kapitalismus und Sozialismus

von Ralf Krämer*

Kapitalistische Produktionsweise

1. Kapitalistische Produktionsweise bedeutet Produktion von Waren (es kann sich dabei auch um Dienstleistungen handeln) zum Zweck der Erzielung von Profit. Soziale Grundlagen sind Privateigentum einer Minderheit an Produktionsmitteln einerseits und doppelt (persönlich und von eigenen Produktionsmitteln) freie LohnarbeiterInnen andererseits. Letztere produzieren im Rahmen des Kapitalverhältnisses unter dem Kommando der Produktionsmitteleigentümer oder ihrer Funktionäre Mehrwert, der von den Eigentümern des Kapitals angeeignet (kapitalistische Ausbeutung) und zum großen Teil wiederum in Kapital verwandelt wird (Akkumulation). Damit wird die gesellschaftlich bedingte Ungleichheit der Verteilung der Einkommen, Vermögen, Lebenschancen und Macht beständig reproduziert und tendenziell verschärft. Mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen sind gegensätzliche Klasseninteressen und daraus resultierende Verteilungauseinandersetzungen verbunden.

2. Die große zivilisatorische Bedeutung der kapitalistischen Produktionsweise besteht in der in ihrem Rahmen ungeheuer vorangetriebenen Entwicklung der Produktivkräfte (der von den Menschen im gesellschaftlichen Produktionsprozeß zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse eingesetzten Fähigkeiten und Mittel). Dies ist die Bedingung, daß ein höheres Niveau der Bedürfnisbefriedigung und der Entfaltung ihrer Persönlichkeit auch für die Massen möglich wird.

3. Die destruktive Seite kapitalistischer Produktionsweise ergibt sich aus der ihr immanenten Unterordnung der Bedürfnisse der Menschen und der Erfordernisse der Reproduktion der Natur unter den Profitzweck und aus der Nichtberücksichtigung negativer externer Effekte. Das äußert sich in Prozessen sozialer Ausgrenzung und psychischer Verelendung, in Armut und Unterentwicklung, gewalttätigen Konflikten und ökologischen Zerstörungen. Die Planlosigkeit kapitalistischer Produktionsweise in Bezug auf die Gesamtwirtschaft äußert sich

in Überakkumulationstendenzen und regelmäßigen Überproduktionskrisen mit den damit verbundenen Folgen.

Dabei wachsen die destruktiven Kräfte und Wirkungen kapitalistischer Produktion mit potenziell ebensolcher Dynamik wie die produktiven und erreichen globale Dimension. Die Entwicklung und Anwendung der produktiven Potenzen zur besseren Bedürfnisbefriedigung der Menschen (das schließt gesunde Umwelt und dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ein) wird beschränkt und deformiert durch das Primat der Kapitalverwertung und der Steigerung des sachlichen Reichtums in der Form privaten Eigentums als Selbstzweck. Der Widerspruch zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen stellt sich im entwickelten Kapitalismus hauptsächlich in dieser Form dar.

4. Die zunehmende von kapitalistischen Großunternehmen und -banken betriebliche oder gesellschaftliche bzw. staatliche Regulierung und Planung ist der Versuch, den Widerspruch zwischen dem fortschreitend gesellschaftlichen Charakter und globalen Maßstab der Produktion (und ihrer sozialen und stofflichen bzw. ökologischen Auswirkungen) einerseits und der weiterhin privaten Aneignung und kapitalistischen Verfügung über die zentralen Produktionen und Investitionen andererseits zu bewältigen. In der konkreten Gestaltung ist dies bestimmt durch die historische Entwicklung und die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen und sozialen Gruppen und politischen Kräften der jeweiligen Gesellschaften.

In dem Maße, wie es dabei der ArbeiterInnenbewegung und anderen sozialen und politischen Bewegungen gelingt, die Wirkung des Profitprinzips nach humanen, sozialen und ökologischen Kriterien einzuschränken und zurückzudrängen und eine Demokratisierung der Regulierungsinstitutionen und -mechanismen zu verankern, werden noch unter kapitalistischer Herrschaft Annäherungen an sozialistische Produktionsweise und Gesellschaft durchgesetzt. Diese sind notwendige Bedingungen und Ausgangspunkte weitergehender sozialistischer Umgestaltungen. [Anmerkung: wenn hier und im folgenden von sozialen Kriterien die Rede ist, sind

nicht nur Verhältnisse zwischen Kapital und Lohnarbeit oder zwischen arm und reich gemeint, sondern auch zwischen Menschen unterschiedlichen Geschlechts, Nationalität, Kultur, sexueller Orientierung etc. und zwischen den Lebensbedingungen in unterschiedlichen Regionen und Staaten.]

Kapitalistische Gesellschaftsformation

5. Kapitalistische Gesellschaften sind solche, in denen kapitalistische Produktionsweise die Ökonomie und die Produktionsverhältnisse der Gesellschaft dominiert und die Entwicklung der Produktivkräfte (durch die Kontrolle über die wesentlichen Investitionen) maßgeblich bestimmt und damit die gesamten gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse entscheidend prägt.

Das schließt ein, daß in wichtigen Bereichen der Produktion des materiellen Lebens und der Verteilungsverhältnisse auch andere Prinzipien und Wirtschaftsformen existieren oder vorherrschen können: Arbeit für den individuellen oder familiären Eigenbedarf, nichtkapitalistische Warenproduktion, Zwangsarbeit, ehrenamtliche Arbeit und freiwillige Umverteilung insbesondere in Vereinen und Verbänden, gemeinwirtschaftliche Betriebe, öffentliche Dienste, Bereitstellung und unentgeltliche oder nicht-kostendeckende Nutzung öffentlicher Infrastrukturen, öffentliche Umverteilung von Einkommen und Vermögen, rechtlich oder monetär vermittelte Regulierung der Ökonomie, gewerkschaftliche Gegenmacht und tarifvertragliche Regelungen.

6. Es schließt ebenso ein, daß die sozialen, kulturellen und politischen Verhältnisse in bürgerlichen Gesellschaften (so wieso immer auf Grundlage der historisch jeweils vorausgesetzten Bedingungen) nicht nur vom Profitprinzip und den partikularen Einkommens- und Nutzeninteressen individueller Erwerbstätiger und KonsumentInnen sowie der Macht der herrschenden Klasse bestimmt sind. Zum einen werden sie durch gewerkschaftliche Gegenmacht modifiziert. Zum anderen entspricht der Entwicklung der Produktivkräfte eine zunehmende Differenzierung der individuellen Lebensbedingungen und Tätigkeiten sowie der Strukturen der Zivilgesellschaft und des Staates. Die Gestalt und Entwicklung moderner Gesellschaften wird

Ralf Krämer, Sozialwissenschaftler, Mitglied des SPD-Landesvorstands NRW

wesentlich auch davon beeinflusst, daß Individuen, Gruppen und Organisationen mit ihren Aktivitäten und Diskursen in der zivilen und politischen Gesellschaft vielfältige Interessen zur Geltung bringen, die nicht auf möglichst große Anteile am materiellen Reichtum gerichtet sind.

Die reale Entwicklung ist durch die widersprüchliche Wechselwirkung verschiedener Tendenzen geprägt: die Tendenz des Kapitals, sich neue Verwertungsfelder zu erschließen und alle gesellschaftlichen Tätigkeiten Profitinteressen unterzuordnen; das Beharrungsvermögen und die Wandlungsfähigkeit traditionaler (z.B. patriarchaler oder religiöser) Strukturen; die wachsenden individuellen Entwicklungsmöglichkeiten; soziale und politische Bewegungen, die gesellschaftliche Regulierungen durchsetzen (bisher allerdings hauptsächlich auf den nationalstaatlichen Rahmen beschränkt).

Sozialistische Bewegung ...

7. Die sozialistische Bewegung erstrebt eine Gesellschaft, die allen Menschen die gleiche Chance zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse und freien Entwicklung ihrer Persönlichkeit und Individualität gibt (also in den demokratisch zu bestimmenden Grenzen, wie das ohne Unterordnung der Interessen anderer Individuen möglich ist). Dieses Kriterium der Gleichheit ist der Kern aller linken und sozialistischen Orientierungen, in denen Emanzipationsinteressen der beherrschten Klassen zum Ausdruck kommen. Unter den verschiedenen historischen und nationalen Bedingungen hat sich das in unterschiedlichen Zielsetzungen und Schwerpunkten ausgedrückt und mit weiteren Zielsetzungen verbunden, wobei heute die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen eine zentrale Stellung einnimmt.

Marx und Engels haben herausgearbeitet, daß die Verwirklichung von Sozialismus erst möglich ist auf einem hohen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte, wie sie der Kapitalismus hervorgebracht hat. Dazu muß und kann der Kapitalismus überwunden werden, und zwar durch die Menschen, die mit diesen Produktivkräften arbeiten und sie weiterentwickeln, ohne über ihren Einsatz und die Verteilung der Produkte entscheiden zu können. Dabei müssen wir heute von einem weiten Begriff der ArbeiterInnen- bzw. lohnabhängigen Klasse ausgehen und die große innere Diffe-

renzung und auch Widersprüchlichkeit ihrer Interessen berücksichtigen. Die Formierung der Klasse und ihrer Interessen muß als sozialer und politischer Prozeß begriffen werden, der nicht automatisch als Reflex der objektiven Klassenlage in sozialistischer Richtung verläuft.

Auch heute reicht es nicht aus, Sozialismus nur zu begreifen als Wertorientierung und "regulatives Prinzip", als Weiterentwicklung von Sozialstaatlichkeit und ökologischer Regulierung sowie von politischer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Rahmen des Kapitalismus (was allerdings schon schwierig genug ist). Sozialismus muß weiterhin als eine Gesellschaftsform begriffen werden, die durch Überwindung des Kapitalismus durchgesetzt werden muß.

... und Gesellschaftsformation

8. Das Kriterium für Sozialismus als Gesellschaftsformation sind ökonomische, soziale, politische und rechtliche Verhältnisse, die gewährleisten, daß die Entwicklung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen durch bewußte gesellschaftliche Gestaltung dominiert wird, als Bedingung für die Durchsetzung sozialistischer Ziele. Für den modernen demokratischen Sozialismus ist klar, daß es dabei um demokratische Gestaltung gehen muß, die von den Bedürfnissen freier Individuen ausgeht.

Zentral bleibt die Überwindung der strukturellen Dominanz kapitalistischer Profitorientierung. Um allen Menschen gleiche Chancen individueller Entwicklung und möglichst selbstbestimmter Lebensführung sowie demokratischer Mitgestaltung zu bieten, muß persönliche Abhängigkeit und Diskriminierung von Menschen überwunden und eine neue Qualität sozialstaatlicher Absicherung durchgesetzt werden. Einkommen und private Vermögen müssen so umverteilt werden, daß reale Chancengleichheit ermöglicht wird und verbleibende Ungleichheiten durch die unterschiedliche geleistete Arbeit und gesellschaftliche Nutzenerwägungen gerechtfertigt werden können.

Demokratisch nicht legitimierte Herrschaft muß weitgehend abgebaut werden. Dazu müssen insbesondere die Handlungsmöglichkeiten kapitalistischer Eigentümerinteressen beschränkt und gesellschaftlicher Kontrolle unterworfen werden. Um die Deformation ökonomischer, sozialer und politischer Strukturen und Entscheidungen durch

die Macht kapitalistischer Großunternehmen aufzuheben, müssen diese in demokratisch regulierte Formen gesellschaftlichen Eigentums überführt werden. Die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten müssen so ausgedehnt werden, daß die Gesellschaft in allen Bereichen ihre demokratisch formierten Interessen zur Geltung bringen und ggf. gegen andersgerichtete Sonderinteressen durchsetzen kann.

9. Das Kriterium für die Überlegenheit einer sozialistischen Gesellschaft ist, daß sie besser die Befriedigung der Bedürfnisse und die freie Entwicklung aller Menschen ermöglichen und ihre Lebensgrundlagen sichern kann. Dieses Kriterium bezieht sich auf die Ebene der Gesellschaft insgesamt, in der verschiedene Produktionsweisen und Verteilungsprinzipien miteinander kombiniert sind und schließt auch die Gestaltung der "Überbauverhältnisse" ein. Es geht also um wesentlich mehr als um die Frage möglichst hoher Arbeitsproduktivität bei der Herstellung von Waren. Die Effizienz kapitalistischer Produktion wird kaum zu schlagen sein, wenn die von ihr externalisierten individuellen, sozialen und ökologischen Bedingungen und Folgewirkungen und andere Bedürfnisse als die an möglichst hohem Warenkonsum nicht in die Beurteilung einbezogen werden.

Gestaltung der allgemeinen Lebensbedingungen

10. Entscheidend wird zunehmend die gesellschaftliche Fähigkeit, die allgemeinen Lebensbedingungen im Sinne des genannten Kriteriums zu gestalten und zu entwickeln, und zwar nachhaltig, auch für zukünftige Generationen. Mit allgemeinen Lebensbedingungen sind gemeint die natürlichen Lebensgrundlagen und Umweltbedingungen und die ökonomischen und sozialen Infrastrukturen, die die gesellschaftlichen Lebensbedingungen prägen und eben nicht als Waren käuflich sind - jedenfalls nicht für die riesige Mehrheit der Menschen. Auch die sozialen Verteilungsverhältnisse und die kulturellen und politischen Lebensbedingungen gehören dazu. Anders als früher gibt es heute Wahlmöglichkeiten zwischen alternativen Richtungen der weiteren Entwicklung der Lebensbedingungen und der Produktivkräfte. Das ökonomische und gesellschaftliche Gesamtsystem muß ermöglichen, daß die Entwicklung der allgemeinen Lebensbedingungen und die Gesamtrichtung der ökologischen,

ökonomischen und sozialen Entwicklung demokratisch gesteuert und bestimmte ex ante formulierte Ziele erreicht werden können (z.B. Reduktion des CO₂-Ausstosses auf 30% bis zum Jahr X und Reduzierung des Straßen- und Flugverkehrs um x% trotz Einheit und Binnenmarkt und regional ausgewogene Wirtschaftsentwicklung und massive Reduzierung der Ungleichverteilung der Privatvermögen und ökologischer Umbau von Industrie und Landwirtschaft und Bereitstellung angemessenen Wohnraums für alle zu bezahlbaren Preisen und soziale Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Verteilung der Arbeitszeit ...).

Dabei bestreite ich nicht, daß einzelne dieser Ziele "prinzipiell" auch im Rahmen des Kapitalismus realisierbar wären, sondern behaupte, daß die kapitalistische Qualität bisheriger westlicher Gesellschaften sich daran erweist, daß real diese Ziele eben nicht oder nur partiell durchgesetzt werden, nach langem Kampf von Bewegungen gegen den Widerstand kapitalistischer Interessen (oder wenn die Verwertungsbedingungen des Kapitals selbst massiv betroffen sind), also meist zu spät und in einer Form, die selbst wiederum von Kapitalinteressen geprägt ist, neue Probleme aufwirft und die Kosten ungleich verteilt.

11. Für das Projekt einer dem Kapitalismus überlegenen sozialistischen Gesellschaft gibt es kein einheitliches Modell, es muß vielmehr ausgehend von den jeweiligen ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen gestaltet und ständig weiterentwickelt werden und ist in diesem Sinne tatsächlich eine "dauernde Aufgabe". Gesicherte Erkenntnis ist mittlerweile, daß der autoritäre Staatssozialismus, wie er in der Sowjetunion und Osteuropa real existiert hat, sich gegenüber dem modernen Kapitalismus in seinen Zentren als in umfassendem Sinne unterlegen erwiesen hat und keinerlei Modellcharakter beanspruchen kann. Hier liegt die Überlegenheit und Notwendigkeit des Sozialismus begründet, denn im Kapitalismus wird die Entwicklung der allgemeinen Lebensbedingungen weitgehend von externen Effekten der kapitalistischen Produktion bestimmt bzw. ergibt sich als Resultat ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, die gesellschaftlich bewußter Steuerung nicht zugänglich sind. Es geht um den Übergang zu bewußter gesellschaftlicher Produktion der wesentlichen Elemente

der allgemeinen Lebensbedingungen (einschließlich der bewußten Nichtbeanspruchung bestimmter natürlicher Bedingungen) und eine solidarische Verteilung der damit verbundenen Kosten. Dazu bedarf es einer demokratischen Steuerung der dafür ausschlaggebenden Investitionen und der Verteilung des Volkseinkommens.

Sozialismus darf nicht verstanden werden als möglichst radikale und vollständige Negation im Kapitalismus entwickelter Strukturen. Auf diesen Strukturen und insbesondere den in vergangenen und noch laufenden und bevorstehenden Auseinandersetzungen in kapitalistischen Gesellschaften durchgesetzten "sozialistischen Elementen" (= Strukturen und Regulierungsmechanismen, die im Sinne des og. sozialistischen Prinzips gestaltet oder einsetzbar sind) muß ein moderner Sozialismus aufbauen. Das schließt aber auch ein, daß es weiter kapitalistische Produktion geben wird und daß diese sogar auf absehbare Zeit in wichtigen Bereichen vorherrschend bleiben wird.

Sozialismus und Produktionsverhältnisse

12. Die sozialistische Qualität eines Wirtschaftssystems kann weder einseitig an der Vorherrschaft bestimmter einzelbetrieblich definierter sozialistischer Produktions- bzw. Eigentumsverhältnisse festgemacht werden noch am Überwiegen planwirtschaftlicher Sektoren im Sinne imperativer stofflicher Planung. Diese Frage ist vielmehr eine, die auf der Ebene der gesamtgesellschaftlichen Produktionsverhältnisse, also eines komplexen und differenzierten gesamtgesellschaftlichen Regulierungssystems, zu beantworten ist. Dieses muß geeignet sein, demokratisch formulierte gesellschaftliche Ziele ökonomisch umzusetzen, also das Primat zivilgesellschaftlich-politischer Entscheidungen vor betriebswirtschaftlichen oder rein ökonomischen Kriterien und auch gegen die Wirkungsrichtung von Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Ökonomie durchzusetzen und sozialistische Dominanz zu ermöglichen.

Die Produktionsverhältnisse sind als die gesellschaftlichen Formen und Verhältnisse zu begreifen, in denen die Menschen arbeiten, um Gegenstände und Leistungen zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu produzieren. Die Frage ist, was für Produktionsverhältnisse auf dem erreichten Niveau

der Entwicklung der Produktivkräfte dazu am geeignetsten sind. Dabei ist ein zentrales Kriterium, ob und wie die gesellschaftlichen Produktivkräfte, die menschlichen und natürlichen und produzierten Bedingungen der Produktion, unter den Bedingungen der jeweiligen Produktionsverhältnisse selbst zum Gegenstand der Regulierung werden, ihre Entwicklung gefördert und Schädigung vermieden werden. Kapitalistische Produktionsverhältnisse stellen die Entwicklung der produzierten Produktionsmittel in Form von Kapitaleigentum in den Mittelpunkt des ökonomischen Regulierungssystems. Sozialistische Produktionsverhältnisse müssen sich dadurch auszeichnen, daß sie die Entwicklung der menschlichen Arbeitskraft und Lebensbedingungen und der Natur (die für kapitalistische Produktion externe Bedingungen und Effekte sind) ins sozialökonomische Regulierungssystem internalisieren. Wie diese Gegenstände sozialistischer Regulierung können daher auch sozialistische Produktionsverhältnisse nicht primär betriebs- oder unternehmensbezogen definiert werden.

Die sozialistische Qualität der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse ist daher eine Frage der Gestaltung des gesamten sozialökonomischen Regulierungssystems. Die Gestaltung der betrieblichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse ist dabei nur ein, wenn auch wichtiges, Element.

Bei sozialistischer Planung und Steuerung kann es nicht um "die Wirtschaft" insgesamt gehen, sie kann nicht den Anspruch haben, alle ökonomischen Prozesse zu erfassen und ex ante festzulegen. Es kann "nur" um eine begrenzte Anzahl zu erreichender Ziele und Parameter gehen, die in einer regionalen und volkswirtschaftlichen und letztlich globalen Rahmenplanung zusammengefaßt sind, und um die Frage, welche Instrumente zu ihrer Erreichung geeignet und notwendig sind. Dabei sind überwindend Mechanismen der Steuerung anzuwenden, die die relative Autonomie der ökonomischen Subjekte respektieren und nutzen und ihrer Initiative zur Ökonomisierung und Produktivkraftentwicklung Raum bieten, feedback und Flexibilität ermöglichen. Stoffliche Planung des Staates in dem Sinne, daß bestimmten Betrieben genau ihre Produktion vorgeschrieben wird, kann es nur insoweit geben, wie der Staat selbst als Käufer oder Nutzer oder Anbieter der Produktion auftritt.

Die Mehrzahl der privat zu konsumierenden Güter und Dienste wird weiterhin warenförmig, für Märkte und überwiegend von einzelwirtschaftlich agierenden Betrieben produziert werden, wobei die Preise als reale Indikatoren ökonomischer Verhältnisse wirken sollten. Das bedeutet, daß auch im Sozialismus die ökonomischen Austauschprozesse weitgehend unter Bedingungen von Markt- bzw. Geldwirtschaft reguliert werden müssen. Geld sollte auch im Sozialismus die Kohärenz der in den unterschiedlichen Betrieben und Sektoren ablaufenden Warenproduktion und Einkommensentstehung herstellen und einen ständigen Ökonomisierungsdruck, der auf die Einsparung von Wert bzw. Arbeit gerichtet ist, vermitteln.

Kombination von Produktionsweisen im Sozialismus

Sozialismus als höhere Form gesellschaftlicher Regulierung, nämlich bewußte demokratische Steuerung und Planung, baut also auf und ist gesellschaftlich kombiniert mit anderen Formen der Regulierung der Produktion, insbesondere mit funktionierender Warenwirtschaft und ökonomischen Tauschprozessen und kapitalistischer Produktion auf dieser Basis, und mit Arbeit für individuellen oder familiären Eigenbedarf (Subsistenzproduktion). Es geht darum, die für die Entwicklung entscheidenden Investitionen und die Verteilung des Volkseinkommen zwischen den verschiedenen Gruppen der Bevölkerung und zwischen öffentlicher und privater Verwendung demokratisch zu steuern und damit auch die Wirkungen kapitalistischer Krisentendenzen einzugrenzen und zu kompensieren. Ebensovienig wie kapitalistische Produktion jemals Subsistenzproduktion (dazu gehört im weiteren Sinne jegliche sog. Reproduktions- und Eigenarbeit) völlig verdrängen kann, wird sozialistische, also demokratisch geplante und gesteuerte, Produktion "niedrigere" Formen der Produktion verdrängen. Diese "niedrigeren Formen" werden immer die "Poren" der Produktions- und Lebensprozesse ausfüllen, die von den höheren, stärker gesellschaftlichen Formen nicht erfaßt werden.

Die weitere sozialistische Perspektive liegt darin, daß immer geringere Anteile der gesellschaftlichen Arbeit und der menschlichen Tätigkeiten kapitalistisch reguliert oder auf Anforderungen kapitalistischer Produktion ausgerichtet

werden, und zwar in dem Maße, wie gegenüber dem Bedürfnis an Produktion möglichst vieler und billiger Waren die Gestaltung der allgemeinen Lebensbedingungen und andere Bedürfnisse höheres Gewicht erlangen; Humanisierung und Ökologisierung der Produktion und der Lebensweise, Demokratisierung der Arbeitsbeziehungen, mehr Zeit für Kultur, Selbsttätigkeit, ehrenamtliche Tätigkeit, Muße usw. Das bedeutet zum einen die fortschreitende Verkürzung der allgemeinen Erwerbsarbeitszeit. Dabei geht es um die Normalarbeitszeit, das braucht nicht unbedingt auszuschließen, daß Leute, denen ihre berufliche Tätigkeit ein inneres Bedürfnis ist, auch länger arbeiten können. Es muß aber bedeuten, daß es in jedem Beruf und auch in Leitungspositionen normal ist und ein Anspruch besteht, nur 30 oder 25 oder noch weniger Stunden pro Woche zu arbeiten. Zum anderen bedeutet es fortschreitende Zurückdrängung des Anteils primär profitgesteuerter Ökonomie zugunsten selbstverwalteter und demokratisierter Betriebe, die sozialen und ökologischen Kriterien höheres Gewicht einräumen. Die Vergesellschaftung der Elektrizitätsversorgungsunternehmen ist z.B. erforderlich, weil es nicht mehr um die möglichst preisgünstige Bereitstellung von Energie, sondern um möglichst effiziente Nutzung und Einsparung geht und dies im Widerspruch zu den Profitmaximierungszielen faktisch kapitalistisch betriebener EVUs steht.

Gesellschaft und Politik im Sozialismus

13. Bei der Gestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse muß die *Autonomie der individuellen und kollektiven Subjekte* Ausgangspunkt und Bedingung eines modernen und demokratischen Sozialismus sein. Es kann keine Zentrale geben, die die Entwicklung in allen Lebensbereichen zu steuern versucht. Erst recht kann es keine "führende Rolle" irgendeiner Partei dabei geben (schon gar keine in der Verfassung verankerte). Führung kann nur auf freiwilliger Zustimmung der Mehrheit beruhen und sich nie auf alle gesellschaftlichen Bereiche beziehen. Im Maße wie bzw. in Bereichen, in denen eine zentral organisierte Autorität für die Durchsetzung sozialistischer Entwicklung nicht (mehr) erforderlich ist, wird der Staat seine Aktivitäten zugunsten ihrer Übertragung an in verschiedenen

Formen *demokratisch organisierte gesellschaftliche Selbstverwaltung* zurücknehmen können. Der Staat bzw. die verschiedenen staatlichen Ebenen selbst müssen weiter demokratisiert, ihr Handeln für die Öffentlichkeit transparenter und kontrollierbarer werden.

14. Es wird im Sozialismus weiterhin *soziale und politische Konflikte und Auseinandersetzungen* um unterschiedliche Interessen und Definitionen des Gemeinwohls geben. Die Frage wird sich weiter stellen, was in welcher Priorität gesellschaftlich gestaltet werden soll und wer die dafür aufzubringenden Kosten zu tragen hat. Dies werden weiterhin in hohem Maße links-rechts-Auseinandersetzungen sein um die Frage, ob mehr Gleichheit und Demokratie durchgesetzt oder mehr Ungleichheit und private Entfaltung auch zu Lasten anderer Menschen und der Natur zugelassen werden soll, also ob der sozialistische Charakter der Gesellschaft weiter ausgebaut werden soll oder nicht. Es wird dabei auch die Möglichkeit geben müssen, daß ein bereits erreichtes Maß an sozialer Gleichheit und Ausrichtung auf ökologische Ziele in gewissem Maße zurückgeschraubt wird, wenn sich entsprechende politische Kräfte demokratisch durchsetzen. Wegen der weitgehenden Demokratisierung ökonomischer und darauf gegründeter politischer Macht wird allerdings der im Kapitalismus strukturell begründeten Hegemonie kapitalorientierter Politik die materielle Grundlage entzogen sein.

Widersprüchlicher Übergangsprozeß zum Sozialismus

15. Der *Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung* ist nur als ein *längerer, widersprüchlicher, von den jeweiligen Ausgangsbedingungen abhängiger und daher uneinheitlicher und nicht im einzelnen planbarer Prozeß* vorstellbar. Es dürfte schwierig bzw. nicht möglich sein, einen "Umschlagspunkt" vom Kapitalismus zum Sozialismus bzw. eine "Systemgrenze", die beim Übergang zum Sozialismus zu überschreiten ist, zu bestimmen. Auch die früher bei Jusos viel diskutierte "Mindestschwelle der Vergesellschaftung", die für den Aufbau des Sozialismus nötig ist, ist nicht unabhängig von der Gestaltung des sozialökonomischen Regulierungssystems insgesamt und von den gesellschaftlich-politischen Kräfteverhältnissen zu bestimmen.

Das Kriterium der "Dominanz" sozialistischer Regulierung ist zugegebenermaßen schwer zu operationalisieren, aber an der gegenwärtigen Dominanz des Kapitals besteht m.E. kein Zweifel und es gibt größere Probleme als später ggf. den Zeitpunkt möglichst genau zu bestimmen, an dem sie überwunden wurde. Jedenfalls erfordert dies eine materialistische Analyse der Totalität der gesellschaftlichen Verhältnisse und ist nicht anhand eines eindimensionalen Kriteriums möglich. So oder so markieren diese Kategorien keinen "point of no return", hinter dem die alte herrschende Klasse endgültig entmachtet und die Restauration kapitalistischer Verhältnisse ein für allemal (abgesehen von äußeren Einflüssen) ausgeschlossen ist.

Der alte Streitpunkt der sozialistischen Bewegung "Reform oder Revolution" muß als ein dialektisch, also in der realen Bewegung, zu überwindender Widerspruch betrachtet werden. Die Überwindung des Kapitalismus bleibt ein letztlich revolutionärer sozialer Prozeß, der aber auf dem Wege gesetzlicher Reformen vorangetrieben wird. Die Frage, ob dazu auch ein "revolutionärer", möglicherweise sogar gewaltsamer Umsturz der staatlichen Herrschaft und der Eigentumsverhältnisse durchgesetzt werden muß, ist abhängig von den jeweiligen Bedingungen, also insbesondere von der Existenz eines demokratischen Verfassungssystems und wirksamer demokratischer Kontrolle über die staatlichen Gewaltorgane. In der Regel und zumindest in den entwickelten Ländern kann der Weg zum Sozialismus nur auf dem Wege der Demokratie und ihrer Vertiefung und Ausweitung auf immer mehr gesellschaftliche Bereiche erfolgen. Revolutionäre Methoden im og. Sinne sind nur dann anzuwenden, wenn demokratischer Reformismus gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung durch Gewalteintritt herrschender Gruppen verhindert wird - in der Bundesrepublik Deutschland wäre das dann durch das Widerstandsrecht des Grundgesetzes gedeckt, ja geradezu geboten. Das bedeutet keineswegs den Verzicht auf die Veränderung der Eigentumsverhältnisse und die Beschränkung des Kampfes auf die parlamentarisch-staatliche Ebene - im Gegenteil. Konsequente Demokratisierung der Wirtschaft berührt auch die Eigentumsverhältnisse, denn Verfügung über und Eigentum an den zentralen Produktionsmitteln und

Investitionen sind letztlich untrennbar miteinander verknüpft. Und jede ernsthafte Demokratisierung der Wirtschaft und Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums wird mit heftigem Widerstand des Kapitals verbunden sein. Die politischen Bedingungen für sozialistischen Fortschritt können nur durch massive außerparlamentarische Bewegung, Mobilisierung von Öffentlichkeit und Herstellung sozialer Bündnisse geschaffen werden. Früher nannte die Linke das (verengt auf Klassenbeziehungen) Klassenkämpfe. Die parlamentarisch-staatliche Ebene wird in der Regel nur bereits erfolgte Veränderungen des gesellschaftlichen Bewußtseins und der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse nachvollziehen und umsetzen, ist also ein sekundäres Moment.

Der sozialistische Fortschritt wird dabei nicht nur oder auch nur in erster Linie unter dem Banner des Sozialismus und der ArbeiterInnenbewegung vorangetrieben werden, sondern von all den Kräften und Bewegungen, die humane, soziale und ökologische Ziele durchsetzen wollen und dazu die Logik der Kapitalverwertung einschränken müssen - ob das als solches ihr bewußtes Ziel ist oder nicht. Allerdings gibt es auch innere Widersprüche innerhalb und zwischen diesen Bewegungen, in denen sich unterschiedliche soziale Lage, Betroffenheit und Prioritätensetzung widerspiegeln, insbesondere Widersprüche zwischen sozialen und ökologischen und zwischen regionalen und nationalen und internationalistischen Zielsetzungen. Die besondere Bedeutung sozialistisch orientierter politischer Kräfte besteht darin, daß sie versuchen, fortschrittliche Bewegung in verschiedenen Bereichen zusammenzuführen und insbesondere ökologischen Umbau mit sozialer Gestaltung und Finanzierung zu verbinden, die gesellschaftspolitischen Dimensionen und Bedingungen zu verdeutlichen sowie die notwendigen Veränderungen auf der staatlich-parlamentarischen Ebene durchzusetzen. Dabei spielen die Gewerkschaften und die ihnen politisch verbundenen Parteien, hierzulande die Sozialdemokratie, eine zentrale Rolle. In den Staaten der Europäischen Gemeinschaft muß aufgrund der intensiven Verflechtungen und der auf EG-Ebene angesiedelten umfangreichen und weiter zunehmenden ökonomischen und politischen Kompetenzen dieser Kampf zunehmend auf die europäische Ebene ge-

richtet sein, wenngleich das nationale Terrain vorerst zentral für die Entwicklung gesellschaftlichen Bewußtseins und der Kräfteverhältnisse bleiben wird.

Sozialistische Entwicklung im Weltmaßstab

16. Wegen der globalen Dimension der Produktivkraft- und Destruktivkraftentwicklung ist "Sozialismus in einem Land" und letztlich auch "Sozialismus in Europa" Stückwerk und keine Lösung. *Das notwendige Ziel ist eine sozialistische Entwicklung im Weltmaßstab.* Das bedeutet aber nicht die linksradikale Variante von Imperialismuskritik und das Setzen auf einen revolutionären Weltprozeß, der den Imperialismus durch sozialistische Revolutionen in immer mehr Ländern insbesondere der Peripherie zurückdrängt und überwindet. Der weltweite sozialistische Prozeß ist nur als außerordentlich vielfältiger und ungleichzeitiger vorstellbar, wobei sozialistischen Fortschritten in den kapitalistischen Zentren eine zentrale Rolle zukommt. Inhalte müssen jedenfalls ökologischer Umbau insbesondere in den entwickelten Ländern und Umverteilung von "Nord" nach "Süd" und *Entwicklung menschenwürdiger Lebensbedingungen* in allen Ländern sein. Dazu müssen sozial und ökologisch orientierte Kräfte und sozialistische Entwicklungen in den verschiedenen Ländern unterstützt und gefördert werden. Die bereits entwickelten supranationalen Institutionen insbesondere der EG und der UNO müssen im Sinne der Prinzipien der Solidarität und der gemeinsamen Entwicklung aller Völker umgebaut und weiterentwickelt werden, das erfordert ihre Demokratisierung und Befreiung von der Vorherrschaft der entwickelten Industrieländer (betrifft insbesondere IWF und Weltbank). Wirksame sozial und ökologisch orientierte Regulierungsmechanismen auf dem bisher weitgehend anarchischen Weltmarkt müssen entwickelt und die demokratische Vergesellschaftung der die internationale Arbeitsteilung und den Weltmarkt überwiegend kontrollierenden transnationalen Konzerne durchgesetzt werden. Die sozialistische Qualität von Gesellschaften wird sich insbesondere bei den entwickelten Industrieländern auch daran erweisen müssen, daß ihr Staat auf internationalem Terrain in diesem Sinne agiert und als Subjekt der sozialistischen Umgestaltung der internationalen Beziehungen wirksam wird.

Wolfgang Kowalsky: Rechtsaußen ... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken. Frankfurt am Main 1992.

Hilfloser Anti-Antifaschismus

Wider einen modischen Renner aus der IG Metall-Vorstandsetage

von Andreas Wöllersdorf*

Wolfgang Kowalsky, Mitarbeiter der IG Metall-Grundsatzabteilung, hat die antifaschistischen Strategien der deutschen Linken einer scharfen Prüfung unterzogen. Sein Urteil ist vernichtend: Er sieht nur Scheitern auf der ganzen Linie! Ich bin wahrlich kein Freund jener Harmonieduselei, die sich innerhalb der Linken "solidarische Kritik" nennt. Aber bei allem Verständnis für die Destruktion liebgeordneter Denkgewohnheiten muß man sich nicht jede Unverschämtheit bieten lassen. Wo jeder mittelprächtige Deutsch-Lehrer den Rotstift gezückt hätte, Kowalskys Lektor ließ es durchgehen: schlechte Strukturierung, die zu häufigen Wiederholungen führt, und Abschweifungen vom eigentlichen Thema gescheiterter Antifa-Strategien der Linken. Das Buch hätte müheles um die Hälfte gekürzt werden können und wäre damit auch für berufstätige Menschen, die nicht die Muße eines Mitarbeiters der IG Metall-Grundsatzkommission haben, lesbarer geworden. Hinzu kommt eine nicht vertretbare Häufung pejorativer Adjektive und jenes zeitgeistlose modern talking, ein teils missionarischer, teils schwafelnder Unterton, der einem Linken mit Stilempfinden ins Gesicht schlägt. Schließlich will auch Polemik gut geschrieben sein.

Die Methode der Konstruktion

Ärgerlicher ist jedoch Kowalskys Methode der Konstruktion. Kowalsky konstruiert

* Andreas Wöllersdorf, Politologe, Erfurt

"die Linke", und er konstruiert "Theoriestränge". Was er als "Herauskristallisieren der Reinform" (S.11) verstanden haben will, ist eine äußerst selektive Wahrnehmungsweise. Mit Vorliebe kritisiert er Autoren, deren hauptsächliches Arbeitsgebiet der historische Faschismus ist (wie Kühnl und Wippermann), die sich ab und an leider mit vorschnellen Parallelisierungen zu Wort melden, aber in der ganzen Debatte um den aktuellen Rechtsextremismus nun wirklich nur eine äußerst marginale Rolle spielen - auch wenn dies bis Sprockhövel (die IGM-Bildungsstätte; Anm.d.Red.) noch nicht durchgedrungen sein sollte. Jaschke, Farin, Heitmeyer, Haug u.a., Linke, auf die sich Kowalsky positiv zu beziehen pflegt, spielen zwar eine weitaus gewichtigere Rolle, werden aber von Kowalsky nicht als "Linke" eingeführt. Theoretische Ansätze, die sich an der britischen Rassismuskritik orientieren, bleiben weitgehend außen vor, andere wie die Adornos (S.61ff) werden in einer Weise vorgestellt, die die Grenze zur Verballhornung überschreitet. Kowalsky kennt auch kein praktisches anti-rassistisches Projekt, das seine Gnade findet - in der IGM-Vorstandsetage scheint man einen schlechten Überblick über die doch sehr bunte Szenerie zu haben. Alle Projekte und Theorieansätze werden so zurechtgestutzt, daß sie in das einfache Weltbild Kowalskys von einer verblödeten Linken eingepaßt werden können.

Mit Recht wendet sich Kowalsky an mehreren Stellen des Buches gegen eine inflationäre Verwendung des Faschismusbegriffs und eine undifferenzierte Begriffs-

bildung auf Seiten der Linken. Aber letzterer Schwierigkeit ist wohl nur dadurch zu entgehen, wenn man - wie der Autor - noch nicht einmal den Versuch einer eigenen Definition unternimmt. Den Rechtsextremismus gibt es nicht (auch wenn in allen seinen Varianten Ideologien der Ungleichheit und der Gewaltakzeptanz eine Verbindung eingehen), es gibt nur Rechtsextremisten. Das rechtsextremistische Netzwerk zeichnet sich durch eine breite "Angebotspalette" aus: von den Altnazis im "Ehrenbund Rudel" über den Nadelstreifenrassismus der Nouvelle Droite bis hin zu unorganisierten Formen subkultureller Jugendkultur wie die Nazi-Skin-Szene. Diesen Unterschieden in der ideologischen und organisatorischen Verfestigung, in der Altersstruktur etc. entsprechend, müssen auch die politischen und pädagogischen Gegenstrategien differenziert werden. Hier hat die Linke in der Tat Lernbedarf. Kowalsky reduziert das Spektrum jedoch weitgehend auf die intellektuelle "Neue Rechte". Damit wird er jedoch keineswegs die aktuelle Entwicklung in den neuen Bundesländern erfassen können, wo gerade die militanten, an die ideologischen Traditionen des Nazismus anknüpfende Gruppen eine große Anziehungskraft entwickeln.

Auch seinem Plädoyer gegen monokausale Erklärungsmuster und dem Hinweis auf die unterschiedliche Motivationsstruktur rechtsextremen Verhaltens wird man zustimmen können. Rechtsextremismus ist für Menschen unterschiedlichster Soziallagen attraktiv. Die spannende Frage nach der entscheidenden Weichenstellung, nach den "Einstiegsgründen" ins rechtsextremistische Milieu, bleibt aber auch Kowalsky schuldig. Und umgekehrt wäre zumindest hinsichtlich des organisierten Rechtsextremismus nach den Ausstiegsmöglichkeiten und den möglichen Grenzen pädagogischer Bemühungen zu fragen. Hier besteht noch großer Bedarf nach biographisch orientierter Forschung.

Die Grenzen historischer Aufklärung

Im Zentrum von Kowalskys Kritik steht die Warnung vor einer historischen Parallelisierung bei der Erklärung des Rechtsextremismus. Das ist nun keineswegs neu, sondern stellt den mainstream der Diskussion dar. Pauschale Hinweise auf den Nazismus beim Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen sind nicht nur "wenig zweckdienlich" (S.28), sondern kontraproduktiv. Wenn Jugendliche aktuelle Pro-

blemefahrungen rassistisch verarbeiten und artikulieren, so muß über diese Problemfelder geredet werden. Die "Verordnung" eines Gedenkstättenbesuchs oder wohlmeinende Aufklärungskampagnen über den Nazismus als pädagogische Reaktionsmuster werden von den Kids zu Recht als Problemverschiebung und Ablenkungsmanöver empfunden. Kowalsky reduziert jedoch Aufklärung auf historische Bildung (S.81ff), wo es in erster Linie (nicht ausschließlich) um Aufklärung der heutigen Risiko-Verhältnisse gehen mußte. Angesichts der zunehmenden biographischen Distanz, mit der eine Art "natürlicher Historisierung des NS" durch die Jugendlichen einhergeht, die nicht mit der Relativierung der NS-Verbrechen gleichgesetzt werden sollte, bedarf es sicherlich einer erneuten Reflexion über jugendspezifische Zugänge in der historischen Bildung. Aber auch wenn man den begrenzten Stellenwert historischer Bildung im Blick hält, wird man mit dem Autor feststellen müssen, daß "es nicht in unserem Ermessen steht, ob wir uns an die Verbrechen des NS-Regimes erinnern lassen wollen oder nicht. In der Gegenwartigkeit der Vergangenheit liegt ein konstitutives Element unserer historischen Identität" (S.38). Die Erinnerung an die NS-Verbrechen hat den rechtsextremen Gruppen (und auch einer deutschen Machtpolitik) immer wieder Schranken gesetzt, und die Initiativen der "Geschichtsrevisionisten" zielen daher gerade darauf, diese Schranken im kollektiven Gedächtnis niederzureißen. Die erschreckende Parallelität, rechtsextreme Erfolge einerseits, das Drängen nach einer neuen traditionell-machtpolitischen Rolle Deutschlands in der Weltpolitik andererseits, bleibt Kowalsky verborgen. In der Tat kann der Rechtsextremismus und seine Aufschwungzyklen nicht im Rahmen der "Kontinuitätsthese", als Wiederaufleben von NS-Politikmustern, begriffen werden (S.21ff). Die dichotomische Logik Kowalskys (vgl. S.22) führt jedoch dazu, daß mentalitätsgeschichtliche Kontinuitäten ausgeschlossen werden, was einer Entlastung der postfaschistischen deutschen Nachkriegsgesellschaften gleichkommt. Solche Bezüge lassen sich keineswegs nur für die Alt-Bundesrepublik nachweisen. Für rechtsextreme Jugendliche aus den neuen Bundesländern waren vielfach die Großväter, die mit dem Nazismus idyllisierende Hitlerjugend-Erfahrungen verbinden, die Orientierungsperson. Unterhalb des "verordneten Antifaschismus" wurden deren Erfahrungen kritiklos tradiert, weil sie im Rahmen der offiziell-

len Dimitroff-Faschismustheorie und der "Sieger der Geschichte"-Ideologie nicht artikuliert und bearbeitet werden konnten. Ein weniger schludriger Umgang mit den Arbeiten der Kritischen Theorie hätte Kowalsky auch darauf aufmerksam machen können, daß nicht nur die Aufschwungsphasen des Rechtsextremismus, sondern auch die Kontinuität alltagsrassistischer und autoritärer Einstellungsmuster erklärungsbedürftig sind. Die Fixierung auf rechtsextreme Wahlerfolge verkennt, daß solche Einstellungsmuster durchaus mit einem rein formalen Bekenntnis zum demokratischen System einhergehen können.

Lust auf Randalen

Wer die schon ritualisierte Auseinandersetzung um den Stellenwert der Verbotsforderung auf gewerkschaftlichen Jugendkonferenzen erlebt hat, wird manches an der Polemik gegen die "Repressions-Strategie" (S.47ff) unterschreiben können. Die rassistischen Krawalle sind "(nicht) auf parteiförmige Organisiertheit zurückzuführen" (S.55). Die Situation ist viel gefährlicher als es jene, die vor allem auf den organisierten Bereich sehen, wahrhaben wollen. Wo rechtsextremistische Orientierungen und Jugendkulturen eine weit aus größere Attraktivität als die IG Metall-Jugend entwickeln, ist mit Verboten nichts außer Selbstberuhigung und Selbstablenkung von den entscheidenden Ursachen und den eigenen Defiziten zu erreichen. Es läßt sich nicht einfach ein Viertel der "Gesellschaft der Altersgleichen" ausgrenzen. Gerade die Gewerkschaften hätten allen Anlaß, sich mit gewalttätigen Formen jugendlicher Selbstinszenierung zu beschäftigen, denn das Selbstbewußtsein und die Identität von Arbeiterjugendlichen ist vielfach mit rassistischen und sexistischen Vorstellungen und dem Betonnen von körperlicher Kraft und Gewalt verbunden; ein Selbstbewußtsein, das ihre subalterne gesellschaftliche Stellung allerdings nicht aufhebt, sondern befestigt. Es war auch deren "Lust auf Randalen", die sich in Hoyerswerda und Rostock austobte. Allerdings geht Kowalsky in keiner Weise auf die Schwierigkeiten ein, die mit einem nicht-ausgrenzenden Umgang mit rechten Jugendlichen, der auch m.E. alternativlos ist, verbunden sind. Das in der Skin-Szene angewendete Konzept der "akzeptierenden Jugendarbeit" ist in Gefahr, die eigene pädagogische Ohnmacht zum Programm zu erheben und die Zielperspektive gewaltfreier Konfliktaustragung aus den Au-

gen zu verlieren, weil der schwierige Übergang von der Akzeptanz zur Veränderung der Jugendlichen nicht mehr vollzogen wird bzw. werden soll.

Einheitsfront mit Seiters?

Die sich anbahnende rechte Jugendbewegung kann man nicht verbieten, sondern nur politisch bekämpfen. Andere Teile des rechtsextremistischen Spektrums - wie das Frey-Imperium - wären jedoch auch mit repressiven Mitteln sehr wohl zu treffen, wenn man die Verbreitung seiner neonazistischen Wochenzeitungen (mit einer Auflage von über 100.000 - welche Parteizeitung hat das schon), die die Gewaltschwelle bei den Lesern absenken, unterbinden würde. Ein "repressives Instrumentarium als ultima ratio" (S.60) bleibt sicherlich auch da unverzichtbar, wo es nicht allein um widerliche Gesinnung, sondern um die Ahndung krimineller Delikte geht. Aber auch hier sollte die Linke nicht den demokratiethoretisch geschulten Kopf verlieren und in der Einheitsfront mit Seiters den "starken Staat" fördern. Manche Linke scheinen jedenfalls in der letzten Zeit von der pädagogischen Funktion harter Gefängnisstrafen für Jugendliche überzeugt worden zu sein und sich einen neuen "deutschen Herbst" zu wünschen.

Krisenerfahrung und fehlende Problemlösung

Der Verweis auf die Funktionen des Rechtsextremismus hilft wenig weiter, wenn es um die Entwicklung wirksamer Gegenstrategien geht (vgl. S.52). Entscheidend ist die Frage nach der Leistungsfähigkeit rassistischer Ideologien, die Kowalsky gerade nicht stellt. Diese werden dann wirksam, wenn Menschen gesellschaftliche Krisenerfahrungen machen, die sie sich nicht erklären können und für deren Lösung sie keine Antwort auf derselben Ebene haben. Diese Diskrepanz zwischen Krisenerfahrung und fehlender Problemlösung führt zur Problemverschiebung: Ökonomische und soziale Ohnmachtserfahrungen, kulturelle Schocks werden "übersetzt" in den Widerspruch "Deutsche versus Ausländer", weil dieser durch eigene Aktivität a la Rostock lösbar erscheint. Rassistische Ideologien vermitteln daher Stärke und Identität und vermindern so auf der Ebene des Individuums den Druck (vgl. Eifferding). Es ist die derzeitige Orientierungsschwäche und Diskreditierung linker Gegenmilieus, die ihren Teil zur Stärke der Rechten beiträgt.

Sozialismus



Die Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇒ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Detlef Henschke, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇒ *ökonomische Analysen national und international* (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffschildt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇒ *aktuellen politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: Egon Bahr, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50
Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

Bestellcoupon:

Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Zu schicken an:
VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
W-2000 Hamburg 50

Eines der ärgerlichsten Kapitel ist das zur sogenannten Antikapitalismus-Strategie. Kühnl, Horkheimer, Klaus/Buhr - alles wird in einen Topf geworfen. Den krönenden Abschluß bildet die Feststellung, Horkheimer habe die "Leitlinie der Faschismusforschung" in der DDR vorgegeben (S.95). Mehr als das berühmte Diktum "Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Kapitalismus schweigen" scheint Kowalsky nicht zu kennen. An mehreren Stellen des Buches werden antifaschistische Aktivitäten und Analysen in Verbindung zur DDR bzw. zum gescheiterten "Realsozialismus" gebracht (vgl. auch S.109) - das zielt auf Affekte und nicht auf Aufklärung. Zu diesem Zweck müssen die gravierenden Differenzen zwischen den unterschiedlichen Theorieansätzen verwischt werden. Kowalsky erweist sich als die abstrakte Negation der parteioffiziellen DDR-Philosophen, die nicht gehnt hätten, daß sie sich an Horkheimer orientieren: Sahen diese nur "(klein-)bürgerliche Ideologie", sieht Kowalsky nur "simplen Klassenreduktionismus" am Werk, dem alle Ansätze zum Opfer fallen. Die notwendige Kritik am Ökonomismus und Klassenreduktionismus wird von Kowalsky instrumentalisiert, um von Interessenszusammenhängen zwischen Ökonomie und Politik abstrahieren zu können. Dies läuft auf eine Entlastung der kapitalistischen Eliten hinaus. Anstatt Aufsätze aus dem 68er-Jahrgang des "Argument" heranzuziehen - Kowalsky ist wahrlich auf dem neusten Forschungsstand - hätte der Autor lieber einen Blick in jüngere Jahrgänge dieser Zeitschrift werfen sollen. Dort hätte er nachlesen können, wie rassistische und sozialdarwinistische Ideologien ihre Wirksamkeit gerade vor dem Hintergrund des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems entfalten.

Reaktion des Parteiensystems: Verschärfung der Asyldiskussion

Doch Kowalsky hält nicht viel vom Denken in Zusammenhängen. Die These von den Querverbindungen des Rechtsextremismus zu rechten bürgerlichen Parteien habe "viel von einer Schuldzuweisung" (S.100) - die armen Konservativen. Gerade die Ereignisse der letzten Wochen und Monate haben gezeigt, daß die dichotomische Logik des Entweder-Oder - "Erstarkt der Rechtsextremismus aus eigener Kraft ... oder weil die anderen seine Spielregeln akzeptieren, mitspielen und sich so 'schuld' machen?" (S.100) - nichts erklärt. Denn nicht die Kids von Rostock mit ihrer

Lust auf Randalen sind der eigentliche Skandal, da die Randalen als die einzige Möglichkeit erscheint, sich als Akteur zu erleben. Der eigentliche Skandal ist die Antwort der etablierten Parteien, die auf jede Randalen mit einer Verschärfung der Asyldiskussion reagiert und damit jene Problemverschiebung, die rassistische Ideologiebildung kennzeichnet, anerkannt haben. "Die terroristische Gewalt wurde vom Innenminister zwar entschieden verurteilt, dies aber stets im Zusammenhang mit der Diskussion über das Asylrecht und über eine Veränderung der Verfassung. Im Bundestag ist eben in diesem Geiste mehr über die Angst der Deutschen vor Asylsuchenden als über die Angst vieler Ausländer vor Mordanschlägen gesprochen worden. Der Staat hat also eifrig den mordbereiten Tätern das Signal zukommen lassen: ... Wir haben euren Haß verstanden" (Duve, S.22). Diese Kritik von Freimut Duve an der Bundesregierung gilt mittlerweile auch für die Sozialdemokratie, deren Umfallen in der Frage der Grundgesetz-Änderung als der entscheidende Wegfall eines bisherigen Widerstandsfaktors wahrgenommen werden wird. Die Kids konnten sich schon vorher des Beifalls sicher sein; sie handelten in dem Bewußtsein (und vielleicht gerade deshalb), die Mehrheitsmeinung zu vollstrecken. Dieser Prozeß der "Normalisierung" des Rechtsextremismus birgt in sich die Tendenz zur Radikalisierung. Wenn die Immigranten als Problemursache ausgemacht und anerkannt sind, sich aber auch durch die Grundrechtsdemontage nichts an den Problemen ändert, wird dies den Ruf nach noch schärferen Maßnahmen nach sich ziehen. Wohlgedenkt: Es geht nicht um eine Zwangsläufigkeit, sondern um eine Tendenz, über deren Wirksamwerden die Stärke der Gegenkräfte mitentscheidet.

Der Rechtsextremismus: Eine erfolgreiche außerparlamentarische Bewegung

Ohne die "Krise der politischen Repräsentation" - den Zerfallsprozessen des konservativen Blocks und der Unfähigkeit der Sozialdemokratie zu einer Gestaltungsperspektive - hätte der Rechtsextremismus sich nicht in dieser Weise entwickeln können. Vergleicht man die Ökologie-Bewegung, wie lange das politische System gebraucht hat, die Umweltfrage aufzunehmen, mit der aktuellen Wirkungsgeschichte des Rechtsextremismus in Sachen Asyl, so muß man ihn als eine ausgesprochen erfolgreiche außerparlamentarische

Bewegung einschätzen. Dem Rechtsextremismus die Erfolge streitig zu machen: Dies ist in erster Linie keine pädagogische, sondern eine politische Aufgabe. In diesem Zusammenhang haben auch Demonstrationen als öffentliche Manifestationen des "republikanischen Blocks" - und nicht als Aufklärungsinstrumente wie Kowalsky unterstellt (vgl. S.86) - ihre Berechtigung. Der Kampf um Hegemonie ist immer auch ein Kampf um die Straße. In der Polemik gegen die "Glorifizierung von Ausländern" (S.109) wird man den Autor unterstützen können. Solche Positionen sind vor allem deshalb zu kritisieren, weil sie ein generalisierendes "Zuschreibungsverhältnis" (S.109), das rassistische Vorstellungen mit kennzeichnet, grundsätzlich reproduzieren, wenn sie auch nur die Zuschreibungsmerkmale austauschen. Allerdings sollte man - bei aller berechtigten Kritik - Menschen, die sich bei Angriffen schützend vor Flüchtlingswohnheime stellen, während andere in Vorstandsverwaltungen philosophische Weltbetrachtungen anstellen, nicht unter der Hand mit den Ausländerfeinden gleichsetzen. Für Kowalskys Methode ist es aber immer wieder kennzeichnend, daß er von einer berechtigten Kritik ausgehend schließlich bei der Apologetik der herrschenden Verhältnisse landet. Fragen nach den Bedingungen der deutschen Einwanderungsgesellschaft werden von ihm fast schon tabuisiert (vgl. S.129). Da gibt es eine Verschärfung der Flüchtlingspolitik nur "angeblich" (S.122), und die Kennzeichnung der Politik als ausländerfeindlich wird als unzulässige Polemik gewertet (vgl. S.130). Kein "Argument" ist Kowalsky zu peinlich, um seine Argumentation zu stützen: "Die uneingeschränkte Gewährung politischen Asyls sei eine moralische Verpflichtung für die Deutschen, die sich aus der NS-Zeit ergäbe ... Diese Begründung hat den kleinen, jedoch nicht unerheblichen Haken, die Tatsache zu verdrängen, daß die deutschen Exilanten keineswegs überall mit offenen Armen empfangen wurden" (S.127). Die beschämende Nicht-Gewährung von Asyl wird zum "Argument" gegen diejenigen, die die Einschränkung des Asylrechts bekämpfen!

Multi-Kulti: Ein Projekt der Mittelschichtschickeria?

Die aus der Immigration resultierenden Probleme sollten nicht verkleistert werden. Diese zu negieren und für "offene Grenzen" zu plädieren, heißt in Kauf zu

nehmen, daß die "multikulturelle Gesellschaft" (eine m.E. unglückliche Begrifflichkeit, weil auch "monoethnische" Gesellschaften viele Kulturen aufweisen) ein Projekt der Mittelschichtschickeria bleibt, die in besseren Wohnvierteln und mit besseren Jobs keine Verdrängungsängste haben müssen. An der Regulierungsoption im Sinne eines Einwanderungsgesetzes geht auch m.E. nichts vorbei. Die Befürworter dieser Option sind allerdings in Gefahr, die Wirksamkeit der "Das Boot ist voll"-Ideologie zu verstärken, wenn sie nicht parallel die Entwicklung eines neuen (Alltags-)Internationalismus fördern. Den darin eingeschlossenen Kampf für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung hat Kowalsky jedoch bereits an anderer Stelle abgeschrieben (vgl. sein Aufsatz im Argument, Heft 195, S.696). In der Tat löst das Thema Nation innerhalb der deutschen Linken - aus historisch verständlichen Gründen - eher Affekte als differenzierte gedankliche Bemühungen aus. Kowalsky hält eine "nationale Identität ohne Nationalismus", ... "ohne eine illusorische Gemeinschaft mitzutransportieren", (S.136, S.145) für möglich. Das soll hier nicht prinzipiell ausgeschlossen werden. Die historischen Beispiele für ein positives Verhältnis der deutschen Linken zur Nation, die Kowalsky ohne kritische Reflexion anführt (S. 144), sind jedoch alles andere als ermutigend. Die KPD-Politik der zwanziger und dreißiger Jahren bestand zum Teil aus widerlichen nationalistischen Phrasen (bis hin zum Antisemitismus) und hat die geistigen Barrieren der eigenen Anhängerschaft gegenüber dem Nazismus abgesenkt. Die ob ihrer nationalen Bezüge "mehr in sich selbst ruhenden" Franzosen (vgl. S.17) haben mit der Front National eine der stärksten rechtsextremistischen Gruppierungen Westeuropas. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus muß jenseits des Terrains "nationale Identität" geführt werden: Statt Problemverschiebungen mitzumachen, muß die Linke wieder die realen Problemfelder in der Gesellschaft in Angriff nehmen.

IGM: Abschied von der Gestaltungsoption?

Der gewerkschaftliche Antifaschismus ist, um es höflich zu formulieren, vielfach nicht auf der Höhe der Zeit. Die Mischung aus falscher historischer Parallelisierung, Nie wieder-Rhetorik und einer überholten Bildungskonzeption, die sich durch Ignoranz gegenüber den Ergebnissen (nicht nur)

der Jugendforschung auszeichnet, verdient eine scharfe Kritik. Anstatt diesen Antifaschismus "vom Standpunkt seiner Widersprüche aus" (S. 53) zu kritisieren, hat Kowalsky eine billige Entlarvung abgeliefert. Lernprozesse wird dieses Vorgehen daher nicht auslösen, sondern Denkblockaden verstärken.

Die "Logik des intellektuellen Lebens, Argumentation und Widerlegung" (S.76) sind auch in der IG Metall noch durchzusetzen. Derzeit herrscht dort "eher der gegenteilige Trend: Denunziation, Diffamierung und 'Sloganisierung'" (S.76), wie die Publikation von Kowalsky zeigt. Die Entdeckung des Themas "Nation" könnte zum ideologischen Kitt derjenigen Kräfte in der IG Metall werden, die von den Gestaltungsansprüchen Abschied nehmen und eine Gewerkschaftspolitik innerhalb der "Festung Westeuropa" konzipieren. Durch die "Petersberger Wende" der SPD offensichtlich geschockt, haben sie sich vorgenommen, im Anpassungsprozeß an die herrschenden Verhältnisse Engholm & Co nicht mehr hinterherzuhinken, sondern voranzustolpern. Mit einem schlichten Beharren auf alten Weltansichten, dem Zitieren von Beschlüssen aus der Jahrhundertwende - dies ist leider keine satirische Überzeichnung gewerkschaftlicher Diskussionslinien - kommen wir jedoch auch nicht weiter. Eine sozialistische Linke, die sich den Aufgaben einer grundlegenden Erneuerung stellt, muß aufpassen, daß sie in den anstehenden Auseinandersetzungen nicht zwischen den Polen eines schlechten Traditionalismus und einer "Modernisierung" durch Anpassung zerrieben wird.

Literaturverzeichnis:

- Das Argument, Heft 191 und 195
Freimut Duve: Terror in Deutschland. In: Bahman Nirumand (Hg.): Angst vor den Deutschen. Reinbek 1992
Wieland Efferding: Funktion und Struktur des Rassismus. Eine Theorieskizze. In: Otger Aurtata u.a. (Hg.): Theorien über Rassismus. Hamburg 1979
Institut für Sozialforschung (Hg.): Aspekte der Fremdenfeindlichkeit. Beiträge zur aktuellen Diskussion. Frankfurt am Main/New York 1992
Annita Kalpaka/Nora Rätzke: Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. 2. überarb. Aufl. Leer 1990
Arno Klönne: Rechts-Nachfolge. Risiken des deutschen Wesens nach 1945. Köln 1990
Franz Josef Krafeld (Hg.): Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendläusen. Schriftenreihe der Landeszentrale für politische Bildung Bremen Bd.4. Bremen 1992
Paul Willis: Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterklasse. 2.Auf. Frankfurt am Main 1982
Ferner sei auf die interessante Publikationsreihe des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) verwiesen.

Heinrich Nuhn: "August Spies - Ein hessischer Sozialrevolutionär in Amerika", Verlag Jenior & Pressler, Kassel, ISBN 3-928172-11-5, 223 Seiten, 20 Mark



Als der Rezensent in der Schwarzenberger Stadtverordnetenversammlung während einer Debatte im Zusammenhang mit dem § 613 a des BGB den opfervollen Weg der Arbeiterbewegung, darunter auch den Kampf um den Achtstundentag, erwähnte, kamen von der Majorität protestierende Zurufe wie "Das mußten wir uns vierzig Jahre anhören". Damit waren nicht nur die vierzig, sondern gleich hundert vorausgehende Jahre der Arbeiterbewegung einfach abgekugelt.

Man könnte sich darob wundern; doch bei genauerem Hinschauen stellt sich heraus, daß die wenigsten, zumal die Arbeiter - zumindest hier im Osten - sich kaum Gedanken machen, warum ihr Feiertag auf den ersten Mai fällt. Aber auch dies ist nicht verwunderlich, denn bis in neuere Zeit gab es keine vertieften Forschungen über die Tragödien am und um den 4. Mai 1886 in Chicago. Solche Untersuchungen, sowohl von amerikanischen als auch deutschen Historikern, führten erst in unseren achtziger Jahren zu bemerkenswerten Resultaten.

Diese und vor allem auch die Ergebnisse eigener, mit großem Fleiß und wissenschaftlicher Akribie betriebenen Recherchen, hat Heinrich Nuhn in seiner Biographie des August Spies, eines deutschen Sozialrevolutionärs in Nordamerika, mit dokumentarischer Treue nachgezeichnet.

Dieser August Spies aus dem hessischen Dorf Friedewald war Schüler des Kasseler Polytechnikums und wanderte 1872, sechzehnjährig nach dem Tod des Vaters, in die Vereinigten Staaten aus. Wie viele vor ihm, mußte er zur Kenntnis nehmen, daß Amerika so freiheitlich nicht war; zudem in Chicago, wo er sich niederließ, sogar ausgesprochen feindselig verhielt, vor allem gegen Deutschstämmige und Iren (foreign dogs). Hier in Chicago war die Arbeiterklasse in Gewerkschaften, Wehr- und Kulturvereinen organisiert, wie sonst nirgends in den USA. Fast ein Drittel der Bewohner waren Deutsche, pflegten deutsche Sprache und entwickelten eine spezifisch deutsch-amerikanische Arbeit

kultur. Die Arbeiterorganisationen waren nach Zahl der Mitglieder und ihrer Führer deutsch dominiert. Hier traten die Klassengegensätze in einer Schärfe zutage - sowohl sozial als auch im Spannungsfeld wechselseitiger Aktion und Reaktion - wie in keinem anderen der damaligen Industrieländer einschließlich der übrigen Vereinigten Staaten.

Hinzu kamen die fremdenfeindlichen Schikanen und Übergriffe gegen Deutsche und Iren durch die puritanischen Altbewohner, die sogenannten Nativisten. Obwohl nicht vordergründig, wird bei Heinrich Nuhn dennoch sichtbar, daß Fremdenangst, bedingt durch Klassengegensätze, schnell in Fremdenfeindlichkeit umschlagen kann. Bei aller dokumentarischen Treue der Schilderung, illustriert mit zeitgenössischem Bildmaterial, wird die Situation, welche der junge August Spies in Chicago vorfand, atmosphärisch geladen und spannungsvoll dargestellt.¹

Im Unterschied zu den meisten seiner Landsleute erlernt er schnell die englische Sprache, liest neben anderen Autoren auch Marx (wahrscheinlich auch den ersten Band des Kapital), gerät dennoch unter den Einfluß von J.J. Most (Propaganda der Tat), der wie W. Hasselmann, nachdem beide in Europa abgewirtschaftet hatten und aus der deutschen Sozialdemokratie ausgeschlossen waren, in Amerika landete.

Durch Heinrich Nuhn wird auch deutlich, daß August Spies Belesenheit den bei Autodidakten der Arbeiterbewegung bisweilen zu bemerkenden partiellen bzw. punktuellen Bildungsstand quantitativ und qualitativ weit überstieg.

Als am ersten Mai 1886 in den Vereinigten Staaten die Kampagne für den Achtstundentag anließ, war der Dreißigjährige deren Hauptinitiator und längst anerkannter Führer der Arbeiterschaft im industriellen Norden. Durch seine enorme Arbeit in der Arbeiterpresse und den Organisationen war er zugleich der

bestgehaßte Mann der erzamerikanischen Bourgeoisie, aber auch der arri- vierten Deutschstämmigen.

Bemerkenswert auch seine politischen Erfahrungen, welche gerade für uns gegenwärtig brandaktuell sind. So die Warnung vor Korrumpierung der Mandatsträger, vor der mit dem Wahlamt verbundenen Versuchung, daraus persönlichen Nutzen zu ziehen. Diese Form der Korruption sei "ein gesellschaftliches Übel, eine Krankheit, ... deren Einflüssen sich auch die Sozialisten nicht entziehen könnten".

Die Ereignisse vom 4. Mai 1886 auf dem Chicagoer Heumarkt, die Explosion der Bombe und das anschließende Massaker der Polizei dürften Lesern von SPW hinreichend bekannt sein. Bei Heinrich Nuhn findet das Ereignis eine dem Forschungsstand entsprechende Würdigung und detaillierte Analyse. August Spies und seinen Genossen konnten kein Zusammenhang zu Wurf oder Herstellung der Bombe nachgewiesen werden. Das gesamte Gerichtsverfahren war ein klassisches Paradigma kapitalistischer Klassenjustiz amerikanischer Prägung. Die Todesurteile sollten die Führer der Bewegung beseitigen (Berlin 1919 "Schlagt ihre Führer tot"), durch Abschreckung law and order sicherstellen, sowie die Rachsucht des amerikanischen Babbitt befriedigen. Hier wurde ganz deutlich die Linie sichtbar, welche über Joe Hillström zu Sacco und Vanzetti bis in die McCarthy-Ära führte und latent in der amerikanischen Rechtsmentalität nachzuwirken scheint.

Heinrich Nuhn konnte keine nennenswerten Äußerungen marxistischer Sozialisten in Amerika zu den Todesurteilen eruieren, obwohl von 1886 bis zu seinem Tod im Jahre 1888 sogar J. Dietzgen in der Chicagoer Arbeiterpresse die Rolle von August Spies einnahm. Dem Leser der Biographie ist dies mehr als verständlich.

Die Hinrichtung von August Spies und drei seiner Genossen fand am 11. Nov. 1887 vor handverlesenem Publikum statt. Bereits die verhüllende Kapuze über Kopf und Gesicht, rief August Spies klar und deutlich den zweihundert Zuschauern die Worte zu: "Die Zeit wird kommen, da unser Schweigen im Grabe mächtiger sein wird als unsere Reden". Was dann folgte, wird von Heinrich Nuhn aus Presseberichten zitiert. Die Vier wurden nicht wie üblich durch Sturz und damit Genickriß getö-

tet, sondern durch Strangulation erwürgt. Sensationsreporter und die Creme von Chicago hatten somit einige Minuten Muße, sich am Todeskampf der Justizopfer zu weiden. Nach sieben Minuten konstatierten die Ärzte deren Tod. 1893 kassierte der deutschstämmige Gouverneur von Illinois Peter Altgeld die Todesurteile, wohl wissend, daß er dafür mit Karriere und beruflichem Ruin bezahlen mußte.

Doch hatte die Tragödie auch ein skurrielles Nachspiel. Den tapferen Polizisten des Heumarktmassakers wurde daselbst unverzüglich ein Denkmal gesetzt. Dessen Schicksal - von der Modellierung bis zu seinem Rückzug aus der Öffentlichkeit anno 1972 - würde filmisch umgesetzt einen trefflichen Slapstick abgeben.

Heinrich Nuhn ist vor allem Anerkennung zu zollen, weil er in seinem Werk keiner Legendenbildung Raum gibt; darin gleicht er, ohne damit zu übertreiben, F. Mehring, dem marxistischen Historiker, der gern jeder geschichtlichen Mythenbildung spottete. Dennoch hat man nach dem Lesen der

Biographie das Gefühl, daß alle formalen Kriterien des großen Romans, einschließlich des Spannungsbogens erfüllt sind. Zu kritisieren wäre allenfalls, daß kein Personen- und Sachregister beigelegt ist. Auch ein chronologischer Anhang wäre hilfreich.

"Geht das alles uns heute noch an?" fragt Peter Assion im Nachwort und führt im Weiteren aus: "Was aber die Vorgänge betrifft, denen Spies zum Opfer fiel, so sollten wir auch diese mit nicht zu großer Gelassenheit betrachten. Indem heute Einwanderer und Asylanten "ihr Amerika" bei uns suchen, zeigen uns Fremdenfeindlichkeit und Lynchmentalität ihr erschreckend aktuelles Gesicht. Wir sind gezwungen, darauf zu reagieren, und die Geschichte kann dabei helfen, indem sie uns das Exempel 'Chicago 1886/87' überliefert und warnt, über Mitmenschlichkeit und Vernunft emotionale Aufwallungen und Massenhysterie siegen zu lassen".

Jetzt, da neue Begriffe, wie "Staatsnotstand" oder die makabere Neuprägung "Beileidstourismus", ausgesprochen von "berufenem" Munde, in unserem

Sprachschatz auftauchen, denkt man unwillkürlich an die Brechtsche Sentenz vom Schoß, der noch fruchtbar ist. Heinrich Nuhns Spiesbiographie ist eine weite Verbreitung, vor allem unter den deutschen Linken zu wünschen; insbesondere wäre den ostdeutschen Jugendweiherveranstaltern, im Ringen um ihre Identität, die Lektüre zur Umsetzung in den Jugendstunden zu empfehlen.²

Josef Didier, Schwarzenberg

Anmerkungen:

¹ Dazu F. Engels: "die Infamien denen die sozialistischen Arbeiter überall ausgesetzt sind, haben diese überall viel revolutionärer gemacht..." (F. Engels an F.A. Sorge in Hoboken 20. Juni 1882)

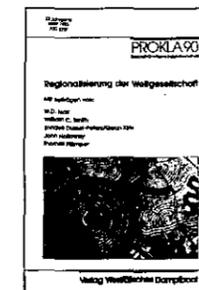
² K. Marx polemisierte gelegentlich auch gegen alle, "... die dem Sozialismus eine höhere, ideale Wendung geben wollen, d.h. die materialistische Basis (die ernstes, objektives Studium erheischt, wenn man auf ihr operieren will) zu ersetzen durch moderne Mythologie..." (K. Marx an F.A. Sorge in Hoboken 19. Okt. 1877)

Ein ungewöhnlicher Name

Ein wichtiger Neuzugang:

PROKLA
Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Ein engagierter Verlag



Ein kritisches Programm

Westfälisches
Dampfbrot



PROKLA Heft 90
Regionalisierung der
Weltgesellschaft
(Erscheinen März '93)

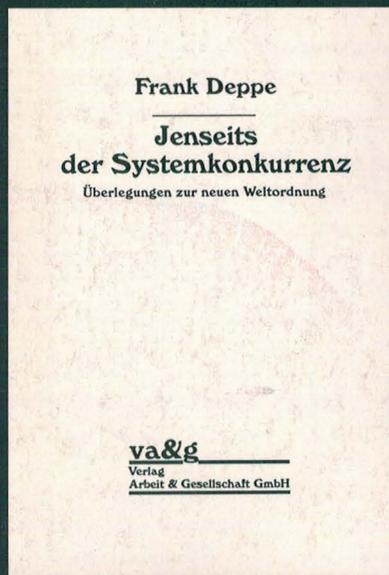
Die PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, ist eine der wichtigsten theoretischen Zeitschriften der parteiunabhängigen Linken, deren Beiträge noch nach Jahren lesenswert sind. Keine Tageskommentare, kein Organ einer Partei, kein journalistisches Feuilleton: eher eine Anregung zum gründlichen Nachdenken über den eigenen Tellerrand hinaus.

Bei Abschluß eines Abos können Sie aus einem Paket von 4 Büchern kostenlos eines auswählen. Abo-Bestellformulare mit Geschenkauswahl und Gesamtverzeichnis beim Verlag: Verlag Westfälisches Dampfbrot, Dorotheenstr. 26a, 4400 Münster, Tel. 0251/6086080

NEUE LITERATUR

hat **spw** für seine Leserinnen und Leser ausgesucht. Wer sich ein **spw**-Abonnement bestellt (oder ein solches vermittelt), erhält - als kostenlose Beigabe zur neuen Zeitschrift - ein neues Buch.

Aktuell zur Auswahl:

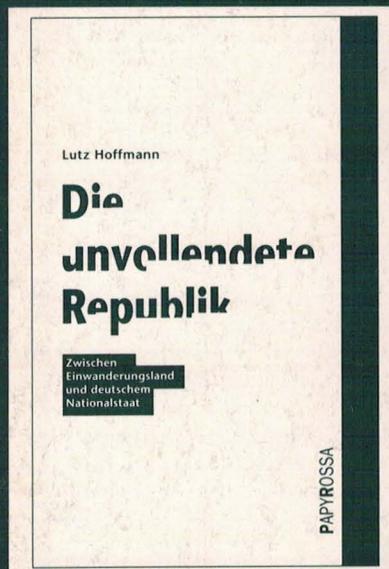


Nr. 1/1993

Frank Deppe,
Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung,
Marburg 1991 (Verlag Arbeit und Gesellschaft), Ladenpreis DM 22,-

Nr. 2/1993

Dieter R. Knoell,
Kritik der deutschen Wendeköpfe. Frontberichte vom publizistischen Feldzug zur Herbeiführung des Endsiegs über die zersetzende Gesellschaftskritik,
Münster 1992 (Verlag Westfälisches Dampfboot), Ladenpreis DM 19,80



Nr. 3/1993

Lutz Hoffmann,
Die unvollendete Republik. Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat,
2., aktualisierte und erweiterte Auflage,
Köln 1992 (PapyRossa Verlag),
Ladenpreis DM 24,-

Nr. 4/1993

Jürgen Kuczynski,
Probleme der Selbstkritik. Sowie von flacher Landschaft und vom Zickzack der Geschichte,
Köln 1991, (PapyRossa Verlag), Ladenpreis DM 24,-

